

Arbeiterpolitik

INFORMATIONSBRIEFE DER GRUPPE ARBEITERPOLITIK

■ UNTER VERÄNDERTEN WELTWIRTSCHAFTLICHEN BEDINGUNGEN:

Renten»Reform«: Die Sozialdemokratie organisiert den Sozialabbau

Die rot-grüne Bundesregierung setzt die Politik ihrer Vorgängerin – Umverteilung des gesellschaftlichen Reichtums von unten nach oben – in effektiverer Form fort. Für die Rentenreform hat sie einen Entwurf vorgelegt, der die Absenkung der bisherigen gesetzlichen Rente und eine gleichzeitige Beitragserhöhung für die Lohnabhängigen bedeutet. Für ohnehin schon mit minimalen Renten abgespeiste Gruppen, insbesondere für Frauen, sinkt die Rente damit in vielen Fällen auf oder sogar unter Sozialhilfeniveau. Gleichzeitig wird der Beitrag der Unternehmen zunächst abgesenkt und später eingefroren. Durch den gleichzeitig geplanten Zwang zur Privatvorsorge werden von der arbeitenden Bevölkerung riesige Kapitalmengen bei den Versicherungen angelegt werden müssen. Diese werden damit Gewinne machen können und gleichzeitig steht den Unternehmen durch das erhöhte Angebot billigeres Kapital zur Verfügung. Die Unternehmer sind also in doppeltem Sinne die Gewinner.

Die ökonomischen Rahmenbedingungen zwingen die rot-grüne Regierung, die schon von der CDU-Regierung angepeilten Angriffe auf soziale Rechte sogar noch zu übertreffen. Da ist es kein Wunder, dass das Unternehmerlager die »Reform« unterstützt und die CDU zurückpfeift, wenn diese dagegen zu Felde ziehen will. Deren Kritik ist ohnehin weitgehend populistischer Natur, um sich von ihrem Wahldebakel 1998 und dem Spendenskandal zu erholen. Trotzdem fürchten die Unternehmerverbände zu Recht die Diskussion über die »Reform«. Denn die tatsächliche Wahrnehmung der wesentlichen »Reform«-inhalte in breiten Bevölkerungskreisen könnte Widerstände in Gewerkschaften und anderen gesellschaftlichen Gruppen hervorrufen und die »Reform« gefährden. Deshalb die Aufforderung von Henkel an die Regierung, die »Reform« notfalls auch ohne die Opposition durchzusetzen.

Trotzdem – und auch hier durchaus im Sinne des Unternehmerinteresses – versucht die Regierung einen möglichst breiten Konsens über die Reform herzustellen. Sie bemüht sich um die CDU-Spitze, die sich vor dem Hintergrund ihrer sozialen Basis und gegen das Unternehmerlager nicht dagegen wehren können. Sogar die PDS wird mit der Aussicht, im westdeutschen Parteienspektrum akzeptiert zu werden, geködert. Insbesondere sind die Gewerkschaften von Bedeutung, deren Führungen inzwischen mit einigen nebensächlichen Zugeständnissen ruhiggestellt zu sein scheinen. Anfangs gab es noch verhaltene Kritik bei der IG Metall sowie deutlichere in kleineren Gewerkschaften wie



den IG Medien. Inzwischen ist aber bei einem Treffen zwischen Kanzler und Gewerkschaftsspitzen (Montag, 4.9.00) »Einvernehmen« (laut Schulte und Mai) erzielt worden. Zwickel von der IG Metall ist dagegen in einer gewissen Klemme: Kanzler Schröder verlangt von ihm die Zurücknahme seiner Kritik und seiner Nachbesserungsforderungen. Er fordert stattdessen die Unterstützung der Bundesregierung gegen die Opposition, andererseits verlangt der mobilisierbare Teil der Mitgliedschaft von Zwickel immer drängender einen schärferen Protest gegen die Substanz der Reform. Am 14. September marschierte dann sogar die DAG-Spitze zum Arbeitsminister Riester, um Kritik anzumelden. Der IGM-Vorstand hat inzwischen beschlossen, es bei den für den 14. und 21. Oktober angesetzten Aktionstagen zu belassen, sie aber mit »angezogener Handbremse« (nur Saalveranstaltungen) durchzuführen.

Vernünftige Gründe, die bisherigen kleinen Zugeständnisse als Kompromiss zu akzeptieren, sind bei realistischer Betrachtung nicht erkennbar. Die vorgezogene (scheinbare) Nettolohnanpassung hat sich in ihrer Wirkung innerhalb kürzester Zeit verbraucht; die Aufwertung der Betriebsrenten betrifft nur einen sehr geringen und weiter abnehmenden Teil der Lohnabhängigen (nämlich Beschäftigte im Normalarbeitsverhältnis in einem Teil der Großbetriebe); die staatlichen Zuschüsse an Niedrigverdiener haben nicht den Charakter von Beiträgen, sondern von Almosen. Für alle drei Punkte gilt, dass sie in keiner Weise rechtlich abgesichert sind (wie zum Beispiel Beitragsleistungen) und damit jederzeit von dieser oder einer anderen Regierung zurückgenom-

men werden können. Der Hauptpunkt der (auch) gewerkschaftlichen Kritik, nämlich die Liquidierung der paritätischen Beitragsleistung und Finanzierung im Umlageverfahren, werden von den bisherigen »Kompromissen« überhaupt nicht berührt.

Der Funktionärskörper der großen Gewerkschaften wird wohl nicht mehr für die Massenmobilisierung gegen die Reform zu nutzen sein. Dies war auch nicht anders zu erwarten, haben die Gewerkschaften doch stets die Regierung und das Parlament als »unabhängige« und übergeordnete Institutionen betrachtet, die die Kampfbedingungen festlegen, innerhalb derer dann die »Sozialpartner« ihre Interessen aushandeln können.

Die Sozialdemokratie versucht anhand der »Rentenreform« einmal mehr, ihre Fähigkeit zu beweisen, aufzukommen, zunächst spontanen Protest vereinnahmen zu können und damit dem Unternehmerinteresse weiter zum Durchbruch zu verhelfen, als deren »eigene« Partei dies jemals gekonnt hätte. Die Ablehnung der »Reform« durch ehemals einflussreiche Teile der SPD (wie die Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen, AfA; der größte Bezirk westliches Westfalen; die Bezirke Saarland und Bremen) bleibt schlicht unbeachtet, Kritiker wie der SPD-Sozialexperte Dressler lassen sich auf Botschafterposten abschieben.

Für große Teile der Bevölkerung wird es ein böses Erwachen geben, wenn es nicht gelingt, den wesentlichen Inhalt und den Hintergrund der »Rentenreform« besser bekannt zu machen. Die jetzt angestrebten Regelungen werden nach und nach ihre verheerenden Wirkungen entfalten. Wenn jetzt nicht vielen Menschen klarer wird, dass, wie und warum diese geplante »Reform« ihnen das Geld aus der Tasche zieht oder gleich vorenthält, wird dieses später der SPD und den Grünen angelastet werden.

Zur Begründung dieser »Reform« wurde zunächst ein Problem bei der Finanzierbarkeit der Renten herbeigeredet, das zumindest so nicht besteht. Dann wurde die vorgesehene Reform mit der Behauptung begründet, die private Vorsorge sei effektiver als die gesetzliche und von der Begrenzung der Beitragsleistungen würden Lohnabhängige und Unternehmer gleichermaßen profitieren. Zugleich wurde durch immer neue Vorschläge, komplizierte Rechenverfahren und eine Mischung aus Behauptungen (zum Beispiel über die Höhe der Verzinsung in der Privatvorsorge) und Scheinwahrheiten (wie die Zugrundelegung der Durchschnittsstandardrente, die weder dem Durchschnitt noch dem Standard entspricht sondern erheblich höher liegt als diese) jedem Interessierten der Überblick erschwert.

Ob die »Reform« noch verhindert werden kann, ist ungewiss, der Kampf dagegen aber ist notwendig – als Anfang zur Abwehr des Sozialabbaus. Die Gewerkschaften zu zwingen, mit dieser Politik zu brechen, wird noch erheblichen Druckes aus der Mitgliedschaft bedürfen. Diesen jetzt anhand konkreter Anlässe wie der »Rentenreform« zu organisieren, ist die Aufgabe aller klassenbewussten KollegInnen. Denn sonst besteht die besondere Gefahr, dass die »Reform« als Versuch einer »Lösung« des unterstellten Rentenproblems in die Köpfe eingeht anstatt als Umverteilung. Dann wäre aber die Saat dafür gelegt, dass auch künftige Ansinnen dieser Art durch Griff in die Sozialversicherungskassen erledigt werden. Im Gesundheitswesen ist schon heute durch Pflegeversicherung und Zuzahlungsregelung das Prinzip der paritätischen Finanzierung durchbrochen. Wenn dieses Prinzip auch formal aufgegeben wird, wird ein großer Teil der bisher bestehenden relativen Sicherheit durch einen Kampf um jede einzelne soziale Leistung und um jede aufzubringende Mark ersetzt. M.B., HB, 19.9.2000 ■

INHALT

Renten«reform«:	
Sozialdemokratie organisiert den Abbau	1
Renten«reform«:	
Zurück hinter die Bismarckschen Sozialreformen . . .	3
Mühlheim: DGB-Aktionskonferenz zur Renten«reform« .	5
Nicht nur 26, sondern 30 Jahre einzahlen...	6
Kommentar zur aktuellen Diskussion	
über die Rechtsentwicklung	8
Korrespondenzen:	
Dortmund: Zur Wahl in NRW	11
ÖTV-Tarifrunde: Das Bündnis für Arbeit wird umgesetzt	12
Berlin: Noch so ein Sieg, und wir sind verloren	13
Berliner Abgeordneter zum ÖTV-Streik	16
Berlin: Bundesdruckerei-Belegschaft wehrt sich	17
Berlin: Protest gegen Sonntagsöffnung des KaDeWe	19
Berlin: Streik der LehrerInnen gegen die Senatspolitik .	21
Solidarität aus der IG BAU	24
Hamburg: Lehrerstreik – den letzten beißen die Hunde .	27
Bremen: Proteste der Bremer Gesamtschulen	28
Bremen: Stahlwerker üben Solidarität	31
Köln: Tarifabschluss in der Chemischen Industrie	33
Darmstadt: DGB taucht ab	35
Dortmund: Der 1. Mai	36
Hamburg: IG Medien im Schlepptau von Günter Grass . .	36
Rezension: Gegeninformationsbüro zum Kosovo-Krieg . .	38
Norwegen: Tarifikämpfe enden mit Teilerfolg	39

Arbeiterpolitik

Herausgeber und verantwortlicher Redakteur: F. Lübke
Herstellung und Vertrieb: GFSA – Gesellschaft zur Förderung des Studiums der Geschichte der Arbeiterbewegung e.V.

Alle Zuschriften nur an diese Adresse:
»GFSA e.V. · Postbox 106426 · D-20043 Hamburg«

Die »Informationsbriefe« und weitere Broschüren und Bücher der GFSA e.V. werden in folgenden Buchhandlungen angeboten:

● **Berlin-West:** »Schwarze Risse«, Gneisenaustraße 2a ● **Berlin-Ost:** »Der kleine Buchladen«, Weydinger Straße 14 –16 ● **Bonn:** »Buchladen 46«, Kaiserstraße 46 ● **Bremen:** »Buchladen in der Neustadt«, Lahnstraße 65b ● **Essen:** »Heinrich-Heine-Buchhandlung«, Viehofer Platz 8 ● **Frankfurt/Main:** »Haus der Bücher« Peter Naacher, Ziegelhüttenweg 27 / »Uni-Buch«, Studentenhaus, Jügelstraße 1 ● **Göttingen:** Buchhandlung »Rote Straße«, Nicolaikirchhof 7 ● **Halle:** Infoladen »Verein Kellnerstraße e.V.«, Kellnerstraße 10a ● **Hamburg:** »Heinrich-Heine-Buchhandlung«, Schlüterstraße 1 / »Schwarzmarkt«, Kleiner Schäferkamp 46 / Buchhandlung »Nautilus«, Bahnenfelder Str.: Zeise-hallen / Buchhandlung »Osterstraße«, Osterstraße ● **Hanau:** »Buchladen am Freiheitsplatz«, Am Freiheitsplatz 6 ● **Hannover:** »Internationalismus-Buchladen«, Engelbosteler Damm 10 ● **Kassel:** »Gestochen scharf«, Elfbuchenstraße 18 ● **Kiel:** »Zapata« Buchladen, Jungfernstieg 27 ● **Lüneburg:** »F. Delbanco«, Bessemerstraße 3 ● **Mönchengladbach:** »prolibri« Buchladen, Regentenstraße 120 ● **Siegen:** Buchhandlung »Bücherkiste«, Bismarckstraße 3

Zurück in die Eierschalen der Bismarckschen Sozialgesetzgebung

Die Bundesregierung hat es geschafft, mit dem vorgelegten »Reform«entwurf zur Rentenversicherung hinter die Bismarcksche Sozialgesetzgebung zurückzufallen.

Das vorgebliche Ziel der »rot-grünen« Koalition, den Anstieg der Beiträge zur Rentenversicherung bei weiterhin gesicherten Renten zu bremsen, soll angeblich durch ihre »Rentenreform 2000« verwirklicht werden. Dass diese Reform den Anstieg der Kosten für die Alterssicherung keineswegs aufhalten kann, sondern diese nur auf die Schultern der Lohnabhängigen und Rentner verlagert, liegt auf der Hand.

Die Reform ist auf keinen Fall der Bevölkerungsentwicklung geschuldet. Sie dient vielmehr neben dem Interesse der Unternehmen an einer Verminderung der von ihnen zu zahlenden Vorsorgeleistungen in erster Linie den großen Versicherungsgesellschaften und Kapitalfonds, die mit der Verwaltung der gigantischen Kapitalmenge aus der privaten Vorsorge riesige Gewinne erzielen wollen. Damit setzen sich die Forderungen von IWF/Weltbank nach einer Marktgängigkeit der Sozialsysteme nicht nur in unterentwickelten Ländern, sondern auch in einem weiteren sozialdemokratisch regierten großen Industriestaat durch.

Die neue Weltordnung schlägt durch

Schon auf der Frühjahrstagung von IWF und Weltbank vom 22. bis 24. 4. 1996 hatten diese Rentenkürzungen und längere Lebensarbeitszeit in den Industriestaaten empfohlen. Damit haben die Industriestaaten, die beide Einrichtungen beherrschen, sich selbst die Zerschlagung und/oder Privatisierung der sozialen Sicherungssysteme auferlegt. Ziel dieser Attacke, die mit der »wachstumshemmenden Wirkung ausufernder Sozialsysteme« begründet wird, ist die Mobilisierung zusätzlichen Kapitals, damit die Konzerne im weltweiten Konkurrenzkampf umso besser gerüstet sind.

Besonders in Deutschland sind in der Vergangenheit große Kapitalmengen (aus kapitalistischer Sicht) ungenutzt geblieben, weil die Altersvorsorge im Umlageverfahren sichergestellt wurde. Dabei werden die Vorsorgeleistungen von der arbeitenden Bevölkerung über die Rentenversicherungsträger direkt an die Berechtigten durchgereicht. Es wurde also, anders als zum Beispiel in den USA, kein Kapitalstock gebildet, der anzulegen wäre. Dieses System war tragfähig und in gewissem Umfang sogar ein Standortvorteil, solange die Grenzen des Nationalstaats diesen auch in wirtschaftlicher Hinsicht einigermaßen effektiv abschotten konnten. Mit der Durchlässigkeit dieser Grenzen für die transnationalen Konzerne wurde aber die verfügbare Kapitalmenge zu einem entscheidenden Faktor bei den Übernahmenschlachten auf dem Börsenparkett.

Das deutsche Kapital sieht sich also gezwungen, den sozialen Besitzstand der Lohnabhängigen anzugreifen, um international mithalten zu können. Vorbereitet wurde dieser Angriff im »Bündnis für Arbeit, Ausbildung und Wettbewerbsfähigkeit«. Hier hatte schon 1998 auch der DGB unterschrieben, »die dauerhafte Senkung der gesetzlichen Lohnnebenkosten« anzustreben. Damit ist es der sozialdemokra-

tisch/grünen Regierung gelungen, die Gewerkschaften mit vor den Karren des Kapitalinteresses zu spannen und ernsthaften Widerstand von dieser Seite auszuschalten. Damit haben sie es auch in kürzester Zeit geschafft, den früher so beklagten »Sozialkahltschlag« weiter zu treiben, als eine konservative Regierung sich das in absehbarer Zeit hätte leisten können.



Dass die zur besseren Durchsetzung der Reform veranstaltete Schaumschlägerei von effektiverer Verwaltung und besserer Verzinsung privatisierter und kapitalgedeckter Rentensysteme die Tatsachen in ihr Gegenteil verkehrt, wird im folgenden noch zu zeigen sein. Vorweg nur soviel:

Die durchschnittliche »Verzinsung« der Beiträge zur gesetzlichen Rentenversicherung beträgt, bei Berücksichtigung aller Leistungen, zur Zeit zirka fünf bis sechs Prozent. Das Bundesarbeitsministerium geht von einer durchschnittlichen Verzinsung der Privatvorsorgebeiträge von vier Prozent aus.

Die Beiträge der Jungen steigen mit der Reform schneller als ohne

Nach dem Regierungsentwurf sollen zunächst die Beitragsätze zur gesetzlichen Rentenversicherung von heute 19,3 Prozent bis zum Jahr 2020 auf höchstens 20 Prozent und bis 2030 auf höchstens 22 Prozent des Bruttoarbeitsverdienstes ansteigen (sogenannte Deckelung der Beitragsätze). Sind bei diesem Beitragsaufkommen die gesetzlichen Leistungen nicht mehr gedeckt, werden die Leistungen über das im Entwurf ohnehin vorgesehene hinaus weiter gekürzt.

Gleichzeitig soll aber, von 2001 bis 2008 gestaffelt, eine Privatvorsorge eingeführt werden, die dann vier Prozent des Bruttoarbeitsentgelts betragen wird.

Nach Berechnungen des Bundesarbeitsministeriums würde ohne die Rentenreform im Jahre 2030 ein Beitragssatz von 23,9 Prozent des Bruttoarbeitsentgelts notwendig sein. Davon müssten die Lohnabhängigen wegen der paritätischen Finanzierung die Hälfte, also 11,95 Prozent aufbringen. Nach den Reformplänen wäre der Beitragssatz zur gesetzlichen Rentenversicherung gedeckelt, das heißt, er könnte nicht über 22 Prozent ansteigen. Davon müssten die Lohnabhängi-

gen wiederum die Hälfte, also elf Prozent bezahlen. Zusätzlich müssten sie aber auch noch die vier Prozent Privatvorsorge, und zwar ohne Arbeitgeberanteil, aufbringen. Versüßt wird diese bittere Pille lediglich durch einen hälftigen staatlichen Zuschuss für Niedrigverdiener (35000,-/70000,- DM Jahreseinkommen für ledige/verheiratete) bis zu 350,-/1000,- DM/Jahr und die steuerliche Absetzbarkeit der Privatvorsorge.

Ein Vergleich ergibt einen deutlichen Anstieg der Beitragsbelastung für die Lohnabhängigen bei Einführung der Reform im Vergleich zur bisherigen Gesetzeslage. Im ungünstigsten Fall, das sind Personen die nicht mehr unter Niedrigverdiener fallen und die steuerliche Absetzbarkeit nicht ausnutzen können, entfallen auf den Lohnabhängigen statt 11,95 Prozent (bisherige Regelung) nach der Reform elf Prozent Beitrag zur gesetzlichen plus vier Prozent Beitrag zur privaten Altersvorsorge, also 15 Prozent des Bruttoarbeitsentgelts. Im »günstigsten« Fall, nämlich bei Niedrigverdienern mit einem Jahreseinkommen von bis zu 8750,-/25000,- DM (je nach Familienstand/Anzahl der Kinder) ergibt sich statt nach bisheriger Regelung 11,95 Prozent des Bruttoarbeitsentgelts ein Beitrag von elf Prozent plus vier Prozent minus zwei Prozent (aber höchstens 350,-/1000,- DM), also 13 Prozent.

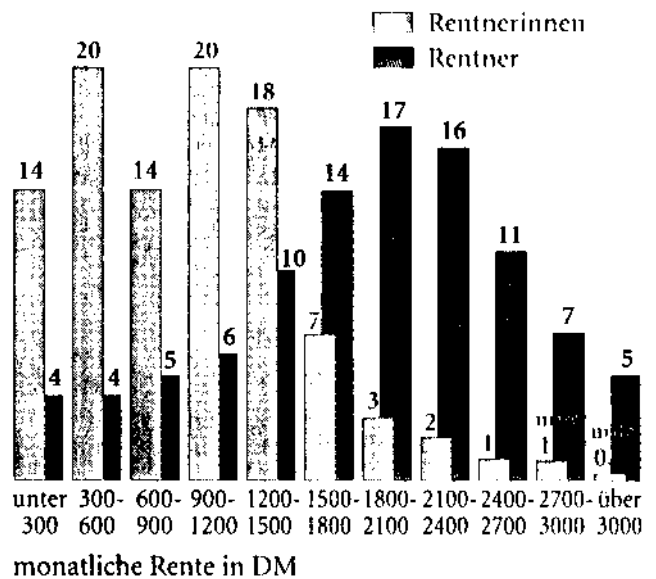
Es stimmt also nicht, wenn die Bundesregierung behauptet, dass die Beitragsbelastung durch die Reform sinkt. Sie steigt für die Lohnabhängigen vielmehr um zirka drei Prozentpunkte an. Sinken wird die Beitragsbelastung allerdings für die Arbeitgeber, die von der Deckelung profitieren und durch den Zwang zur Privatvorsorge nicht belastet werden. Ihr Beitrag wird sich statt auf 11,95 Prozent nach jetziger Gesetzeslage auf elf Prozent belaufen. Damit steigt das gesamte Aufkommen für die Altersvorsorge statt auf die vom Bundesarbeitsministerium prognostizierten 23,9 Prozent auf zirka 26 Prozent des Bruttoarbeitsentgelts.

Die Rentenhöhe für die Rentner von morgen wird katastrophal niedrig

Die Bundesregierung behauptet nicht einmal, dass das so um insgesamt zwei Prozentpunkte erhöhte Beitragsaufkommen sich in erhöhten Leistungen niederschlägt. Sie behauptet aber, das Nettorentenniveau würde mit 68,48 Prozent bei Renteneintritt nur unwesentlich unter das bestehende Niveau von 70,09 Prozent absinken. Dieses »Ergebnis« erreicht sie dadurch, dass sie die vier Prozent Privatvorsorge vom Nettoeinkommen abzieht und künftige Steuer- und Sozialabgabenkürzungen für die Ermittlung des Nettolohnes nicht berücksichtigt. Die 68,48 Prozent nach den Regierungsplänen gehen also von einem niedrigeren Einkommen aus als die alte Regelung. Konkret bedeutet dies bei gleicher Berechnungsweise zum Beispiel für 2010 ein Nettorentenniveau von 64,15 Prozent, 2030 von 58 Prozent. In den nächsten 50 Jahren wird das Niveau auf 50 Prozent absinken.

Nun könnte man ja versucht sein, dieses Ergebnis zu akzeptieren, wenn durch die vierprozentige Privatvorsorge ein entsprechender Ausgleich geschaffen würde. Das Problem ist nur, dass sich die Privatvorsorge nicht mit der gesetzlichen Rente vergleichen lässt. Während erstere sowohl auf der Beitrags- wie auf der Leistungsseite durch die Leistungsfähigkeit der gesamten lohnabhängigen Bevölkerung bestimmt wird, ist die Privatvorsorge vollkommen kapitalmarktabhängig. Hier ist nicht mehr die Solidarität aller

Höhe der Renten in Deutschland 1998 (Rentenbezieher in %)



Lohnabhängigen gefragt, sondern das erfolgreiche Spekulieren des »eigenen« Rentenfonds. Da kann es denn schon schnell einmal vorkommen, dass der Rentenfonds zur Sicherung der Rendite verlangt, dass die Arbeitsplätze der Versicherten vernichtet werden.

Aber damit nicht genug: Das in den Fonds angelegte Geld wird nicht nur gegen das Interesse der Versicherten eingesetzt, es ist auch noch nicht einmal abgesichert. Während Arbeitsminister Riester zunächst behauptete, die Durchschnittsverzinsung der Privatvorsorgebeiträge würde 5,5 Prozent pro Jahr betragen, werden jetzt nur noch realistischere vier Prozent angenommen. Wenn diese Aussage stimmen sollte, müsste also eine Lohnabhängiger, der 2010 in Rente geht und ab dann die Erträge seiner/ihrer Privatvorsorge als Rente erhält, bis dahin das eineinhalbfache des dann erzielten Jahresentgelts in Form von Vorsorgebeiträgen, Zinsen und Zinseszinsen aufgebracht haben, wenn »sein/ihr« Rentenfonds durchschnittliche Erträge erbracht hat und er/sie im Verhältnis zur jetzigen Regelung nicht schlechter stehen will.

Man sieht aber, dass in der Privatvorsorge jede Menge Unwägbarkeiten enthalten sind: Welche Erträge bringt der Rentenfonds im Verhältnis zu anderen? Ist er überhaupt sicher? Wie entwickelt sich die durchschnittliche Verzinsung auf dem Kapitalmarkt? Aus diesen Gründen hat nicht einmal die Bundesregierung eine Prognose zur Höhe der zukünftigen Rente aus privaten Vorsorgebeiträgen gewagt. Jeder ernstzunehmende Ökonom hätte sie dafür wohl Dummbutel geschimpft. Deshalb musste sie es bei ihrem Geschwafel über zu erwartende Durchschnittsverzinsungen belassen, die dann quasi im Vorbeigehen von 5,5 Prozent auf vier Prozent korrigiert werden mussten.

Die jährliche Rentenerhöhung liegt weit unterhalb der wirklichen Nettolohnentwicklung

Die Bundesregierung behauptet, die zukünftige Anpassung der Renten würde wieder nettolohnbezogen erfolgen. Angeblich sollen nach zwei Jahren mit Erhöhungen in Höhe der Inflationsrate wieder die Nettolöhne die Rentenentwicklung bestimmen. Allerdings wird auch hier wieder der Nettolohn

DGB-Aktionskonferenz: »Heißer Herbst« am Untermain?

Am Untermain rücken Aktionen gegen die Angriffe von Unternehmern und Staat auf die Renten in greifbare Nähe. Während anderswo, besonders auf Bundesebene, die Gewerkschaftsspitzen sich von der Bundesregierung »ins Boot« holen lassen, luden DGB und IG Metall der Region Main-Kinzig/Offenbach für den 6. September zu einer Aktionskonferenz in Mühlheim ein. Mit zirka 300 KollegInnen war der Saal in der Willy-Brandt-Halle gut gefüllt.

Der Referent, Johannes Steffen von der Arbeiterkammer Bremen, trug die Details vor. Seine zentrale These fasste er dahingehend zusammen, dass in der laufenden Auseinandersetzung von Seiten der Bundesregierung der entscheidende Durchbruch in die zusätzliche Privatversorgung gesucht wird. Sei dies erreicht, gäbe es kein Halten mehr, nicht nur, weil anschließend der Einstieg in die Kapitaldeckung auf Kosten der Lohnabhängigen immer weiter vorangetrieben werden könne. Vielmehr bestehe dann die Gefahr, dass als nächstes die Privatisierung der Krankenversicherung angegangen und auf diese Weise nach und nach die gesamte Sozialversicherung demontiert werde. Sei der Einbruch erfolgt, so könnten die dann auftretenden Sicherheitslücken nicht mehr geschlossen werden.

Diese Argumentation ist schlüssig, allerdings auch zweischneidig für die Mobilisierung des Widerstandes. Einerseits verdeutlicht sie das Gewicht der aktuellen Auseinandersetzung für die weitere Entwicklung, andererseits verstärkt sie durch diese Überpointierung die mögliche Resignation im schließlich nicht ganz unwahrscheinlichen Falle einer Niederlage. Zunächst erfüllte sie ihren Zweck, die Anwesenden zu überzeugen, so weit sie es nicht schon waren. Wer sich mit der Materie befasste und sie einmal kapiert habe, so Steffen, bedürfe keiner weiteren Agitation mehr. Dies erwies sich im Saal. Zwischen den vielen gegen die sogenannte Rentenreform gerichteten Redebeiträgen meldete sich nur ein einziger Kollege (zudem der einzige »Auswärtige«, nämlich aus Kassel) zu Wort, um Riester zu verteidigen.

Die schärfste Kritik wurde an der eigenen Gewerkschaftsführung geübt, nicht nur wegen der Person Riesters, der vor seinem Ministeramt zweiter Vorsitzender der IG Metall war. Ansatzpunkt war vielmehr die Sitzung des Gewerkschaftsrates der SPD zu Anfang der Woche, in der die Spitzen der Gewerkschaften wie Zwickel, Schulte, Mai sich offensichtlich in die Pläne der Bundesregierung einbinden ließen gegen Zugeständnisse, die im Grunde keine sind. So sicherte

Schröder zwar zu, zur Nettolohnanpassung zurückzukehren, jedoch nur dem »Grundsatz« nach. In der Privatvorsorge soll es eine »soziale Komponente« aus der Staatskasse geben. In den Kernpunkten aber bleibt die Regierung hart: Die Kapitaldeckung in der Rente wird eingeführt, die Rentensätze werden gesenkt und die Belastung wird einseitig den Lohnabhängigen aufgebürdet.

Zählbar wurde die Stimmung durch das Votum über zwei Resolutionen (zu diesem Zeitpunkt hatte allerdings schon hier und da der Aufbruch eingesetzt, die Veranstaltung dauerte immerhin von 16.30 Uhr bis zirka 19.15 Uhr). Der von den Vertrauensleuten der ABB Großauheim eingebrachte Antrag zur Weiterleitung an die Vorstände des DGB und der Einzelgewerkschaften stellt klipp und klar fest: »... Es gibt für uns bei der Ertragskraft dieser Wirtschaft keinen Grund, eine einseitige Rentenfinanzierung zu Lasten der Arbeitnehmer billigend hinzunehmen. ... Wir fordern den DGB und die Gewerkschaften auf, alles dazu beizutragen, um die von der Bundesregierung angestrebte Rentenreform zu verhindern. Auch eine rotgrüne Bundesregierung kann von den Gewerkschaften keine Loyalität erwarten, wenn sie den Sozialabbau, den sie zu stoppen vorgab, nun verschärft betreibt.«

Die zweite zur Abstimmung gestellte Resolution soll als »Mühlheimer Erklärung« in die regionale Geschichte eingehen. Sie ist – unter anderem durch den Bezug auf das »Sozialstaatsgebot des Grundgesetzes« – deutlich staatstragender gefasst, lässt aber andererseits keinen Zweifel am Willen zur Tat. So heißt es in Punkt 5: »Wir werden in den Betrieben und in der Öffentlichkeit alle Möglichkeiten nutzen, um gegen die Rentenpläne der Bundesregierung zu mobilisieren.

Dazu gehören:

- ◆ Betriebsversammlungen,
- ◆ Informationsveranstaltungen,
- ◆ Unterschriftensammlungen,
- ◆ Diskussionen und Vorbereitung weiterer betrieblicher und örtlicher Aktionen, bis hin zu gemeinsamen Demonstrationen und Kundgebungen. Wir fordern den DGB und die Einzelgewerkschaften auf, spätestens im Oktober zu solchen Kundgebungen bundesweit aufzurufen.«

Beide Resolutionen wurden einstimmig angenommen. Nun kommt es auf die Umsetzung an. Zwar könne, so der Diskussionsleiter am Schluss der Veranstaltung, von Hanau und Offenbach aus nicht die Welt aus den Angeln gehoben werden. Wichtig aber sei, dass in der Region etwas passiere, und zwar nicht nur hier, sondern bundesweit. Dass für eine erste Aktion in der Hanauer Fußgängerzone am 9. September dann kaum Aktive gefunden werden konnten, ist jedoch ein Dämpfer für weit gespannte Hoffnungen. Hier muss sich noch einiges tun.

G.W., DA, 12.9.2000 ■

mit Hilfe von Rechentricks kleingerechnet, damit das Ergebnis in Prozentangaben gefällig aussieht.

Zunächst wird wieder der Privatvorsorgebeitrag aus dem Nettolohn herausgerechnet. Durch die gestaffelte Einführung der Privatvorsorge ergibt sich damit von 2002 bis 2009 eine Verminderung des Rentenanstiegs um jährlich 0,5 Prozent. Außerdem werden weder zukünftige Steuersenkungen noch Senkungen des Beitrags zur Arbeitslosenversicherung, die das Nettoeinkommen erhöhen, berücksichtigt. Die Kohl-

Regierung hatte seinerzeit die Einführung eines sogenannten »Demographie-Faktors« (Anpassung der Renten an die Bevölkerungsentwicklung) geplant. Dieser wurde von den Parteien der jetzigen Regierungskoalition mit Recht als unanständig abgelehnt. Mit den eigenen Plänen fallen die Renten aber sogar unter die Marke, die durch die Rentenreform der alten Regierung entstanden wären.

Für die Lohnabhängigen, die ab 2011 in Rente gehen, wird zusätzlich ein sogenannter »Ausgleichsfaktor« einge-

Nicht nur 26, sondern 30 Jahre einzahlen, um Rente auf Sozialhilfe-Niveau zu erhalten...

»Vergessen wird oft, dass Sparen zum Beispiel in Wertpapieren zunächst einmal Finanzkapital darstellt, aber nicht unbedingt Realkapital (Gebäude, Maschinen usw.) als Gegenwert hat. Auch steigende Börsenkurse signalisieren keinen Realkapitalzuwachs. Zunehmende Mittel der Pensionsfonds suchen Anlage und treiben Börsenkurse nach oben. Fondsmanager werden sich bei der Suche nach lukrativen Anlagen weithin gleichgerichtet verhalten, gezwungen auch durch das den kurzfristigen Erfolg honorierende Shareholder-value Konzept. Damit können insbesondere auf Finanzmärkten kleinerer Länder erhebliche Krisen ausgelöst werden. Die Fonds (und damit die Anleger) mögen dabei keine Verluste erleiden, die Kosten der Krisenbewältigung treffen aber die Bürger dieser Länder.«

»Der Inflationsschutz, der üblicherweise in umlagefinanzierten Systemen für die Versicherten durch preis- oder lohnindexierte Renten besteht, fehlt vielfach bei Kapitalanlagen und Privatrenten. Deutschlands Vergangenheit bietet Anschauungsmaterial für die Folgen.«

Offenkundig ist, dass die geplante Ausweitung der Privatvorsorge das Leistungsniveau der GRV senken und damit einen Vorsorgebedarf hervorrufen soll. Tiefgreifende individuelle Folgen wären zu erwarten: So würde ein »Eckrentner« (Rente basierend auf Durchschnittsentgelt und 45 Versicherungsjahren) im Jahre 2030 nur noch 60 Prozent des durchschnittlichen Nettoarbeitsentgelts erhalten, statt jetzt rund 70 Prozent, aber erst wenn er mit 65 »in Rente geht«. Bei Rentenbeginn mit 62 Jahren wären es weniger als 54 Prozent.«

»Da das Sozialhilfeniveau (einschließlich Übernahme der

Miete) bei 40 % des durchschnittlichen Nettoentgelts liegt und bereits ein Durchschnittsverdiener (künftig) 30 Versicherungsjahre (heute rund 26 Jahre) braucht, um eine Rente in Höhe des Sozialhilfeniveaus zu erhalten, wird deutlich, dass viele langjährig Versicherte mit unterdurchschnittlichem Verdienst und/oder kurzer Versicherungsdauer kaum noch eine GRV-Rente erwarten könnten, die spürbar über der Sozialhilfe läge. (Wer nur 80 Prozent des Durchschnittslohns verdient, benötigt künftig rund 37 Versicherungsjahre für eine Rente in Höhe des Sozialhilfenspruchs.) Bereits heute haben die Hälfte der Männer und 95 Prozent der Frauen geringere Rentenansprüche, als es der »Eckrente« entspricht. Bei der angestrebten Niveausenkung dürfte folglich die Legitimationsbasis für eine solche Pflichtversicherung wegbrechen.«

»Welche konkreten Wirkungen auf Renten und Abgaben hätte die geplante Verlagerung zur Privatvorsorge? Erläutert sei dies am Beispiel eines »Eckrentners« (Durchschnittsverdiener, 45 Versicherungsjahre), der 2020 bzw. 2030 Rentner wird. 2020 wäre unter den von der Regierung verwendeten Annahmen die Summe aus verminderter GRV-Rente plus (fiktiver) Zusatzrente (die ja freiwillig sein soll) gerade um 12 Mark pro Monat höher als die GRV-Rente ohne die Kürzungsbeschlüsse. 2030 gäbe es 70 Mark im Monat mehr. Doch diese eher minimalen Aufschläge werden teuer erkaufte. Ein Durchschnittsverdiener hätte 2020 insgesamt etwa 290 Mark und 2030 etwa 330 Mark im Monat zusätzlich zu zahlen.«

(aus: Winfried Schmähl: Minimal höhere Renten werden durch zusätzliche private Altersvorsorge teuer erkaufte, in: FR vom 8. 8.2000).

(Angaben in Klammern nach W. Schmähl: Auf dem Weg zur nächsten Rentenreform in Deutschland, in: Aus Politik und Zeitgeschichte B 35-36/2000)

führt, der die dann zu bezahlenden Renten weiter absenken soll. Die Kürzung beträgt von 2011 bis 2030 jedes Jahr 0,3 Prozent, also zuletzt sechs Prozent. Die Begründung für diese Kürzung ist, dass die Rentner die Kosten der steigenden Lebenserwartung selber tragen sollen. Damit ist nicht nur von der Höhe der Kürzung her der »Demographie-Faktor« der alten Regierung übertroffen, sondern auch die Unmenschlichkeit, das längere Leben als Kostenrisiko übergeprügelt zu bekommen, wurde übernommen.

Die Privatvorsorge spaltet die Gesellschaft

Durch den Zwang zur Privatvorsorge werden, gestaffelt von 2001 bis 2008, jährlich 0,5 Prozent des Bruttoarbeitsentgelts und ab dann jährlich die erreichten vier Prozent dem Kapitalmarkt zufließen. Die Bruttolohnsumme betrug in Deutschland 1998 1.950.000.000.000 (1,95 Billionen) DM. Vier Prozent davon sind 78.000.000.000 (78 Milliarden) DM. Diese Summe wird den Rentenfonds und Versicherungsgesellschaften jährlich zur Verfügung stehen. Die Folgen dieser Entwicklung sind in den USA zu studieren: Dort beherrschen schon heute die Pensionsfonds weite Teile des Kapitalmarkts. So werden berechnete Rentenansprüche in Aktienwerten ausgedrückt und die Schwäche der Börsennotierungen mindert die Altersbezüge. Es kann dann der erfolgreiche Kampf von ArbeiterInnen um die Verbesserung ihrer Arbeitsbedingungen eventuell über die Börse auf die Altersversorgung der ehemaligen KollegInnen zurückschlagen. Umgekehrt kann das Renditeinteresse der Pensionsfonds mit ihrer gewaltigen Marktmacht zu Firmenaufkäufen, -zusammen-

schlüssen usw. führen, mit den entsprechenden Folgen für die dort Beschäftigten. So werden die Generationen gegeneinander ausgespielt.

Die Finanzierung der Rente ist ein Verteilungsproblem

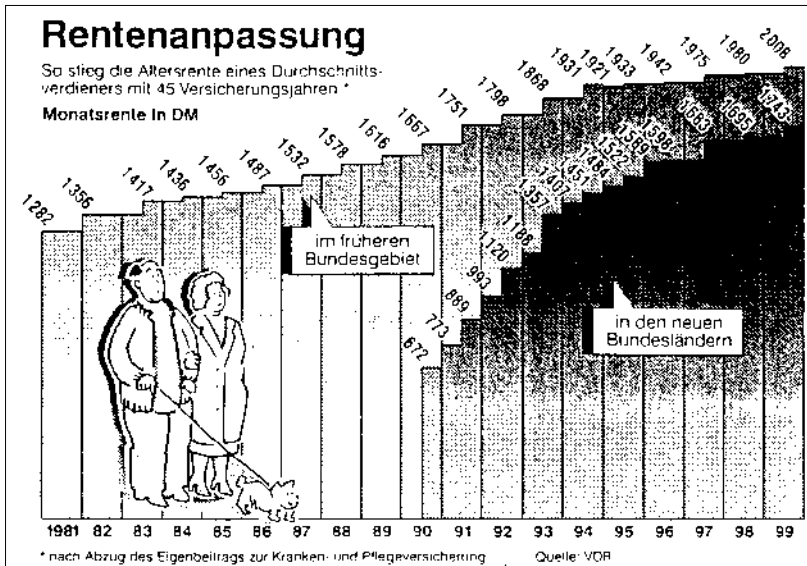
Immer wieder vorgeschobenes Argument für die Notwendigkeit einer Rentenreform ist, die Renten seien unbezahlbar geworden. Wie oben dargestellt, steigt der Beitragssatz insgesamt mit der Reform (auf 26 Prozent) stärker als ohne (auf 22,9 Prozent). Der wirkliche Hintergrund ist ein anderer:

■ 1. Wer finanziert die Rente?

Nach dem derzeit gültigen Rentensystem werden die Mittel der Rentenversicherung formal paritätisch aufgebracht. Zwar erlebt dieses System auch jetzt schon Durchbrechungen durch den sog. zusätzlichen Bundeszuschuss, trotzdem besteht noch die Grundlage der paritätischen Finanzierung.

Es bleibt aber festzuhalten, dass schon jetzt Verbrauchssteuern erhoben werden, um den Bundeszuschuss zu finanzieren (April 1998 Erhöhung der Mehrwertsteuer von 15 auf 16 Prozent, Juni 1999 erste Stufe Ökosteuer). Damit werden die, hauptsächlich von den Lohnabhängigen aufzubringenden, Steuern eingesetzt, um den Beitragssatz zur Rentenversicherung zu senken. Dadurch werden die Arbeitgeber bereits jetzt um 1,1 Prozentpunkte entlastet.

Durch die teilweise Umstellung der Rentenversicherung auf die private Vorsorge wird aber nicht mehr nur am Prinzip der paritätischen Finanzierung herumgeschummelt, sondern es wird komplett aufgegeben. Denn wenn erst einmal ein



Anteil der Alterssicherung umgestellt ist, gibt es keinen logischen Grund mehr, die Höhe dieses Anteils zu verändern. Es wird dann wohl über kurz oder lang darauf hinauslaufen, eine Minimalrente auf Basis der gesetzlichen Rentenversicherung und die Privatvorsorge zu koppeln.

2. Kapitaldeckung statt Umlage

Der andere wichtige Punkt ist der Wechsel vom Umlageverfahren zum Kapitaldeckungsverfahren. Bei der Umlage wird das in Form von Beiträgen eingenommene Geld unmittelbar wieder in Form von Leistungen ausgeschüttet. Es verbleibt damit im Konsumkreislauf. Beim Kapitaldeckungsverfahren wird das Geld dagegen dem Konsumkreislauf entzogen. Es wird von den entsprechenden Fonds und Gesellschaften zunächst als Kapital investiert und bestenfalls später bei Renteneintritt wieder in den Konsumkreislauf zurückgeführt. Dadurch entsteht eine gewaltige Verschiebung von Geldmitteln von der Konsum- zur Kapitalseite. Finanziert wird diese Verschiebung durch die Kürzung der Leistungen bei den Rentnern und eine überhöhte Steigerung der Beitragslast der arbeitenden Generation.

Gewerkschaften

Die Parteien der jetzigen Bundesregierung gewannen die Bundestagswahlen 1998 in erster Linie deshalb, weil es ihnen gelungen war, das weit verbreitete soziale Unwohlsein für sich zu mobilisieren. Die damalige Bezeichnung des Rentenreformentwurfs der Kohl-Regierung als »unanständig« traf das Gefühl breiter Kreise der Bevölkerung. Nachdem sie selbst die Regierungsgeschäfte übernommen hatten, waren sie selbst mit den Gesetzmäßigkeiten des Kapitalismus kon-

Der jüngste Kuhhandel

»Schartau (ehemaliger IG Metall-Bezirksleiter, heute Arbeitsminister in NRW) verteidigte die abrupte Kehrtwendung der nordrhein-westfälischen Regierung beim Ladenschluß. Ministerpräsident Wolfgang Clement (SPD) hatte sich zunächst für längere Ladenöffnungszeiten eingesetzt. Inzwischen lehnt das Land eine Veränderung des Gesetzes ab, nachdem Bundeskanzler Gerhard Schröder (SPD) dies den Gewerkschaften im Tausch gegen Zustimmung zur Rentenreform versprochen hatte.«

»Schartau stützt Riester« in SZ vom 14.9.00 ■

frontiert. Jetzt hieß es, die internationale Durchsetzungsfähigkeit des deutschen Kapitals zu fördern oder über kurz oder lang an Bedeutung zu verlieren. Das Infragestellen des Kapitalismus an sich stand für sie ohnehin nicht zur Diskussion.

Für die, aus Kapitalsicht notwendige, »Förderung der Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft« war die neue Regierung ungleich besser geeignet als die alte. Diese Förderung wurde vorgenommen mittels Steuerreform, Gesundheitspolitik und Green Cards statt Bildung; oder jetzt eben durch die Rentenreform. Die Regierungsparteien haben aufgrund ihrer engen Verbindungen zu Gewerkschaften und gesellschaftlichem Protestpotential von vornherein wenig Schwierigkeiten gehabt, zu erwartenden Widerstand schon im Vorfeld abzu-

blocken. Am Beispiel des Gesundheitswesens ist es den Grünen sogar gelungen, die Sparpolitik als Maßnahme gegen antiquierte Strukturen in Krankenhäusern und Schulmedizin auch in durchaus fortschrittlichen Gesundheitsinitiativen zu verankern.

Auch bei der Rentenreform wurde schon im Vorfeld auf die Einbeziehung der Gewerkschaften geachtet. Im »Bündnis für Arbeit und Wettbewerbsfähigkeit« stimmten sie dem Abbau der gesetzlichen Lohnnebenkosten zu. Die Fortsetzung ist, dass die offizielle DGB-Kritik an der Reform, Hand in Hand mit der sogenannten SPD-Linken, am Kern vorbei auf die Höhe der Privatvorsorge zielt. Über deren Einführung wird schon gar nicht mehr geredet.

Dementsprechend schwach steht bislang der gewerkschaftlich organisierte Widerstand da. Die IG Medien hat ihre Mitglieder zu Protestaktionen aufgerufen. Auch die IG Metall hat einen »heißen Herbst« angekündigt, gleichzeitig aber Verwirrung gestiftet durch eine Diskussion über das Wiederhereinholen des Verlorenen über die Tarifpolitik. Als zum Beispiel bei den Stahlwerken Bremen eine Mobilisierung von unten versucht wurde (mittels Unterschriftenaktionen), hat sie diese Initiative nicht gefördert, sondern sich befremdet gezeigt.

Wenn der Widerstand gegen die Rentenreform Erfolge vorweisen soll, bleibt also noch vieles zu tun.

M.B., HB, 7.8.2000 ■

»Behauptungen und Tatsachen zur rot-grünen Rentenpolitik«

– das ist der Titel einer gründlichen Widerlegung von Aussagen der Bundesregierung, der SPD und der Grünen zur Rentenreform. Zusammengestellt wurde dieses Material (Foliensatz, 24 Seiten) von Johannes Steffen von der Arbeiterkammer Bremen, erhältlich ist es im Internet unter »www.labournet.de«. Aus den dort vorgerechneten und belegten Beispielen folgert Steffen u.a.:

»Einzige Gewinner der rotgrünen Rentenreform sind die privaten Finanzdienstleister – ihnen winken blühende Geschäfte, und die Arbeitgeber – deren Beitragsentlastung zahlen die Arbeitnehmer ... Riester wird offenbar von dem missionarischen Eifer getrieben, die soziale Rentenversicherung sturmreif zu schießen. Das hat selbst Norbert Blüm in 16 Jahren nicht geschafft...«

Die Neonazis sollen verschwinden – nicht aber die gesellschaftliche Entwicklung, die sie hervorbringt

Der folgende Kommentar geht auf die aktuelle Diskussion nach dem Düsseldorfer Anschlag ein, in der es unter anderem auch um ein Verbot der NPD geht. Er kann eine ausführliche Analyse der innenpolitischen Situation nicht ersetzen, zu der der Rechtsextremismus als ein wichtiger Aspekt gehört. Eine solche Analyse soll weiteren Artikeln vorbehalten bleiben.

Fast über Nacht, jedenfalls unvorbereitet, sieht sich die deutsche Gesellschaft mit Fragen konfrontiert, die die herrschenden Politiker bislang unter den Teppich kehrten und auch kehren konnten. Seit Jahren werden rassistische Übergriffe als unpolitische Gewalttaten Jugendlicher verharmlost und bei Anschlägen der rechtsradikale Hintergrund und die organisatorischen Verbindungen von Polizei und Justiz ausgeblendet oder verleugnet.

Warum sind die Neonazis zur Zeit ein Problem?

Entscheidend für Wirtschaft und Politik sind außenpolitische Erwägungen. Ein Jahrzehnt nach der »Wiedervereinigung« ist die Bundesrepublik der mächtigste Staat in Europa. Mit der Einführung des Euro scheint es möglich, als Kernmacht eines vereinten West- und Mitteleuropas auf Dauer auch wieder eine zentrale Rolle in der Weltpolitik zu spielen. Wie jüngst auf dem UN-Jubiläumsgipfel in New York zu sehen war, ist in der Diskussion um die Mitgliedschaft Deutschlands im UN-Sicherheitsrat die Zahl der Befürworter deutlich angewachsen. Die Beteiligung am Krieg gegen Jugoslawien hat das Tabu von Kampfeinsätzen der Bundeswehr gebrochen.

Um diese Entwicklungen weiter vorantreiben zu können und endlich wieder als »normale« Kraft in der Weltpolitik mitmischen zu können, hat die bürgerliche Klasse in der Bundesrepublik in letzter Zeit Anstrengungen unternommen, das größte Hindernis aus dem Wege zu räumen. Man hat versucht, in den Augen der Weltöffentlichkeit das Erbe des Nationalsozialismus zu überwinden. So hat man trotz der immer noch bestehenden Finanzierungsprobleme mit der »Lösung« der Zwangsarbeiterfrage gerade ein zentrales Problem entschärft. Auch ist die Bundesregierung dabei, die heilige Kuh des völkisch ausgerichteten Staatsbürgerrechts Stück für Stück zu schlachten. Die Einsetzung einer Kommission, die bis Ende nächsten Jahres die Vorlage für ein Einwanderungsgesetz erarbeiten soll, ist ein Schritt in diese Richtung. Selbst die CDU, die stets gegen ein solches Gesetz opponiert hatte, hat kürzlich in Gestalt ihres Rechtsexperten Eylmann ihr grundsätzliches Einverständnis signalisiert. In einer solchen Situation durfte nicht der Eindruck entstehen,



Juden (die meisten der Düsseldorfer Opfer waren Juden) seien in der Bundesrepublik Freiwild.

Zu diesen außenpolitischen Überlegungen gesellen sich dann noch unmittelbar wirtschaftspolitische. Rechtsradikalismus ist inzwischen eine Standortfrage. Zu denken ist dabei z.B. an die Greencard-Debatte. Hier wurde offensichtlich, welche prinzipielle Bedeutung ausländische Arbeiter für die deutsche Wirtschaft haben. Sie sind so wichtig, dass die Unternehmervertreter sich sogar mit ihrer eigenen Hauspartei, der CDU, anlegten. Konkurrenzgründe machen es langfristig unabdingbar, dass Deutschland, wenn es die bisherige Wirtschaftskraft erhalten will, ein Einwanderungsland werden muss. Zwar wird auch in Zukunft Asylbewerbern der Zutritt erschwert werden. Aber ähnlich wie in den USA oder Australien wird man diejenigen, die die entsprechende Qualifikation oder Kapital mitbringen, mit offeneren Armen als bisher empfangen. Entsprechende Werbekampagnen laufen aber ins Leere, wenn gleichzeitig bei CNN Berichte über den Bildschirm flimmern, wie hierzulande Ausländer gejagt werden.

Für die Wirtschaft Ostdeutschlands stellen die Angriffe auf Ausländer schon jetzt ein gravierendes Problem dar. Regierung und Wirtschaft haben sich in den letzten Jahren sehr darum bemüht, diese Region ausländischen Investoren und Spezialisten schmackhaft zu machen. Angesichts der rechten Gewalt ist das inzwischen, wie Jenoptik-Chef Lothar Späth immer wieder beklagt, sehr schwer geworden. Schließlich kommt noch die Auseinandersetzung um die Rolle Österreichs in der EU hinzu. Da hatte sich die EU-Diplomatie aus dem Fenster gehängt – als wenn es in ihrem Klasseninteresse läge, die Solidarität mit der herrschenden Klasse in Österreich aufzukündigen.

Durch staatliche Repressionsmaßnahmen ist die Rechtsentwicklung nicht zu stoppen

Aus allen Richtungen und von allen Seiten kommen Vorschläge und Rezepte, wie das Problem des gewalttätigen Rechtsextremismus gelöst werden soll.

Die Vorschläge reichen von der Aufforderung an die Bürger, »Zivilcourage« zu zeigen, bis zum Einsatz des Bundesgrenzschutzes und dem Verbot der NPD.

Ein Verbot der NPD und ähnlicher Organisationen kann an der Rechtsentwicklung der Gesellschaft nichts ändern. Es kann nur den kurzfristigen Eindruck bewirken, diese bürgerliche Klasse kämpfe gegen eine politische Gefahr, die die parlamentarische Demokratie insgesamt betrifft. Diese Verbots-Politik hat neben anderem vor allem eine Konsequenz: Die Passivität der breiten Bevölkerung wird - wie schon seit Jahrzehnten - konserviert und die angeblich gewünschte Zivilcourage gehemmt. Die Initiatoren der Verbotsforderung vermeiden es auf diese Weise, die Bevölkerung in den notwendigen Widerstand einzubeziehen, wenn sie sie nicht sogar davon abhalten.

Bei dem von Justiz und Polizei unterstützten Versuch der Neonazis, sich öffentlich bekannt zu machen, wurde zuletzt am 20. August vor der Springer-Zentrale in Hamburg eines deutlich: Eine hochgerüstete Polizei schützte rund 150 zusammengeholte Neonazis vor über 2000 Gegendemonstranten, das heißt, sie verhinderte, dass die Gegendemonstranten die von der bürgerlichen Öffentlichkeit geforderte »Zivilcourage« in einem warnenden Beispiel erproben und durchsetzen konnten. Ein solches »warnendes Beispiel« wäre noch nicht das Ende rechtsradikaler Aktivitäten, es wäre aber ein Fingerzeig auf die gewünschte Zivilcourage.

Selbst wenn die Justiz sich Verbotsanträgen anschließen sollte, bliebe das ohne Auswirkung auf die allgemeine politische und gesellschaftliche Entwicklung - allerdings zwingt ein Verbot die davon Betroffenen, sich den neuen Bedingungen anzupassen.

Die vorgeschlagenen repressiven Maßnahmen und Gesetzesverschärfungen (z.B. des Demonstrationsrechts), mit denen man der Entwicklung Herr werden will, werden sich auch gegen linke und soziale Bewegungen richten. Dies zeigen schon jetzt die Einschränkungen und Verfolgungen von antifaschistischen Aktionen und Demonstrationen in aller Deutlichkeit.

Während bei der Bekämpfung der Rechtsentwicklung auf administrative, staatliche Maßnahmen gesetzt wird, werden die Ursachen weitgehend im Dunkeln gelassen. Selbst viele Linke bleiben in ihren Aufrufen und Darstellungen auf einer moralischen Ebene hängen. Die materiellen Wurzeln für die Zunahme des Rassismus und des Erstarkens faschistischer Kräfte werden nicht in der gesellschaftlichen Entwicklung des Kapitalismus gesucht.

Die Rechtsentwicklung in der BRD

Tatsächlich ist das, was sich seit über zehn Jahren am rechten Rand sammelt und zeigt, Ausdruck einer allgemeinen Rechtsentwicklung, die alle gesellschaftlichen Bereiche und alle Parteien umfasst.

Die nach dem Zweiten Weltkrieg etablierte »Sozialpartnerschaft« hat mit der aufsteigenden Konjunktur im Rücken einigermaßen zur Zufriedenheit der Akteure funktioniert und bisherige Krisen abfedern können. Allerdings haben sich die Bedingungen für die Befriedigung der unterschiedli-

chen Interessen in der Gesellschaft verändert. Die fortschreitende Internationalisierung des Wettbewerbs erzwingt von der herrschenden Klasse eine schärfere Gangart und der Zusammenbruch des sozialistischen Lagers erlaubt ihr diese auch. Für die herrschende Klasse bedeutet das, ihr Verhalten anzupassen und u.a. die »Sozialpartnerschaft« mit den Gewerkschaften und betrieblichen Vertretungen der Beschäftigten neu zu definieren. Rein formal soll die Partnerschaft zwar beibehalten werden, aber hinter dieser Fassade wird alles unternommen, eine Umverteilung zu Lasten der arbeitenden Bevölkerung auf allen Gebieten von der Sozialpolitik bis zu Kultur und Bildung voranzutreiben - immer gerade soweit, wie es Sozialdemokratie und Gewerkschaftsapparat den Beschäftigten »verkaufen« können, ohne dass es größere Unruhe gibt. Organisatorischer Ausdruck dafür ist u.a. das »Bündnis für Arbeit und Wettbewerbsfähigkeit«.

Die Politik der Gewerkschaftsvorstände und Apparate baut auf Passivität der Mitglieder und fördert Orientierungslosigkeit unter den abhängig Beschäftigten

Auch auf parlamentarischer Ebene spiegelt sich das zugunsten der Unternehmer veränderte Kräfteverhältnis wider. In den wesentlichen Fragen der Sozialpolitik unterscheiden sich die Parteien der alten BRD kaum noch. Die Politik der sogenannten Mitte, die diese Parteien alle für sich in Anspruch nehmen, besteht im Kern nur in der Umsetzung des von den Unternehmerverbänden geforderten Abbaus sozialer Leistungen. Die Umverteilung des gesellschaftlichen Reichtums nach oben soll den nationalen Standort im internationalen Konkurrenzkampf sichern.

Wesentliche Entscheidungen werden nicht mehr kontrovers im Parlament diskutiert, sondern von den führenden Parteienvertretern in »Konsensgesprächen«, hinter verschlossenen Türen (wie bei der Steuer- und Rentenreform) ausgehandelt. Die Sozialpolitiker der Volksparteien haben dabei nichts mehr zu sagen und spielen in der öffentlichen Wahrnehmung auch keine Rolle mehr.

Die gegen die Bevölkerung ohne deutsche Staatsbürgerschaft gerichtete Politik ist und bleibt nicht auf diese beschränkt. So wie z.B. den Asylbewerbern durch das Asylbewerberleistungsgesetz schlechtere Sozialhilfeleistungen, kombiniert mit Arbeitszwang und Verbot der Aufnahme regulärer Arbeit aufgezwungen werden, werden auch andere Sozialhilfebezieher verstärkt unter Druck gesetzt. So werden in einer Reihe von Städten Programme aufgelegt oder bereits praktiziert, die arbeitsfähige Sozialhilfebezieher in perspektivlose, niedrigst bezahlte Beschäftigung zwingen, um sie für den Niedriglohnssektor gefügig zu machen. Auch die Aufenthaltsbeschränkungen für Asylbewerber finden ihr Gegenstück schon heute in generellen Platzverweisen für Obdachlose in zahlreichen Innenstädten. Das Kriterium für die Umgehensweise mit Menschen ist also nicht ihre Nationalität, sondern ihre Verwertbarkeit.

Konsequent wird bisher verdrängt, dass all jene, die sich jetzt als Biedermänner präsentieren, zu den Brandstiftern gehören: Die Politik der rot-grünen Bundesregierung - die in vielen Punkten das fortführt, was von der Kohl-Regierung bereits vorgegeben worden war - ist wesentlich dafür verantwortlich, dass heutzutage von einem nicht geringen Teil der Bevölkerung rechtsnationales Gedankengut akzeptiert wird. Ein wesentliches Element ist dabei die Ausländerpolitik der letzten Jahre, welche am deutlichsten durch die Forderung

von Stoiber »Gegen eine Durchrassung« der deutschen Gesellschaft bzw. der Aussage von Schily: »Das Boot ist voll« zum Ausdruck kam. Selbst da, wo sie Ausländer einluden, nämlich bei der Greencard, wurde sehr genau zwischen den wenigen »nützlichen« Ausländern und der Masse »der Überflüssigen« unterschieden, die man auf keinen Fall hier haben will. Der Unterschied zwischen dem Geschrei der Glatzköpfe und den in Aktenmappen niedergelegten Argumentationen der Herrn in Nadelstreifen ist oft nur graduell.

Letztere haben auch noch einen weiteren Grund für die Rechtsentwicklung in dieser Gesellschaft zu verantworten: Wenn heutzutage Menschenleben in dieser Gesellschaft geringer geachtet werden als noch vor ein paar Jahren, dann hat das sehr wesentlich etwas mit den Auswirkungen der kapitalistischen Globalisierung zu tun. Denn genau dort wird ja als einziges Erfolgskriterium gepredigt, es komme darauf an, Leistung ohne Rücksicht auf Verluste zu bringen. Man müsse besser sein als der andere. Und dementsprechend wurden Olympiamannschaften in den Betrieben geformt, die nur noch darauf achten, dass »ihre« Abteilung, »ihre« Firma, »ihr« Standort besser ist als der andere.

Diese Konkurrenz und die Individualisierung in der bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaft findet ihren Ausdruck in Aggressionen gegen vermeintliche Konkurrenten um den Arbeitsplatz oder um Bezüge: Gegen Ausländer, gegen Behinderte, gegen Obdachlose, gegen Sozialhilfeempfänger, warum nicht schließlich auch gegen Rentner, die »unnütze Esser« sind. Individualisierung und das daraus resultierende Gefühl, allein vor existenziellen Problemen zu stehen, können nur überwunden werden durch den gewerkschaftlichen und politischen Kampf gegen die herrschende Klasse, in deren Interesse der Sozialabbau durchgeführt wird.

Vom Prinzip her gibt es viel Ähnlichkeit zwischen der neuen Ellenbogen-Gesellschaft und dem Sozialdarwinismus, den die Rechten predigen. Der Rechtsradikalismus ist kein Phänomen von Randgruppen, sondern aus der Mitte der bürgerlichen Gesellschaft heraus entstanden und entsteht mit der Verschärfung der Konkurrenz immer wieder neu.

Der Kampf gegen den Rechtsextremismus kann nicht isoliert geführt werden

Es gibt keine bürgerliche Partei, die zur Zeit dem wachsenden Unbehagen der Bevölkerung über die scheinbar umgesetzten Abbaumaßnahmen politischen Ausdruck verleihen kann. Bei den Gewerkschaften stößt die Entwicklung nicht auf Widerstand, sondern auf die Unterordnung der Vorstände und Apparate. Passivität und Orientierungslosigkeit hinterlassen ein Vakuum, das die Neonazis mit ihrer antikapitalistischen Demagogie nutzen und damit bei einem Teil der Bevölkerung, vor allem bei Jugendlichen, ankommen. Die Befürchtungen über diese Entwicklung drückte Norbert Blüm (der frühere Arbeitsminister unter Kohl) im »Hamburger Abendblatt« (1./2. Juli 2000) wie folgt aus: »Das Leben wird anstrengend (...) Wir müssen aufpassen, dass in der allgemeinen Hysterie um Internet, Aktien und Globalisierung nicht ein furchtbares Menschenbild entsteht. Von einem Menschentyp, der keine Bindungen mehr hat, keine Verantwortung übernimmt und nur noch für sich selbst lebt ... Gibt es irgend jemand, der glaubt, das sei ein Dauerzustand? Der im Ernst behauptet, das werden sich die Leute noch lange gefallen lassen?«

Solange »sich die Leute das gefallen lassen«, bleiben die Nazis die Nutznießer der Entwicklung. Die Versuche, mit Hilfe von Polizei und Justiz die Phänomene zu bekämpfen, die durch die gesellschaftliche Entwicklung und die Politik der etablierten Parteien immer mehr hervorgerufen werden – auf Dauer werden sie erfolglos bleiben. Ja, es droht sogar, dass das Gegenteil des Gewollten erreicht wird. Das Embargo, das die EU-Staaten gegen Österreich verhängten, hat sich bereits nach einem halben Jahr als nutzlos und kontraproduktiv erwiesen und wurde jetzt wieder aufgehoben – gestärkt hat es die Position der FPÖ.

Die derzeitige Schwäche der Arbeiterklasse ermöglicht die zunehmenden Angriffe der herrschenden Klasse, die die Lasten der Globalisierung und Modernisierung auf die breiten Massen abwälzen kann. Ihr ist mit der tatkräftigen Hilfe der Politik von Gewerkschaften und Parteien das Bewusstsein ihrer Rolle in der bürgerlichen Gesellschaft (bis auf eine kleine Minderheit) verloren gegangen.

Nur in praktischen Auseinandersetzungen, aktuell in der Verteidigung des Solidarprinzips bei den Sozialversicherungen, kann sich die Arbeiterklasse ihrer Rolle in der bürgerlichen Gesellschaft wieder bewusst werden. Im solidarischen Kampf gegen die soziale Demontage kann der Kampf gegen die Rechtsentwicklung, die Ohnmacht gegenüber den »irgendwo oben« getroffenen Entscheidungen und die Vereinzelung überwunden werden.

19.9.00 ■

Es kann in einem Aufruf gegen den Faschismus keine Aufrichtigkeit liegen, wenn die gesellschaftlichen Zustände, die ihn mit Naturnotwendigkeit erzeugen, in ihm nicht angetastet werden. Um in seinen Entscheidungskampf einzutreten, muß der Kapitalismus sich aller, auch der letzten Hemmungen entledigen und alle seine eigenen Begriffe, wie Freiheit, Gerechtigkeit, Persönlichkeit, selbst Konkurrenz, einen nach dem anderen über Bord werfen.

So tritt eine einstmals große und revolutionäre Ideologie in der niedrigsten Form gemeinen Schwindels, frechster Bestechlichkeit, brutalster Feigheit, eben in faschistischer Form, zu ihrem Endkampf an, und der Bürger verläßt den Kampfplatz nicht, bevor er seine allerdreckigste Erscheinung angenommen hat.

BERTOLD BRECHT ■

■ DORTMUND

Die Verlierer des Strukturwandels wenden sich von der SPD ab

Zwar wurde der erdrutschartige Abwärtstrend für die SPD bei der letzten Kommunalwahl im Herbst 1999 – damals gab es ja bekanntlich zum Teil erhebliche Stimmengewinne der CDU in den SPD-Hochburgen – gestoppt, dennoch musste die SPD über drei Prozent Stimmenverluste von 46 auf 42,8 Prozent gegenüber der letzten Landtagswahl vor fünf Jahren hinnehmen. Das war ihr schlechtestes Ergebnis der Nachkriegszeit in NRW. Die CDU erlitt leichte Verluste von 37,7 Prozent auf 37 Prozent, und Spitzenkandidat Rüttgers konnte den Negativeinfluss durch die CDU-Spendenaffäre auch nicht durch die rassistisch angelegte Kampagne »Kinder statt Inder« wettmachen. Die SPD eroberte zwar in allen Ruhrgebietsstädten die Position als stärkste Partei zurück und gab nur zwei der 44 Ruhrgebietswahlkreise ab, verlor aber im Ruhrgebiet dennoch weitaus höher als im Landesdurchschnitt.

Für die »Rot-Grüne-Regierung« wurden rund eine Million Stimmen weniger abgegeben. Die Grünen verloren dabei von zehn auf 7,1 Prozent. Eindeutiger Gewinner war die FDP mit dem Fallschirmspringer Möllemann an der Spitze von vier auf 9,8 Prozent.

Strukturwandel schafft nicht die notwendigen neuen Arbeitsplätze

In diesem Wahlergebnis und besonders in dem erheblichen Rückgang der Wahlbeteiligung von 64 Prozent auf 56,7 Prozent drückte sich der Einfluss der seit Wochen durch die Presse geisternden Wahlprognosen aus, die keinen Regierungswechsel ankündigten. Davon kann man schwerlich eine veränderte politische Grundhaltung ableiten. Ähnlich wie bei der Bundestagswahl 1998 gehen dieselben Menschen, die jetzt zu Hause geblieben sind, bei einer politischen Zuspitzung wieder zur Wahl. Und dennoch spielt die Problemlage beim Strukturwandel besonders im Ruhrgebiet hierbei eine besondere Rolle.

Der Weg von der traditionellen Schwerindustrie wie Stahl und Bergbau hin zu Standorten für die Neuen Technologien und für den Dienstleistungssektor – »der Anzug verdrängt den Blaumann« – geht nicht ohne Brüche vor sich. Allein seit 1980 wurden in diesem Bereich 265.000 Arbeitsplätze vernichtet. So arbeiteten zum Beispiel in Bochum in den fünfziger Jahren noch rund 27.000 Menschen in der Schwerindustrie, heute sind es nur noch 7000. Zwar hat sich die Parole, die immer wieder auf Demonstrationen gegen Stilllegungen im Bergbau oder bei Stahl getragen wurde: »Stirbt die Zeche (oder Hütte) – stirbt die Stadt«, nicht bewahrheitet, doch ist in vielen Revierstädten eine hohe Arbeitslosigkeit die Folge. Die Städte Duisburg und Gelsenkirchen erreichen das Niveau ostdeutscher Krisenregionen, und allein die Arbeitslosigkeit im Arbeitsamtsbezirk Dortmund erreicht die Zahl des gesamten Saarlandes. Zwar sind bereits über 50 Prozent der Beschäftigten des Ruhrgebiets im Dienstleistungssektor tätig, in NRW insgesamt 4,6 Millionen Menschen von insgesamt 7,3 Millionen Erwerbstätigen, aber dennoch erreicht das Wirtschaftswachstum mit 0,6 Prozent

nur die Hälfte des Bundesdurchschnitts. Und diese Entwicklung hält weiter an. So kündigen die Unternehmen aufgrund von Fusionsabsichten oder Rationalisierungen weitere Arbeitsplatzvernichtungen an. Das Rheinisch-Westfälische Wirtschaftsinstitut (RWI) rechnet bis zum Jahr 2005 mit weiteren 40.000 gefährdeten Arbeitsplätzen. 10.000 davon entfallen auf den Strombereich und 30.000 entstehen durch Rationalisierung bei Handel, Banken und Versicherungen und am Bau. Der Bergbau will allein in diesem Jahr 12.000 (und im nächsten 8000) Kumpel in die Wüste schicken, bei Stahl stehen noch rund 3000 Stellen an, auch Opel in Bochum rechnet mit mehreren tausend Arbeitsplätzen Verlust. Die Fusion RWE/VEW wird 3000 bis 3500 Arbeitsplätze kosten, und RWE Energie hat den Abbau von 4500 Arbeitsplätzen im Kraftwerks- und Netzbereich angekündigt, von den Verlusten durch die Übernahme von Mannesmann durch Vodafone gar nicht zu reden. Das RWI rechnet damit, dass in den nächsten 15 Jahren das Ruhrgebiet rund 400.000 Menschen – soviel Einwohner hat die Stadt Bochum – verlieren wird. Viele werden sich auf der Suche nach Arbeit in andere Bundesländer begeben. Auch wenn immer wieder betont wird, die Zukunft des Ruhrgebiets wird in den Technologiezentren an den Universitäten entschieden, – der Technopark in Dortmund und das Institut für Mikroelektronik in Duisburg – da würden die Arbeitsplätze von morgen entstehen, so können die neugeschaffenen »Kopfarbeitsplätze« nicht die überall wegbrechenden ersetzen. Auch die aus dem Boden gestampften Freizeitparks – wie Besucherbergwerk, Sommerski auf der Kohleabraumhalde, Kunstausstellungen im stillgelegten Gasometer oder Spaziergänge in bunten beleuchteten stillgelegten Stahlwerken (hier stellten übrigens Kubaner bei einem Besuch fest, dass dieses stillgelegte Stahlwerk in Duisburg-Neumühl moderner ist als das, was in Kuba derzeit noch produziert) können keine Wende auf dem Arbeitsmarkt herbeiführen.

Und der Trend zeigt auch, dass ja nun bereits auch ebenfalls Arbeitsplatzvernichtung in denjenigen Dienstleistungsbetrieben stattfindet, die eigentlich den Strukturwandel auffangen sollten.

Die Menschen verharren in Wartestellung

So drückt sich in dem Wahlergebnis und besonders auch in der Wahlbeteiligung der Unmut der Verlierer dieses Prozesses aus. Sie machen die SPD und nicht das menschenfeindliche kapitalistische System dafür verantwortlich. Das Urvertrauen, dass die soziale Gerechtigkeit bei der SPD immer noch in den besten Händen ist, schwindet gegenüber den früheren Jahren erheblich, ohne dass aber daraus ein eigenständiges Handeln erkennbar wird. Selbst die von Landeschef Clements persönlich geleitete Lehrstellenkampagne (er hat mit persönlichen Besuchen bei den Betrieben zusätzliche 5000 Lehrstellen »herangeschafft«) brachten beim Wähler keine Wende.

Aber die Menschen im Ruhrgebiet sind dennoch weder auf Rüttgers rechtsgerichtete Sprüche noch auf andere rechte Parteien hereingefallen oder haben sich ihnen zugewendet. So konnten die Republikaner zwar von 65.000 auf 83.000 Stimmen zulegen, blieben mit 1,1 Prozent aber unbedeutend.

Gab es bei der Fusion Krupp-Hoesch und später noch einmal etwas verhaltener bei Thyssen Krupp noch Proteste der

Stahlarbeiter und 1997 bei den Bergleuten Abwehrkämpfe, so ist die Fusion von RWE/VEW oder VEBA/VIAG lautlos über die Bühne gegangen. Die Betroffenen geben sich ihrem »Schicksal« hin, und die Gewerkschaften widersprechen dem auch nicht. Sie helfen vielmehr mit bei der »Neugestaltung«. Mit dem Strukturwandel verschwinden zunehmend auch die »kämpferproben« Belegschaften, und viele Sprecher dieser Belegschaften sind inzwischen über Vorruhestand ausgeschieden. So fehlt es eindeutig an praktischer Orientierung. Zwar hat die PDS aus dem Stand 79.000 Stimmen bekommen (DKP 1700, MLPD 6000), aber darin drückt sich nicht wirklich ein Aufbäumen gegen diese Entwicklung aus. Im Gegenteil: Nach dem Kommunalwahlergebnis und der Flugaffäre der SPD, der CDU-Spendenaffäre und permanenten Anpassung der ehemals oppositionellen Grünen an den Bundeskurs hatte sich die PDS eindeutig mehr ausgerechnet und verpasste damit letztendlich einen Aufschwung West.

Junge Krisengewinner wählen FDP

Einzig die FDP ist als Gewinner aus der Wahl hervorgegangen. Sie holte rund 150.000 Stimmen von der CDU, 120.000 von der SPD und 50.000 von den Grünen. Besonders bei den Jungwählern unter 30 Jahren konnte sie erhebliche Zugewinne (plus 13 Prozent, gegenüber der SPD acht Prozent und Grünen sechs Prozent) verzeichnen. Das sind in der Regel Menschen, die von diesem Wandel profitiert haben. Sie sehen in Möllemann den Vertreter, der ihnen die »Staus« aus dem Weg räumen kann (Wahlkampfparole). Damit sind praktisch die täglichen Staus auf dem Weg zur Arbeit auf den Autobahnen des Ruhrgebiets gemeint, aber auch symbolisch

die bei der weiteren Entwicklung der neuen Technologien, beim Flughafenausbau oder in der Bildungspolitik an den Universitäten.

Dieses Faustpfand setzt nun auch Clement bei den Überlegungen für eine neue Koalition der Landesregierung ein. Er präsentierte den Grünen für die Verhandlungen einen 80-Punkte-Katalog, in dem er ihnen »Staupolitik« in den letzten fünf Jahren nachweist, allen voran bei der Verbesserung der Infrastruktur für den Verkehr, insbesondere wurde genannt die Transrapidstrecke Dortmund-Düsseldorf-Köln, der Ausbau des Köln-Bonner Flughafens und der Regionalflughäfen, darüber hinaus der Ausbau von Garzweiler II (hier weiß selbst der Betreiber Rheinbraun nicht mehr so richtig, ob der Abbau notwendig ist). Die Grünen werden sich in dem Prozess weiter zersetzen.

Wollen sie weiter an der Macht bleiben, müssen sie ihre ehemaligen ökologischen Grundpositionen Stück für Stück aufgeben und ihre Vertretung für die außerparlamentarische Opposition zum Beispiel beim Atomtransport nach Ahaus in den Wind schreiben. Aber der Drang zum Trog wird stärker sein. Clement wird weiter die FDP zur Durchsetzung der »Modernisierungsmaßnahmen« für die Industrie ins Spiel bringen. Schröder hat ihm dabei bereits freie Hand gegeben. Schon vor fünf Jahren hatten einflussreiche Kreise aus der Gewerkschaft IG Bergbau und Chemie auf eine große Koalition mit der CDU gedrungen – statt mit den »Blockierern« der Grünen. Mit wem er letztendlich das Ziel erreicht – ob mit den frischen FDPlern oder den dann noch mehr angepassten Grünen – wird den Menschen, die aus dem Produktionsprozess herausgefallen sind oder noch heraus fallen werden, ziemlich egal sein. G. C., Do. 19.5.2000 ■

■ ZUR ÖTV-TARIFRUNDE 2000

Das »Bündnis für Arbeit« wird umgesetzt

Erstmals in einer Tarifrunde übernahm die IG BCE die Vorreiterrolle unter den großen Gewerkschaften. Der Vorgabe von Abschlüssen zwischen zwei und drei Prozent, verteilt auf eine Laufzeit von zwei Jahren, mochte auch die IG Metall nicht nachstehen, trotz der Proteste gegen den Überraschungscoup aus NRW. Damit schien, nach den bisherigen Erfahrungen zu urteilen, auch für die nachziehende ÖTV (mit der DAG im Schlepptau) der Rahmen vorgegeben. Dass es dennoch länger dauerte, sogar Urabstimmungen abgehalten wurden und ein Streik in der Luft lag, ist nicht gerade der Entschlossenheit der ÖTV-Führung zuzuschreiben, ein möglichst gutes Ergebnis herauszuholen. Den Ablauf der Tarifrunde im öffentlichen Dienst bestimmte vielmehr die ausgeprägte Sturheit der Bundesregierung. Ihre Ziele waren offensichtlich, jene Härte zu demonstrieren, die die Unternehmer noch vermissen ließen, den Sparkurs auch in der Tarifrunde umzusetzen und die ÖTV im »Bündnis für Arbeit« vorzuführen.

Diese Strategie gelang in umfassender Weise, da die Gewerkschaftsführung sich ihr spätestens nach dem Schlichterspruch völlig unterordnete. In jeder Phase des Prozesses war klar, dass es dem Hauptvorstand lediglich um ein einvernehmliches, den Mitgliedern halbwegs vermittelbares

Abkommen ging, und zwar um nahezu jeden Preis. Nichts belegt dies deutlicher als die wiederholten Behauptungen des Vorsitzenden Mai, ein Arbeitskampf könne kein besseres Ergebnis erzielen und dürfe deshalb nicht stattfinden. Man kann nicht mit Aussicht auf Erfolg in den Ring steigen, wenn man die Boxhandschuhe erst gar nicht anziehen will. Der bayerische ÖTV-Vorsitzende Michael Wendl bezeichnet deshalb zurecht als »*gewerkschaftspolitisch deprimierende Bilanz dieser Tarifrunde ... die Einschätzung der Verhandlungsführung und der Mehrheit der Bezirksvorsitzenden, ein Streik hätte zu einem Desaster für die ÖTV geführt*« (Sozialismus, Heft 7-8/2000). Tarifrunden, die von der Angst vor Niederlagen, gar bis zur »Existenzgefährdung« der Gewerkschaft (so ein Diskussionsbeitrag in der großen Tarifkommission) bestimmt werden, können nur zu stetigem Zurückweichen führen.

Maßgeblich ist jedoch nicht nur die Angst vor Entwicklungen, die für den Apparat nicht kalkulierbar sind, sondern auch das Verhältnis zur SPD als Partei, als öffentlichem Arbeitgeber und als »Partner« im Bündnis für Arbeit. Dieser Punkt wird nicht nur deutlich an den Lohn- und Gehaltsabschlüssen, die noch unter denen bei Chemie und Metall liegen, sowie den schwachen Verbesserungen der Ost-Einkom-

men (vgl. hierzu die nachstehende Korrespondenz aus Berlin). Interessanter ist vielmehr die ungewöhnlich lange Laufzeit bis zum 31. Oktober 2002. Sie soll sicherstellen, dass die SPD vor der nächsten Bundestagswahl nicht mehr mit einer Tarifrunde im öffentlichen Dienst behelligt wird.

Wie die Mitglieder darüber denken, haben sie in Urabstimmungen kundgetan. Mit Recht ist gesagt worden, dass 76 Prozent Zustimmung für einen Streik noch ein guter Wert sind, wenn die Gewerkschaftsführung sich ihrerseits gegen einen Arbeitskampf öffentlich sperrt. Zu mehr als Äußerungen der Unzufriedenheit mit dem Abschluss nach dem Muster: »Die da oben machen ja doch, was sie wollen!«, hat es dann nicht gereicht. Eine Abstimmung mit den Füßen, nämlich die Gewerkschaft zu verlassen, ohne dadurch etwas zum Besseren bewirken zu können, läuft schon längst. Auf dem nächsten Gewerkschaftstag im November 2000 müssen die Probleme auf den Tisch.

Verhandelt wird dann auch über ver.di. Die Führungsschwäche der ÖTV-Führung in der Tarifrunde hat auch hier die Widersprüche offen auf die Tagesordnung gesetzt. Bei

den vier Partnergewerkschaften stößt der Versuch des Stuttgarter Hauptvorstandes, ver.di als vergrößerte ÖTV durchzusetzen, auf Widerstand. Umgekehrt lassen sich Vorstellungen dieser vier, in einer Quasi-Kartellgewerkschaft ver.di ihre Identität und ihre Besitzstände zu wahren, ebenfalls nicht durchsetzen. So sitzt inzwischen die »ÖTV bei ver.di am Rand« (FR v. 18.8.2000). Ob deshalb der »Laden auseinanderfliegt«, wie einige meinen, hängt mit Sicherheit nicht davon ab, nach welcher betriebswirtschaftlichen Konzeption man ein »Dienstleistungsunternehmen Gewerkschaft« führt, sondern mit welchem Selbstverständnis und welcher Beteiligung politische Fragen wie die letzte Tarifrunde und das »Bündnis für Arbeit etc.« diskutiert werden.

Im folgenden bringen wir eine Korrespondenz aus Berlin, in der der konkrete Ablauf der Tarifrunde beispielhaft analysiert wird. Berlin ist nicht nur die größte Stadt mit den meisten, nämlich 100.000 ÖTV-Mitgliedern, sondern hier bündelt sich das Ost-West-Verhältnis, eine der zentralen Fragen dieser Tarifrunde, in spezieller Weise. F.X., 20.8.2000 ■

■ ÖTV-TARIFRUNDE IN BERLIN

Noch so ein Sieg und wir sind verloren

Die folgende Darstellung versucht keine Gesamtanalyse der diesjährigen Tarifrunde im öffentlichen Dienst, sondern will schildern, wie sich die diesjährigen Auseinandersetzungen im ÖTV-Bezirk Berlin mit seinen immer noch 100.000 Mitgliedern niedergeschlagen haben.

1. Die Ausgangssituation in Berlin

In der Hauptstadt gibt es einige wichtige Besonderheiten, die mit in Rechnung gestellt werden müssen. Berlin ist das einzige Bundesland, in dem gleichzeitig der BAT wie auch der BAT-Ost gelten. Allerdings gibt es seit 1996 für die Kolleginnen und Kollegen aus dem Ostteil praktisch 100 Prozent (dass es nicht ganz 100 Prozent sind, liegt an anderen Faktoren, die hier nicht dargestellt werden sollen), wenn sie Landesbedienstete sind. Der von Diepgen geführte Senat war nach Abschluss dieser Vereinbarung mit der ÖTV wegen »unsolidarischen Verhaltens« aus der »Tarifgemeinschaft deutscher Länder« (TdL) gekantet worden. Da bei der diesjährigen Tarifrunde die Ostangleichung an das West-Niveau eine zentrale Rolle einnehmen sollte, dies aber in Berlin bei den Landesverwaltungen kein Thema mehr war, entschied sich der ÖTV-Bezirksvorstand diesmal, den Arbeitskampfschwerpunkt auf die Bundesbehörden zu legen.

Bisher waren in allen Tarifrunden der letzten Jahrzehnte der Nahverkehr (BVG) und die Stadtreinigung (BSR) die wichtigsten Kräfte in den Auseinandersetzungen gewesen. Aber diese bisherigen Bastionen sind im Abwind. Massenhafter Personalabbau, Privatisierung und unsichere Perspektiven über den Weiterbestand der Einrichtungen und die Weiterbeschäftigung der Kollegen wirken sich in zunehmender Ratlosigkeit und Konfusion aus. Zudem hat die ÖTV etwa bei der BVG für einen Großteil der Kollegen deutliche Verschlechterungen akzeptiert. Im Berliner Krankenhausbereich, um einen weiteren großen Bereich des öffentlichen

Dienstes zu nennen, ist sie kampfunfähig und verfügt kaum noch über Basisstrukturen. Wie in der gesamten Organisation gibt es auch in Berlin kaum Jugendliche in der ÖTV. Bei der diesjährigen Bezirkskonferenz waren von 150 Delegierten gerade 3 (drei!) unter 25 Jahren.

2. Tarifforderungen und beginnende Tarifbewegung in Berlin

Am 23. Februar 2000 hatte die große Tarifkommission der (Bundes-) ÖTV die Forderungen zur Tarifrunde gemeinsam für die Tarifgebiete Ost und West beschlossen. Die wesentlichen drei Punkte waren:

- ◆ Fünf Prozent mehr Lohn und Gehalt,
- ◆ Angleichung Ost an West in einem Stufenplan,
- ◆ Erhöhung der Zahl der Ausbildungsplätze und Übernahme nach der Ausbildung.

Gerade die letzte Forderung hat für viele Berliner Verwaltungen eine große Bedeutung. Durch das ausgeklügelte System des »sozialverträglichen Personalabbaus« im öffentlichen Dienst gibt es einerseits Zugangssperren für die junge Generation durch den Personalabbau, da die Stellen, für die sie ausgebildet wurden, wegfallen, und zum anderen vergreisen die Verwaltungen. Für die Bundesbehörden blieb die Ost-West-Angleichung ein Thema.

Am 24. März fand in Potsdam eine Demonstration für die Angleichung Ost an West statt, zu der vor allem im Land Brandenburg und in Berlin mobilisiert wurde. Mehr als 10.000 Beschäftigte des öffentlichen Dienstes zogen mit der Hauptforderung »Zehn Jahre Einheit – Tarifmauer einreißen« durch die Innenstadt. Diese Demonstration sowie parallel stattfindende Aktionen in Erfurt und Dresden (nach Hauptvorstandsangaben mit 4000 bis 5000 und 2000 Teilnehmenden) fanden wenige Tage vor der ersten Verhandlungsrunde mit den Arbeitgebern statt.

3. Die erste Verhandlungsrunde am 29. März 2000

Bereits in dieser Phase wurde klar, dass die Angleichung Ost an West das Tabu der Arbeitgeber war, sie blieb das einzige Thema dieser Runde. Die Vertreter von ÖTV und DAG machten noch einmal deutlich, dass es ohne einen Stufenplan keinen Abschluss geben könne. Auf der Arbeitgeberseite spielte der Vertreter der Länder, der sächsische CDU-Finanzminister Milbradt, in früheren Zeiten CDU-Ratsherr im westfälischen Münster, den Kampfhund. Die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit liege in den neuen Ländern bei 60 Prozent, der öffentliche Dienst sei bereits Lohnführer in den neuen Ländern, ein »wie auch immer gearteter Stufenplan« würde den Aufholprozess erheblich belasten... »Vor diesem Hintergrund wäre es ungerecht, wenn die Mehrzahl der steuerzahlenden Bürger eine geringere Lohnangleichung hinzunehmen hat als der öffentliche Dienst«. In normaler Sprache ausgedrückt, bedeutet dies: Wenn der öffentliche Dienst in den neuen Ländern bei 86,5 Prozent des West-Niveaus bleibt, ist das ein Dienst an der Gerechtigkeit innerhalb des Ostens. Bundesinnenminister Schily spielte bei dieser Inszenierung nach Berichten von Tarifkommissionsmitgliedern schon die Rolle des »Guten«, wenn er die eigentlich »richtige« Einkommenshöhe für den öffentlichen Dienst in den neuen Ländern auf 75 Prozent bemaß. Schily sah in einem Tagesschau-Interview bei fünf Prozent Lohnerhöhung eine bundesweite »Abkühlung der Konjunktur« voraus und eine Abkehr vom »Pfad des Wachstums«. Er kündigte an, die Arbeitgeber wollten in dieser Tarifrunde das Weihnachtsgeld splitten in einen bundesweiten festen Teil und einen regional auszuhandelnden Teil. Bereits in dieser Phase brachten die Arbeitgeber die »zusätzliche Altersversorgung im öffentlichen Dienst« (VBL – für Bund und Länder – bzw. ZVK – für Gemeinden) ins Gespräch. Zur Zusatzversorgung ist zu sagen, dass die komplizierte Materie nur noch von wenigen Funktionären verstanden wird. Den Arbeitgebern ging es jedenfalls darum, sich selbst von den Kosten zu entlasten und die Leistungen zu verschlechtern. Nach dieser Verhandlungsrunde war klar, dass die Arbeitgeber mauerten. In den Bezirken wurden jetzt die Warnstreiks vorbereitet.

4. Die Warnstreik-Phase

Am 4. und 5. Mai fanden bundesweit Warnstreiks statt. In Berlin beteiligten sich am 4. Mai in unterschiedlichen Abstufungen rund 20.000 Beschäftigte. Das Hauptaktionsfeld war wie immer die BVG. An diesem Tag blieben bei Dienstbeginn Busse, Straßenbahnen und U-Bahnen auf den Höfen bzw. in den Depots. Damit war der gesamte BVG-Nahverkehr lahmgelegt. Rund 10.000 BVG-Beschäftigte verblieben auf den Betriebshöfen. Rund 5000 Beschäftigte der Müllabfuhr, der Straßenreinigung und der Hauptverwaltung der BSR traten ebenfalls ab Dienstbeginn in den Warnstreik. Auch hier wurden die Höfe sowie die Müll-Umladestation-Süd bestreikt.

Von den rund 1200 Kindertagesstätten, hier hat die GEW viele Mitglieder und intakte Strukturen, beteiligten sich rund die Hälfte ab Dienstbeginn am Warnstreik. Die ErzieherInnen nahmen gemeinsam mit anderen Beschäftigten der Bezirksämter, Feuerwehr, Bäder, des Jugendaufbauwerks, der staatlichen Bühnen, der Finanzämter und Krankenhausbeschäftigten an einer Kundgebung vor dem Bundesinnenministerium teil. Hier versammelten sich zirka 4000 Beschäftigte. An einer Kundgebung am Omnibusbetriebshof Müllerstraße nahmen zirka 500 Beschäftigte von BVG und BSR teil. Eben-

falls etwa 500 Beschäftigte der BSR, der Berliner Wasserbetriebe, der Behala (Binnenhäfen) und der Gasag (Gas-Werke) kamen zu einer Kundgebung am Platz der Luftbrücke zusammen. Zur Mittagszeit kamen rund 2000 Beschäftigte der Bundesverwaltungen/-betriebe und Landesverwaltungen gemeinsam mit wenigen Krankenhausbeschäftigten und Beschäftigten der Stadtreinigung zu einer Kundgebung vor dem Bundeskanzleramt zusammen. An dieser Kundgebung nahmen auch zahlreiche Beamtinnen und Beamte teil. Erstmals wurde massiv für die Beteiligung der BeamtInnen mobilisiert, von denen sich dann am Warnstreik rund 1000 beteiligten.

Besonders hervorzuheben ist die Aktion der KollegInnen der Wasserstraßen, die mit wenig Aufwand ein Maximum an Effektivität erreichten. Zwei Stunden lang legten sie alle Schleusen in Berlin und Brandenburg lahm und machten die zentralen Wasserstraßen dicht. Damit war die gesamte Schifffahrt in und rund um Berlin stillgelegt. Die Verkehrsleitstelle der Wasserstraße im Spreebogen, dort wo die Regierungs- und Parlamentsbauten im vollen Gange sind, war außer Betrieb. Alle Ampeln standen auf Rot. Rund 300 Beschäftigte der Schleusen und der Wasserstraßenunterhaltung versammelten sich in dieser Zeit auf den jeweiligen Schleusen.

Trotz dieser Zahlen wurde aus vielen Dienststellen ein weitgehendes Desinteresse an der Tarifbewegung und den Tarifforderungen berichtet. Die einzige Forderung, die weithin bekannt war, war die nach der 100-prozentigen Angleichung der Osteinkommen an die im Westen. Aber auch sie gewann erst das Interesse der KollegInnen, nachdem bekannt wurde, dass zum Beispiel Minister Schily eine ganze Reihe von im Osten arbeitenden Bundesbediensteten, die demnach Ost-Bezüge bekommen müssten, über eine zeitweise formale Beschäftigung in Dienststellen im Westen mit anschließender Abordnung in den Osten (den sie tatsächlich arbeitsmäßig nie verlassen hatten) auf dauerhafte West-Bezüge gebracht hatte. Der Mehrheit verweigern, was man einer Reihe von ausgewählten Spezies im eigenen Ressort gewährt – ein schönes Beispiel moderner sozialdemokratischer Politik...

5. Die Verhandlungen scheitern

Bei der dritten Verhandlungsrunde am 5./6. Mai hatten die Arbeitgeber ihre bisherigen Positionen sogar noch verschärft:

- ◆ Totalblockade bei der Angleichung Ost: weder ein Stufenplan noch irgendein Angleichungsschritt. Erst wenn die Steuerkraft (Ost derzeit 53 bis 57 Prozent) im Osten so hoch sei wie im Westen, das Wirtschaftswachstum im Osten höher wäre als im Westen und die Einkommen der privaten Wirtschaft im Osten wieder steigen, erst dann könne über einen weiteren Angleichungsschritt gesprochen werden.
- ◆ Bei den Einkommen boten die Arbeitgeber eine Erhöhung von ein Prozent in 2000 ab 1. Juni und 1,3 Prozent im Jahr 2001 an, wiederum ab 1. Juni, Laufzeit bis 31.3.2002. Für Beschäftigte im Osten bedeutete das sechs Nullmonate (seit 1.1.2000), für die im Westen zwei Nullmonate (seit 1.4.2000).
- ◆ Für Auszubildende waren die Arbeitgeber nicht bereit, den Übernahmzeitraum von bisher sechs auf zwölf Monate zu verlängern. Sie gaben Absichtserklärungen, das Ausbildungsniveau auf bisherigem Stand halten zu wollen.
- ◆ Zusätzliche Altersversorgung VBL: Sie forderten weitreichende Einschnitte bei den Versorgungsrenten, die über ihre bisherigen Vorschläge deutlich hinausgingen.

Nach den Verhandlungen erklärten die Gewerkschaften die Tarifverhandlungen für gescheitert, die Arbeitgeber riefen nach dieser Erklärung die Schlichtung an.

6. Streikvorbereitung in Berlin

Bei den Warnstreiks hatten die traditionell kampfstarken Bereiche dominiert, die aber beim eigentlichen Streik kaum in Erscheinung treten sollten. In den dafür vorgesehenen Bundesbehörden dagegen war die Streikfähigkeit völlig unterschiedlich. Zwei Beispiele zum Arbeitskampschwerpunkt Bundesbehörden. Eine Kollegin, die bislang zahlendes ÖTV-Mitglied war, erfuhr in ihrer (großen) Dienststelle nichts über den Streik und wusste auch nicht, wen sie dort ansprechen konnte. Sie rief deswegen direkt beim ÖTV-Bezirk an und wurde sofort zur Streikschulung angeheuert, da sonst aus ihrer Behörde keiner vorhanden bzw. gemeldet war. Bei den Arbeitsämtern, bei denen die ÖTV-Strukturen weitgehend intakt sind, meldeten sich 4 von 6 streikbereit. Wie in den Behörden der Streik erfolgreich geführt werden sollte, blieb ein Geheimnis. Die Mehrheit der Vertrauensleute und FunktionsträgerInnen war eher skeptisch. Zudem war von einer Mobilisierung wenig zu spüren. Die am 10./11.5. stattfindende ÖTV-Bezirkskonferenz mit dem Hauptredner Mai bildete dies ab. Sie war die unpolitischste Konferenz seit langem. Die Bezirksleitung gab die Parole aus: »Wir werden es den Arbeitgebern zeigen!« Ansonsten wurde allgemein die Beteiligung an den Warnstreiks gefeiert. Auf den Gängen wurde auch über die Schwierigkeit der Mobilisierung und das gesunkene Ansehen der Gewerkschaft bei den Beschäftigten geredet. Im Saal schlug sich dies nicht nieder. Bei den Delegierten, viele mit SPD-Parteibuch, war die Wut über Schröder und sein über die Medien verbreitetes Votum: »Streikt den Aufschwung nicht kaputt«, groß. »Wann dürfen wir denn streiken?« Dass die SPD niemanden zum Kongress schickte, dagegen die CDU beklatscht wurde und die PDS Beifall erhielt, macht deutlich, wie schnell die Entsozialdemokratisierung der Berliner ÖTV weitergeht, wobei dies eher an der SPD liegt als am Willen und Lernprozess vieler ÖTV-KollegInnen... Aber mit einem Herrn Hillenberg (siehe Kasten) ist auch ein Interessenausgleich nicht zu organisieren.

Bei einer Befragung in der Runde der Abteilungsvorsitzenden des Bezirks (die Abteilungen sind in der ÖTV praktisch die Unterbezirke): »Wer ist streikbereit?« bejahte dies nur eine Minderheit. Dagegen klappte die Streikvorbereitung in einem Bereich, wo ich es am wenigsten erwartet hätte: Bei der Polizei und der GdP. Die KollegInnen in Grün hatten sich als ihren Beitrag zum Streik überlegt: Die Politessen werden in dieser Zeit keine Knöllchen verteilen! Berlin als rechtsfreier Raum, wo nach Herzenslust falsch geparkt werden darf! Tagelang war dies das Thema in Berlin!

7. Die Schlichtung

Zu ihr ist vor allem zu sagen, dass so ziemlich alle FunktionsträgerInnen in Berlin überrascht waren, vom Ergebnis zu hören und von Herbert Mai zu erfahren, dass er für die Zustimmung werbe. Als die Inhalte des Schlichtungsspruches bekannt werden, machten zwei Stimmungen die Runde in den Dienststellen. »Schlecht, aber es hätte schlimmer kommen können!«, und »Schlecht, aber ob's besser wird?«

Diese Stimmung prägte auch die Debatte in der am 29.5. stattfindenden Abteilungsvorsitzendenkonferenz der von der Tarifrunde direkt betroffenen Abteilungen. Von 18

Abstimmungsberechtigten waren 14 gegen eine Annahme des neuen Arbeitgeberangebotes, zwei dafür und zwei enthielten sich. Hauptgründe waren die fehlende Ost-Angleichung und die geringen Ergebnisse für die Jugendlichen. Ansonsten waren sich fast alle sicher, dass die Große Tarifkommission (TK) zustimmen würde.

Am 30. Mai gab es dann in der Sitzung der TK eine völlige Überraschung. Nach heftigen Diskussionen stimmte die TK mit 75 zu 50 bei einer Enthaltung gegen die Annahme des Schlichterspruches (Hauptargument war die zu geringe Ost-Angleichung).

Am gleichen Tag fand eine Funktionärsversammlung der Berliner ÖTV zur Streikvorbereitung statt. Die Stimmung war gemischt, wobei die Stimmen für Streik überwogen. Der Gesamtpersonalratsvorsitzende der BVG brachte die Stimmung von vielen auf den Punkt: »Wir haben jetzt rot-grün. Wenn wir uns dieses Angebot gefallen lassen, werden wir mit verdi nicht stärker sein.«

8. Die Urabstimmung

Die große TK hatte am 31. Mai 2000 die Streikziele noch einmal präzisiert:

- ◆ »Ziel des Streiks ist eine Verbesserung des letzten Arbeitgeberangebots:
- ◆ Anschluss halten an die Einkommensentwicklung anderer Branchen.
- ◆ Eine verbesserte zeitliche Perspektive zur Tarifangleichung Ost.
- ◆ Fragen der Zusatzversorgung gehören nicht in diese Tarifrunde.«

Vom 5. bis 9. Juni fand dann die erste Urabstimmung statt. Das Ergebnis war für viele Aktive ein Schock.

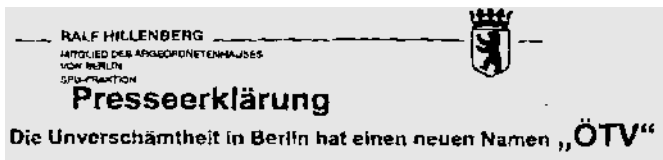
Nur 76,02 Prozent stimmten für Streik. Man war knapp an einer Ablehnung vorbeigeschrammt. Und wie knapp! Viele betriebliche FunktionärInnen berichteten, dass sie in ihren Dienststellen die »Mitglieder einfangen und zur Stimmabgabe nötigen« mussten. Und dies berichteten übereinstimmend Kolleginnen und Kollegen aus unterschiedlichen politischen Lagern! Über den Buschfunk verlautete aus dem Apparat, auch von durchaus glaubwürdigen Sekretären: »Im Osten gibt es noch schlechtere Ergebnisse! Dort sind sie so gut wie nirgendwo streikbereit!«

Jetzt begann die Stimmung zu kippen. War bisher die Ostangleichung »aus solidarischen Gründen« auch in West-Berlin durchaus populär, nahmen jetzt Äußerungen zu mit der Tendenz: »Warum sollen wir für die Ossi die Arbeit machen, wenn die selbst nicht aus der Hüfte kommen?« Und: »Lieber Gott, lass uns um diesen Streik herumkommen!« Dass in Berlin streikbereite Belegschaften vom Apparat am Kampf gehindert wurden, müssen einige geträumt haben.

9. Das Ende der Tarifrunde

Offiziell, um einen bevorstehenden Streik als größte vorstellbare nationale Katastrophe noch zu verhindern, trafen sich am Abend des 13. Juni 2000 die Verhandlungsführer der Arbeitgeber und die Gewerkschaften ÖTV (auch im Auftrag von GdP und GEW) und DAG. Sie handelten einen sogenannten »Kompromissvorschlag« aus, der offensichtlich bereits vorher von Schily und Mai festgezurrert worden war.

Dieser Vorschlag wurde anschließend der großen TK vorgelegt. Diese nahm nach intensiver und langer Diskussion den Vorschlag mit 87:33 Stimmen bei vier Enthaltungen an.



Unter dieser Überschrift wendete sich Ralf Hillenberg, SPD-Fraktionsmitglied des Berliner Abgeordnetenhauses, am 9. Juni, direkt nach Bekanntwerden des Abstimmungsergebnisses an die Presse. Originalton Hillenberg:

»Seit gestern hat die Unverschämtheit in Berlin einen neuen Namen: ÖTV! In einer dramatischen Haushaltslage, in der sich unsere Stadt befindet, genießen die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter bis 2004 im Prinzip Kündigungsschutz. Zur Finanzierung von 15 % Personalkosten für ein Jahr sind wir gezwungen, die GSW mit ca. 70.000 Wohnungen weit unter Wert zu verkaufen. Neuinvestitionen, ob fehlende Kitas in Karow-Nord (Weißeensee) oder andere Wünsche der Bezirke wird es in den nächsten Jahren nicht mehr geben. Mit einer unvorstellbaren Kraftanstrengung werden jedes Jahr 100 Mio DM zusätzlich für die Schulsanierung zur Verfügung

gestellt, eine Summe, die ca. 0,73 % der jährlichen Personalkosten (13,7 Mrd. DM) entspricht.

Ralf Hillenberg sieht seine Aufgabe darin, den Berlinerinnen und Berlinern klar zu machen, dass der »Sozialismus Öffentlicher Dienst« durch die Steuerzahler dieser Stadt nicht mehr zu finanzieren ist. (...) Die Sozialdemokratie steht uneingeschränkt zur sozialen Gerechtigkeit. Es kann und ist aber nicht gerecht, daß 7 % aller Erwerbstätigen Berlins die durchschnittlich höchsten Krankenzeiten haben, Karenztage, Wandertage etc. zur Verfügung gestellt bekommen, im Prinzip unkündbar sind und die Stadt für ihre Gehaltsforderungen mit Streik erpressen. Andererseits wissen 93 % Berlinerinnen und Berliner nicht, wie lange ihre Arbeitsplätze noch bestehen bzw. arbeitslos sind oder von Sozialhilfe leben. Ralf Hillenberg erklärte, daß er ab sofort innerhalb seiner Partei dafür werben wird, die Vereinbarung über keine Betriebsbedingten Kündigungen angesichts dieser Schiefelage sofort aufzuheben. »Ich sehe es nicht länger ein, daß Gehaltserhöhungen der öffentlich Bediensteten z.B. auf Kosten von Schulsanierungen oder durch den Verkauf von Landesvermögen finanziert werden sollen.« Datum, Unterschrift. ■

Und sie empfahl den ÖTV-Mitgliedern, diesem Kompromiss in einer zweiten Urabstimmung zuzustimmen. Einem Kompromiss, der materiell genau dasselbe beinhaltete, was sie zwei Wochen zuvor mehrheitlich abgelehnt hatte. (Hierzu kann ich nur den Bericht des bayrischen ÖTV-Vorsitzenden Michael Wendl »Streikangst und Streikpleite« im Juli-August-Heft der Zeitschrift »Sozialismus« empfehlen, der aus dieser Sitzung berichtet. Sein Bericht deckt sich mit dem, was mir Teilnehmer der großen TK erzählt haben.)

Bezogen auf die vier bzw. fünf Zentralforderungen ergab sich folgendes Bild:

1. Forderung: eine Verbesserung des letzten Arbeitgeberangebots.

1. Ergebnis: kosmetische Veränderungen. Insgesamt eher eine Verschlechterung.

2. Forderung: Anschluss halten an die Einkommensentwicklung anderer Branchen.

2. Ergebnis: Weniger als zwei Prozent Erhöhung.

3. Forderung: Eine verbesserte zeitliche Perspektive zur Tarifangleichung Ost.

3. Ergebnis: Angleichung Ost an West: ab 1.8.2000 = 87,0 Prozent, ab 1.1.2001 = 88,5 Prozent, ab 1.1.2002 = 90 Prozent. Laufzeit bis 31.12.2002. Im Klartext: Die 100 Prozent werden bei diesem Tempo frühestens 2010 erreicht sein.

4. Forderung: Fragen der Zusatzversorgung gehören nicht in diese Tarifrunde.

4. Ergebnis: Die Versorgungsrenten werden von 1.1.2002 bis 31.12.2003 eingefroren, die Finanzierung verändert. Im Ergebnis wird die VBL verschlechtert.

5. Forderung: Übernahme der Auszubildenden.

5. Ergebnis: Die Arbeitgeber streben an, das Ausbildungsniveau auf dem derzeitigen Stand zu halten. Die Tarifvertragsparteien wirken darauf hin, dass Auszubildende mindestens zwölf Monate übernommen werden. Das gilt nicht, wenn der Betrieb über Bedarf ausgebildet hat. Laufzeit bis 31.10.2002.

Dieses Ergebnis gilt für zirka 3,1 Mio. Arbeiterinnen, Arbeiter und Angestellte im öffentlichen Dienst – die Tarif-

verträge für den öffentlichen Dienst sind die größten Flächentarifverträge in der Bundesrepublik Deutschland.

Am 14.6. fand im Tempodrom, einem Zirkuszelt, eine weitere Funktionärsversammlung zum Abschluss der Tarifrunde statt. Noch als Streikversammlung geplant, standen jetzt andere Fragen auf der Tagesordnung. Allgemeiner Tenor war: »Enttäuschend, kann ich nicht akzeptieren. Wie soll ich das meinen Kollegen verklickern? Die treten doch jetzt aus!« Andere meinten: »Dass wir nicht kampffähig waren, wissen wir doch alle! Wichtig ist jetzt, die Zeit bis zur nächsten Tarifrunde zu nutzen, um dies zu werden.« Eine Stimmung, jetzt mobilisieren wir die Kolleginnen und Kollegen und lehnen das Ergebnis in der Urabstimmung ab, kam überhaupt nicht auf. Auch verbalradikale Appelle nach dem Strickmuster: »Man müsste, man sollte, man könnte!«, trafen auf Desinteresse, führten zu nichts als Langeweile. Es war auch nicht einmal lustig, wenn gefordert wurde: »Herr Mai soll lieber mit den Kollegen reden und nicht mit den Kapitalisten!« Da hatte die Bezirksvorsitzende die Lacher auf ihrer Seite mit der Reaktion: »Und mit wem sollen wir dann die Verhandlungen führen, wenn wir mit den Arbeitgebern nicht mehr reden dürfen, Kollegin?«

Es ist schon ein Problem, wenn Kollegen zum Kampf aufrufen, und ihr eigener Bereich ist dazu nicht in der Lage. Ein führender Funktionär aus einem Groß-Krankenhaus sprach offensichtlich für die überwiegende Mehrheit: »Ich bin zufrieden mit dem Ergebnis, weil ich im Gesundheitswesen Probleme sehe, einen Streik durchzuführen.« Nur wenige KollegInnen wollten in ihren Dienststellen zur Ablehnung des Vorschlages auffordern.

Bei der Urabstimmung vom 19. bis 21. Juni stimmten 60,2 Prozent der Mitglieder für den Kompromissvorschlag. Diese Urabstimmung hatte in Berlin eine äußerst schlechte Beteiligung. Das zur Einstimmung und zur Information der Mitglieder gedachte Flugblatt des Hauptvorstandes mit der Leit-Überschrift »Gesamtergebnis verändert und verbessert« rief bei vielen Funktionären nur zynische Reaktionen hervor.

Viele Flugblätter blieben unverteilt. Einige Packen landeten direkt im Altpapier.

8.8.2000 ■

Nachbemerkung im September

Angesichts des Zick-Zack-Kurses der eigenen Führung ist die Frustration vieler aktiver Gewerkschaftsfunktionäre nachvollziehbar.

Der Hauptvorstand ist mittlerweile zu schwach geworden, um noch einer Tarifbewegung eigenständig Ziele zu geben. Er ist abhängig geworden von den Ergebnissen innerstaatlicher Konsensrunden, wie etwa dem Bündnis für Arbeit. Die Spitze der Gewerkschaften koppelt sich damit nicht nur von der innerorganisatorischen Willensbildung ab, sie ist mit dieser Orientierung auch nicht mehr in der Lage das zu erreichen, was bisher als Richtschnur für Abschlüsse in einer Aufschwungphase galt: Das Ergebnis muss deutlich über der Inflationsrate liegen. Wenn die Kritiker allerdings zur bestehenden Gewerkschaftspolitik eine Alternative entwickeln wollen, müssen sie auf gleicher Ebene ihre Vorstellungen von einer anderen Politik formulieren und ihre Stärke durch den Bezug zu kampfstarken Belegschaften aufzeigen. Doch ihre Auseinandersetzung mit der gegenwärtigen Gewerkschaftspolitik erschöpft sich im Mäkeln über eine zu geringe Forderung, einen unzulänglichen Abschluss, zu zentralistische Strukturen etc. Der Horizont ihrer gewerkschaftspolitischen Vorstellungen bezieht sich auf radikalreformistische Vorstellungen der 70er Jahre. Die abgelaufene Tarifrunde hat auch ihr Dilemma offenbart.

Die Berliner Situation weist gegenüber der bundesweiten Entwicklung noch einige Besonderheiten auf. So hat die ÖTV hier wie sonst in keiner anderen Region einen drastischen Verlust an Mitgliedern hinnehmen müssen. Die gesamte öffentliche Verwaltung ist durch Stellenabbau und Umstrukturierungen gebeutelt. Ehemalige Hochburgen der ÖTV wie GASAG und BEWAG sind privatisiert worden und müssen eine dramatische Personalreduzierung hinnehmen. Der Krankenhausbereich taumelt durch ständige Bettenreduzierungen und damit einhergehende Verringerungen der Belegschaften von einer Schockwelle zur nächsten. Den Flaggschiffen früherer gewerkschaftlicher Kampfkraft der ÖTV wie der BVG und der BSR droht durch die anstehende Privatisierung ein starker Rückgang der Beschäftigten und eine deutliche Senkung des Lohnniveaus. Dieser Entwicklung versucht die Gewerkschaft nicht einmal entgegenzutreten. Sie hat auf den Einsatz gewerkschaftlicher Mittel nahezu vollständig verzichtet – im Krankenhausbereich musste sie sich von der Kirche vorführen lassen, wie Widerstand gegen Betten- und Personalabbau organisiert werden kann. Sie hat weder in den einzelnen Bereichen die Mitglieder für spezielle Forderungen mobilisiert, noch in zugespitzten Konflikten die gesamte Organisation. Sie unternahm keine Anstrengungen, mit anderen Gewerkschaften, die vor ähnlichen Situationen stehen, eine gemeinsame Front gegen die Senatspolitik zu organisieren.

Die Linken allein werden diesen Niederbruch, der noch lange nicht seinen Tiefpunkt erreicht hat, nicht aufhalten können. Eine Änderung wird es erst dann geben, wenn sich eine neues gewerkschaftliches und politisches Bewusstsein durchsetzt, das auch die gewerkschaftliche Basis erfasst. Dies heißt nicht, die Hände in den Schoß zu legen und abzu-

warten. Alle bestehenden Konflikte, in denen Beschäftigte zu einer Auseinandersetzung bereit sind, müssen unterstützt werden. Doch erst wenn sich unter den Mitgliedern ein anderes Selbstverständnis über die Aufgaben gewerkschaftlicher Politik entwickelt, wird man der drastischen Verschiebung des Kräfteverhältnisses zu Ungunsten der Beschäftigten wieder etwas entgegensetzen können.

■ DIE BUNDESREGIERUNG PLANT DEN VERKAUF DER BUNDESDRUCKEREI

Die Belegschaft wehrt sich!

»Auftraggeber: Bundesministerium der Finanzen ... Elemente des Auftrags: Erarbeitung von Vermarktungsstrategien zur Veräußerung der Anteile des Bundes an der Bundesdruckerei GmbH, Erarbeitung einer Vermarktungskonzeption nach vorheriger Entscheidung des Auftraggebers für eine bestimmte Strategie, Unterstützung des Auftraggebers bei der Vermarktung (Ausschreibung, Detaillierungsverhandlungen), beobachtende und kontrollierende Begleitung der Anteilsveräußerung, Finanzcontrolling, Wirtschaftsprüfung und Marketing in Zusammenhang mit der Vermarktung...«

Über diese Anzeige vom 19. Oktober 1999 im »Bundesanzeiger« erfuhren Belegschaft und Betriebsrat vom geplanten Verkauf der Bundesdruckerei.

Die Bestrebungen zur Privatisierung des Betriebes reichen weiter zurück. Am 1. Juli 1994 wurde das Staatsunternehmen, das dem Bundespostministerium unterstellt war, in eine GmbH umgewandelt. Sie befindet sich bis heute zu 100 Prozent im Besitz des Bundes. Am 1. Januar 1998 wechselte die Zuständigkeit vom Post- zum Finanzministerium, das den Verkauf in die Wege leiten sollte. Die Regierung unter Kanzler Kohl plante die Veräußerung von 49,9 Prozent der Anteile; der Staat sollte die Anteilsmehrheit und damit seinen entscheidenden Einfluss behalten.

Finanzminister Eichel – Vollstrecker im Interesse des Unternehmerlagers

In weiten Bereichen der Finanz- und Sozialpolitik – aktuell bei der geplanten »Rentenreform« – geht die sozialdemokratisch geführte Regierung weit über die von ihren konservativen Vorgängern beschlossenen oder beabsichtigten Kürzungen hinaus. So auch Finanzminister Eichel beim geplanten Verkauf der Bundesdruckerei; er will das Unternehmen zu 100 Prozent und nicht wie sein Vorgänger Waigel nur zu 49,9 Prozent verschern. Von vielen abhängig Beschäftigten wurden Sozialdemokraten und Grüne in die Regierung gewählt um den »sozialen Grausamkeiten« der Kohl-Regierung nach 16 Jahren ein Ende zu bereiten. Jetzt beseitigt die neue Regierung im Interesse der Unternehmer die Schranken, welche die alte Koalition nicht zu überwinden vermochte.

»Die jetzige Regierung unter dem Bundeskanzler Schröder wurde gewählt, weil wir, die Arbeitnehmer, einen Wechsel erhofft haben, durch den die Interessen der arbeitenden Menschen mehr berücksichtigt werden und durch den auch ein anderer Umgang mit den arbeitenden Menschen gepflegt wird. ... Wir fragen deshalb den Bundeskanzler Gerhard

Schröder und seinen Finanzminister Hans Eichel, ob diese Art des Umgangs, bei dem der Betriebsrat erst fünf Monate nach der Veröffentlichung des beabsichtigten Verkaufs zu einem Gespräch ins Bundesfinanzministerium geladen wird, die Art ist, die sie unter »besser machen« verstehen. Wir, die Arbeitnehmer, sehen hier keinen qualitativen Unterschied zur vorherigen Regierung. ...Offensichtlich will man beim Verkauf der Bundesdruckerei den Weg des geringsten Widerstandes gehen, oder wie lässt es sich sonst erklären, dass der Verkauf im Eilverfahren betrieben wird? Wie ihr wisst, wird der Verkauf durch das Bankhaus Metzler begleitet. Dieses Bankhaus soll eine Verkaufsstrategie entwickeln und die Bewerber auswählen, das heißt, die Herren des Bankhauses gehen seit Monaten im Bundesfinanzministerium ein und aus, tragen ihre Vorstellungen vor und stimmen diese mit den Staatssekretären ab.«

So beschrieb auf einer Demonstration am 14. März 2000 Betriebsratsmitglied Jürgen Schopplück die Erfahrungen und Enttäuschungen der Belegschaft mit der rot-grünen Regierungskoalition. Das Bundesfinanzministerium versuchte noch nicht einmal den Anschein zu erwecken, dass es die sozialen Belange der Beschäftigten berücksichtigen würde. Die Kolleginnen und Kollegen standen vor der Alternative, sich entweder dem Verkauf passiv zu beugen oder aber die politische Auseinandersetzung mit der Bundesregierung aufzunehmen, damit ihre Interessen bei der Privatisierung nicht vollends unter die Räder geraten. Die Belegschaft hat sich für die zweite Möglichkeit entschieden – nicht nur für sie steht viel auf dem Spiel.

Die Bundesdruckerei: Fakten und Zahlen

Ende 1999 waren in den Betrieben der Bundesdruckerei 2300 Personen beschäftigt, davon 85 in Neu-Isenburg, 130 in Bonn und 2085 in Berlin. Damit zählt die Bundesdruckerei zu den zehn größten Industriebetrieben Berlins. Mit 70 Auszubildenden ist sie der größte Ausbildungsbetrieb der Druckbranche in Berlin und Brandenburg. Mehr als die Hälfte der Beschäftigten sind Frauen; ein großer Teil der Kolleginnen und Kollegen wohnt in den sozial schwachen Bezirken Neukölln und Kreuzberg, in dem auch die Berliner Bundesdruckerei angesiedelt ist. In beiden Bezirken zählt die Arbeitslosenquote zu den höchsten in der Stadt.

Für die rund 1500 Arbeiter und 670 Angestellten gelten besondere Haustarifverträge, die sich an den Regelungen der Druckindustrie orientieren. Da das Staatsunternehmen früher dem Postministerium unterstellt war, gibt es dort noch 23 Beamte. Die Angestellten in der Verwaltung und die Beamten sind, wenn sie sich gewerkschaftlich organisiert haben, überwiegend in der Postgewerkschaft, die Arbeiter und Angestellten der Technik in der IG Medien.

Seitdem die Bundesdruckerei 1994 von einer obersten Dienstbehörde »mit Blick auf die Anforderungen des europäischen Marktes« in eine GmbH umgewandelt worden war, fanden umfangreiche Modernisierungen statt. 1400 Arbeitsplätze wurden seither abgebaut. In seinem Stammgeschäft, dem Druck von Pässen, Personalausweisen, Banknoten und EU-Führerscheinen, machte das Unternehmen im vergangenen Jahr einen Umsatz von 850 Millionen Mark. Er soll in diesem Jahr weiter gesteigert werden. Insgesamt schreibt die Bundesdruckerei, die beim Sicherheitsdruck und Datenschutz marktführend ist, schwarze Zahlen. 240



Millionen Mark wurden in den letzten beiden Jahren investiert, 60 Millionen sollen es in diesem Jahr sein.

Bis zum September will der Finanzminister den Verkauf über die Bühne bringen. Als aussichtsreichste Bewerber gelten der Bertelsmann-Konzern und die Firma Giesecke & Devrient, die bereits die Hälfte aller deutschen Banknoten druckt.

Die Belegschaft nimmt den Kampf auf

»Wird die Bundesdruckerei zu 100 Prozent verkauft, verlieren wir zuerst das in langen Tarifauseinandersetzungen Errungene, wie den Hauszuschlag, und dann alles.« Mit diesen Worten drückte der Betriebsratsvorsitzende Klaus-Dieter Langen die Befürchtungen der Beschäftigten aus. Tatsächlich wäre mit einer 100-prozentigen Privatisierung der Zerstückelung des Unternehmens Tür und Tor geöffnet. Nicht nur zahlreiche Arbeitsplätze, sondern auch der Standort Kreuzberg selbst stünde auf dem Spiel. Belegschaft und Betriebsrat entschlossen sich deshalb, an die Öffentlichkeit zu gehen. In einem Flugblatt forderten sie:

11. Kein Verkauf im Eilverfahren,
12. die Bundesdruckerei bleibt mehrheitlich in der Hand des Bundes,
13. keine Zerschlagung der Bundesdruckerei,
14. keine betriebsbedingten Kündigungen,
15. Sicherung des Standortes,
16. Sicherung des Arbeitsplatzes,
17. Beibehaltung der Ausbildung,
18. Sicherung der erworbenen Rechte der Beschäftigten,
19. Sicherung der Altersversorgung,
20. Sicherung der Tarifverträge.

»Mit Trillerpfeifen, Sirenen, lauten Sprechchören und alten Liedern mit neuen Eichel-Texten begleiteten am 14. März 12.000 Beschäftigte der Bundesdruckerei, Vertreter von IG Medien und Postgewerkschaft das Spitzengespräch zwischen Betriebsrat, Gewerkschaften und Bundesregierung im

Bundesfinanzministerium. Im Berliner Willy-Brandt-Haus der SPD diskutierten mehr als 500 Beschäftigte mit Abgeordneten des Bundestages aller Parteien, mit Geschäftsführung und Betriebsrat und Staatssekretär Manfred Overhaus. Der Bote Eichels bestätigte erstmals öffentlich den angestrebten 100-prozentigen Verkauf. Eifrig versicherte er, für höhere Beschäftigungschancen und gegen die Zerlegung der Druckerei zu sein. Eine Antwort auf die Frage, wie er das sichern wolle bei einem Totalverkauf, blieb Overhaus schuldig.

(Sprachrohr Nr. 2, 18.4.2000)

Die Belegschaft hat sich mit den unverbindlichen Erklärungen aus dem Bundesfinanzministerium nicht zufrieden gegeben. Der ersten Demonstration folgten weitere Aktionen. Zur Betriebsversammlung am 10. April im ICC erschien Finanzminister Eichel nicht, trotz zweimaliger Einladung. Nach fünfeinhalbstündiger Diskussion beendeten die Beschäftigten ihre Versammlung mit einem Demonstrationsszug zum Ernst-Reuter-Platz.

Um den politischen Druck auf die Bundesregierung aufrecht zu erhalten, wurde für den Monat Mai eine Mahnwache organisiert. Täglich dreieinhalb Stunden machten die Kolleginnen und Kollegen auf die Forderungen der Belegschaft aufmerksam und sammelten Unterschriften vor dem Gebäude des Finanzministeriums – ein symbolträchtiger Ort, residierte doch hier die Treuhandanstalt. Sie war verantwortlich für die Privatisierung der Wirtschaft in den neuen Ländern und für die Vernichtung hunderttausender Arbeitsplätze. Zum Abschluss der Mahnwache am 31. Mai zogen die Arbeiter und Angestellten der Bundesdruckerei noch einmal vom Betrieb zum Finanzministerium.

Die Haltung der Berliner Parteien

Durch die Aktionen der Belegschaft sahen sich die Parteien des Berliner Abgeordnetenhauses gezwungen, Stellung zu beziehen. Da sie für die Bundesdruckerei nicht direkt verantwortlich sind, konnten sie sich allesamt verbal gegen die vom Finanzminister beabsichtigte Form des Verkaufs aussprechen und die Forderung der Belegschaft nach dem Erhalt der Arbeitsplätze und der Sicherung des Standortes unterstützen. Das liegt auch im Eigeninteresse des Berliner Senats. Ein weiterer Abbau industrieller Arbeitsplätze reduziert die Steuereinnahmen der Stadt und bürdet ihr die sozialen und finanziellen Folgekosten auf.

Auf der Kundgebung am 31. Mai sicherten die Vertreter der Parteien – von der PDS, über SPD und Grüne bis hin zur CDU – der Belegschaft ihre Unterstützung zu. Insbesondere die CDU versuchte sich als Anwalt der Interessen der »kleinen Leute« gegenüber der rot-grünen Bundesregierung zu profilieren. Eine Rolle, die der Regierende Bürgermeister Diepgen schon seit einiger Zeit gegenüber seinem sozialdemokratischen Koalitionspartner ausfüllt. So forderte der Vertreter der Kreuzberger CDU den grünen Bundestagsabgeordneten Ströbele öffentlich auf, die Abstimmung über den Verkauf der Bundesdruckerei zur Stunde des Parlaments werden zu lassen. Denn alle Oppositionsparteien des Bundestages hätten sich gegen einen hundertprozentigen Verkauf ausgesprochen. Wenn auch die Grünen, trotz Regierungsbeteiligung, dem die Zustimmung verweigern würden, wären die Pläne Eichels nicht durchsetzbar.

Kein Vertreter der IG Medien oder Postgewerkschaft trat während der Kundgebung der Demagogie der Parteien entgegen und wies auf die Folgen der Politik des CDU/SPD-Senats

hin. Die unterscheidet sich beim Verkauf der noch verbliebenen städtischen Eigenbetriebe nicht von der Vorgehensweise des Bundesfinanzministers. Das wurde u.a. deutlich beim Verlesen der zahlreichen gewerkschaftlichen Solidaritätsbekundungen. Sie kamen auch aus Bereichen, in denen die Beschäftigten von der Privatisierungspolitik der großen Koalition betroffen sind.

Berlin, 12.7.2000 ■

Nachtrag: Am 7. Juli gab es bei den Haustarifverhandlungen für die Bundesdruckerei ein erstes Ergebnis – zu spät um noch in diesem Vorabdruck darauf einzugehen. Wir werden in der regulären Ausgabe der Arbeiterpolitik das Ergebnis genauer darstellen und beschränken uns hier auf die Wiedergabe einer ersten Erklärung des Betriebsrates (siehe Kasten unten). Ebenfalls nicht berücksichtigt wurde das vom Gesamtbetriebsrat erarbeitete Konzept einer Belegschaftsbeteiligung von 25,1 Prozent, mit dem wir uns in der nächsten Arbeiterpolitik beschäftigen wollen.

■ HBV IN BERLIN:

Protest gegen die Sonntagsöffnung des KaDeWe

Seit einigen Jahren versuchen die Unternehmer des Einzelhandels das Ladenschlussgesetz zu Fall zu bringen. In der letzten Legislaturperiode gelang es ihnen nach heftigem Kontroversen, eine Regelung durch den Bundestag verabschieden zu lassen, nach der sie zukünftig ihre Geschäfte wochentags bis 20.00 und Samstags bis 16.00 Uhr öffnen dürfen.

Doch dieser Erfolg bedeutet für sie nur einen Etappensieg auf dem Weg zur vollständigen Aufhebung des Gesetzes. Ihnen geht es nicht primär darum, rund um die Uhr Waren zu verkaufen, sondern sie wollen die Öffnungszeiten selbst bestimmen, allein abhängig machen von der Aussicht auf Gewinn. Rücksichtnahmen auf Gesetze, auf soziale Belange der Beschäftigten oder Einsprüche von Betriebsräten sind dabei hinderlich. Um ihr Ziel zu erreichen, müssen sie versuchen, die Widerstände gegen ihr Vorhaben zu neutralisieren, die vor allem aus den Gewerkschaften und den Kirchen kommen. Dies kann ihnen nur gelingen, wenn sie in der Öffentlichkeit glaubwürdig darzustellen vermögen, dass es ihnen nicht primär um die Mehrung ihres Profites geht, sondern um die Befriedigung eines gesellschaftlichen Bedürfnisses.

Massiver Angriff auf das Ladenschlussgesetz

Nun erlaubt das Gesetz, dass unter bestimmten Voraussetzungen, etwa örtlichen Festen, von den zuständigen Behörden Ausnahmen von den starren Vorschriften des Gesetzes erteilt werden können. Von dieser Möglichkeit ist in den letzten Jahren nur äußerst selten Gebrauch gemacht worden.

Im vergangenen Jahr versuchten dann die Unternehmer, über eine extensive Inanspruchnahme dieser Regelung das Gesetz leer laufen zu lassen. Sie erfanden ein Brunnenfest, das es vorher noch nie gegeben hatte, einen Gauklernachmittag und ähnliches. Wenn sich erst die Kunden daran gewöhnt hätten, so ihr Kalkül, dass die Geschäfte jeden Sonntag geöffnet haben, sei es nur noch eine Frage der Zeit, bis die entsprechenden Passagen des Gesetzes aufgehoben würden.

Den Hebel setzten sie in den Städten der neuen Bundesländer an; dort fanden sie für die Durchsetzung ihrer Interessen geeignete Bedingungen. Die Kommunalpolitiker spielten bereitwillig mit, weil sie sich Einnahmen für ihre chronisch defizitären Kassen erhofften. Die Betriebsräte ließen sich mit dem Hinweis auf die Sicherung der Arbeitsplätze gewinnen, und die Belegschaften wurden mit steuerfreien Zulagen und überproportionalem Freizeitausgleich zum Mitmachen bewegt. Ein weiterer Grund für die widerstandslose Hinnahme der Unternehmerforderung ist sicherlich auch, dass es im Osten, im Unterschied zum Westen, noch keine Auseinandersetzungen um die Öffnungszeiten gegeben hat. Erst durch gerichtliche Entscheidungen wurde diese Offensive gestoppt.

Die besondere Lage in Berlin

In Berlin änderte sich dadurch nur wenig. Eine Vielzahl von Großereignissen macht es leicht, einen Anlass zu finden, um die Öffnung der Geschäfte an Sonn- und Feiertagen zu begründen. Ein zentrales Motiv für den Senat, ständig Ausnahmen zu genehmigen, ist der Berliner Haushalt, der sich am Rande des Bankrotts befindet.

Auch der Senat weiß, dass die Bürger der Stadt insgesamt nicht mehr einkaufen werden, wenn die Geschäfte auch an den Wochenenden geöffnet haben. Sie verlagern ihre Einkaufsgänge lediglich auf einen anderen Tag. Mehreinnahmen sollen zu einem Teil von Touristen kommen, die am Wochenende durch Billigangebote der unterbelegten Hotels in die Stadt gelockt werden, und von den Bewohnern des Umlandes, die sich an arbeitsfreien Tagen entschließen, nach Berlin zu fahren, um einen Großeinkauf zu tätigen. Der Senat versucht durch Abschöpfung von Kaufkraft aus den Städten und Gemeinden der Region, denen es finanziell kaum besser geht als Berlin, seine Einnahmesituation zu verbessern.

Die von SPD und CDU getragene Stadtregierung will nicht nur den eigenen Haushalt vor dem Kollaps retten, sie fühlt sich auch verpflichtet, den Berliner Einzelhandel vor dem Absturz zu bewahren. Nach dem Anschluss der DDR an die BRD hat es seitens des Bundes ein gigantisches steuerfinanziertes Immobilienprogramm gegeben. Seit 1991 erhöhte sich die Einzelhandelsverkaufsfläche in Berlin um 1,2 Millionen qm auf vier Millionen, mit weiter steigender Tendenz. Das Realeinkommen der Bewohner der Stadt stagnierte jedoch. So ist der durchschnittliche Einzelhandelsumsatz von 1991 bis 1999 pro qm von 12.000 DM auf 7200 DM zurückgegangen. Für das Jahr 2000 werden 7000 DM erwartet, in den nächsten Jahren dürfte der Umsatz auf etwa 6000 DM fallen. Verschärfend kommt hinzu, dass sich etwa in Potsdam die Einkaufsfläche in dem angeführten Zeitraum vervierfacht hat. Darüber hinaus sind auf dem grünen Rasen noch eine Vielzahl von Einkaufszentren entstanden, die um Berliner Kunden konkurrieren.

Die Wochenendöffnungen der Geschäfte sind nur für große Kaufhäuser und die kleineren Geschäfte in den Einkaufszentren, die auf eine einkommensstarke Kundschaft setzen können, eine vorteilhafte Angelegenheit. Die große Masse der Geschäfte verliert einen Teil seiner Kundschaft und gerät immer mehr in Existenznöte.

Betriebsrat des KaDeWe verweigert die Zustimmung

Betriebsrat und Belegschaft des weit über die Grenzen der Stadt hinaus bekannten KaDeWe (Kaufhaus des Westens)

hatten sich in den vergangenen Monaten immer geweigert, einer Ausweitung der Öffnungszeiten über die gesetzlichen Vorgaben hinaus zuzustimmen. Die Versuche der Unternehmensleitung, durch Verweis auf die Konkurrenz – insbesondere das Kaufhaus Lafayette in der Friedrichstraße – Verständnis für das eigene Anliegen zu bekommen, schlugen fehl. Die Kaufhausspitze fand sich damit zunächst ab. Sie wollte das gespannte Verhältnis zum Betriebsrat nicht unnötig belasten und womöglich eine massive Störung des Verkaufs ihrer Waren hinnehmen. Außerdem fürchtete sie um das Image des Unternehmens, sollten Betriebsrat und Belegschaft den Konflikt in die Öffentlichkeit tragen.

Es gab genügend Gründe für diese Befürchtung der Unternehmensleitung. Die Mitarbeiter des Kaufhauses gehörten in den letzten Jahren zu den wenigen Belegschaften, die regelmäßig an den Warnstreiks und Arbeitsniederlegungen der Gewerkschaft HBV teilgenommen hatten. Der Organisationsgrad ist für Beschäftigte im Einzelhandel recht hoch. Ein engagierter Betriebsrat hat in den letzten Jahren einiges für die Belegschaft getan.

Doch nachdem das KaDeWe das einzige größere Kaufhaus der Stadt zu bleiben schien, das sonntags seine Pforten nicht öffnen würde, entschloss sich die Unternehmensleitung Anfang Mai nach Ablehnung eines erneuten Antrags durch den Betriebsrat, das Kaufhaus trotzdem zu öffnen.

Daraufhin rief die Gewerkschaft HBV die Belegschaft zum Streik auf. Ziel sollte die Durchsetzung eines Tarifvertrages zur Regelung der Wochenendarbeit sein. Ein Entwurf, den die Gewerkschaft den Arbeitgebern zugeleitet hatte, war ohne Antwort geblieben. Damit schützten die Gewerkschaften diejenigen, die am Streik teilnehmen wollten, vor arbeitsrechtlichen Maßnahmen.

An der Arbeitsniederlegung nahmen etwa 25 Prozent der Belegschaft teil. Die Unternehmensleitung verkündete stolz, sie habe das Kaufhaus nahezu ohne Einschränkungen betreiben können und einen erklecklichen Umsatz erzielt. Dafür waren mehrere Umstände verantwortlich: Einmal war der Druck der Medien im Vorfeld auf die Belegschaft so hoch, dass viele nicht mehr die Kraft besaßen, dem Aufruf der Gewerkschaft zu folgen. Es war in der Tat auch schwer, sich dem Trend zu widersetzen. Alle anderen größeren Kaufhäuser hatten geöffnet. Ferner gewährte die Unternehmensleitung außertarifliche Zulagen, so dass viele nur an der Kundgebung vor dem Kaufhaus teilnahmen, sich jedoch dann an ihrem Arbeitsplatz einfanden. Der Arbeitgeber setzte zur Sicherung eines ausreichenden Personalbestandes befristet Beschäftigte und Abrufkräfte ein. Sie hatten Angst vor Nachteilen und wollten sich die Chance auf einen außergewöhnlich guten Verdienst nicht entgehen lassen. Außerdem machte sich das Kaufhaus geschickt die Spaltung der Belegschaft in Ost- und Westler zu nutze. Und schließlich ist auch das KaDeWe kein klassisches Kaufhaus mehr. Ein beträchtlicher Teil der Verkaufsfläche ist an andere Unternehmen vermietet worden. Deren Beschäftigte sind nicht beim KaDeWe angestellt und deshalb vom Betriebsrat kaum erreichbar.

Die Bedeutung der gewerkschaftlichen Aktion

Geht man allein vom dem Ergebnis aus, so muss man den Streik als Misserfolg werten. Die HBV war nicht in der Lage, den größten Teil der Belegschaft zur Teilnahme an der Arbeitsniederlegung zu bewegen. Ihr gelang es deshalb nicht, Druck auf die Unternehmensleitung auszuüben.

Doch bei diesem Konflikt, dies hat die örtliche Leitung der Gewerkschaft auch formuliert, handelt es sich, wie bei anderen Auseinandersetzungen in der Stadt, um einen politischen Streit. Die Forderungen nach Einhaltung der bestehenden Gesetze richten sich in erster Linie an den Berliner Senat, der für die Öffnung der Geschäfte die Verantwortung trägt. Die Gewerkschaft hatte deshalb auch alle aktiven Mitglieder mobilisiert und über die eigene Organisation hinaus die Aktiven aus anderen Gewerkschaften angesprochen. So nahmen an einem kurzen Demonstrationenzug vom Kaufhaus zum Breitscheidplatz etwa 300 KollegInnen teil, u.a. aus der IG Medien, der GEW und der IG BAU.

In diesem Konflikt hat die Gewerkschaft keine Unterstützung von der SPD zu erwarten. Die SPD zeigt sich hier wie bei anderen sozialen Fragen auch als Gegner. Sie stellt sich an die Spitze derjenigen, die die wirtschaftlichen und politischen Probleme der Stadt auf dem Rücken der Arbeitnehmer lösen wollen. Mit der Privatisierung von öffentlichen Unternehmen – wie der GASAG, der BEWAG und mehreren städtischen Wohnungsbaugesellschaften –, mit der Vernichtung tausender von Arbeitsplätzen in den Krankenhäusern, hat sie sich von dem Anspruch verabschiedet, über einen im Staatseigentum befindlichen Unternehmenssektor und über gesetzliche Schutzregelungen regulierend eingreifen zu wollen. Sie verliert mit der Privatisierung der öffentlichen Unter-

nehmen den Rückhalt bei Beschäftigten in diesen Betrieben. Sie waren in Berlin immer ein Wählerpotential für die Sozialdemokratie.

Die jüngste Diskussion über den Vorsitz der Partei beweist, wie zerrissen die SPD ist. Drei Kandidaten kämpfen in einer nach Identität suchenden Partei um Stimmen, doch welche inhaltlichen Schwerpunkte sie setzen, ist niemandem so recht klar. Zu den für die Arbeitnehmer wichtigen Fragen nimmt keiner Stellung, egal ob er als Gewerkschafter oder Linker gilt. In ihrer politischen Desorientierung und Zerrissenheit wenden sich jetzt Kreise in der durch und durch antikommunistischen Westberliner SPD sogar vorsichtig der PDS zu, um wieder Perspektiven für die eigene Politik zu gewinnen.

Der Konflikt um das KaDeWe hat deutlich gemacht, dass die Gewerkschaft bei der Durchsetzung zentraler Interessen der Belegschaft auf sich gestellt ist. Sie wird aber die zukünftigen Konflikte nicht mit gewerkschaftlichen Mitteln allein lösen können, sondern nur dann, wenn sie ihre Aktivitäten auf eine neue politische Grundlage stellt. Dabei braucht sie die Unterstützung der gesamten Gewerkschaftsbewegung. Und nimmt man dies als Maßstab, so hat die Auseinandersetzung um die Öffnungszeiten doch einen kleinen Schritt nach vorne gebracht.

Berlin, 10.7.2000 ■

■ GEW-STREIK IN BERLIN

Streik der Berliner LehrerInnen gegen die Senatspolitik

Mit zwei großen Demonstrationen reagierten im März und April Eltern, Schüler und Lehrer auf die Haushaltbeschlüsse des von der CDU und der SPD getragenen Berliner Senats. Ihr Protest richtete sich gegen die Einsparungen im Bildungsetat und speziell gegen den dafür verantwortlichen sozialdemokratischen Senator Böger. Sie warfen ihm vor, die Sparmaßnahmen würden die Situation an den Berliner Schulen derart verschlechtern, dass ein halbwegs geordneter Unterricht nicht mehr durchzuführen sei. Obwohl beide Demonstrationen weitgehend von den gleichen Kräften getragen wurden, besaßen sie doch einen grundverschiedenen Charakter.

Das Bildungsbürgertum mobilisiert

Mit einem Sternmarsch von sieben Treffpunkten aus protestierten am 11. März des Jahres über 40.000 Schüler, Eltern und Lehrer in Berlin gegen die Kürzungspolitik des Senats. Auf der Abschlusskundgebung vor dem Roten Rathaus hielten Vertreter von Eltern, Schülern und Lehrern Redebeiträge.

Initiiert wurde diese Demonstration von drei Müttern aus Reinickendorf, die aktiv wurden angesichts des hohen Unterrichtsausfalls an der Schule ihrer Kinder (regelmäßig 120 Schulstunden pro Woche). Alle Bemühungen, vor Ort eine Lösung zu finden, waren gescheitert, trotz der Unterstützung, die sie durch ihren Schulleiter erfuhren. Sie entschlossen sich, mit weiteren Eltern die Lage zu beraten. Beim ersten Treffen zeigte sich, dass auch an den anderen Schulen eine ähnliche Misere herrscht.

Mit einem »harten Kern« von 25 bis 30 Personen startete der Kreis eine Informationskampagne: »Wir schicken Faxe an

Schulen, nahmen Kontakt mit den Elternvertretern auf« (Berliner Zeitung vom 16.3.2000). In Anspielung auf die Diskussion über die »Greencard« führte eine der Initiatorinnen aus: »Es geht doch nicht an, dass der Bundeskanzler aus Mangel an ausgebildeten Leuten Arbeitskräfte importieren will und gleichzeitig das Geld für die Bildung immer weniger wird« (ebd.).

Viele Eltern hatten noch die Versprechen des gerade erst vergangenen Wahlkampfes noch nicht vergessen. Die Senatsparteien verkündeten damals, dass die Bildung für die Zukunft der jungen Menschen entscheidend sei (CDU) oder dass Bildung und Ausbildung endlich ihre Bedeutung als eines der wichtigsten Politikfelder für Zukunftsinvestitionen wiedergewinnen sollten (SPD: »Die Zukunft Deutschlands beginnt morgens um 8«, »Mehr Mäuse für die Schulen«).

Auf der Abschlusskundgebung der Demonstration formulierte Elternsprecher Hänisch die vier zentralen Forderungen der Eltern:

- ◆ Einstellung neuer Lehrkräfte: Von 1200 durch Pensionierung frei werdenden Stellen sollen nur 500 neu besetzt werden.
- ◆ Kleinere Klassen: Schon in den Grundschulen beginnt der Schulalltag mit Klassen von 30 bis 35 Schülern.
- ◆ Kein Abbau der Schulstationen: Sie sind soziale Aufnahmeflächen für Schüler in Form von Schüllerräumen oder kleinen Kantinen. Sie werden in der Regel von ABM-Kräften betreut.
- ◆ Moderne Unterrichtsmethoden und -formen: Gegen die kleinkarierte und bürokratische Gängelung an den Schulen.

Die Situation an den Schulen ist mittlerweile an einem Punkt angekommen, an dem die ständigen kleinen Schritte der Mittelkürzungen – Klassenfrequenzerhöhungen, Arbeitszeitverschlechterungen etc., die für sich genommen in der Öffentlichkeit als gering und hinnehmbar dargestellt wurden – eine neue Qualität erlangt haben. So wurde jetzt festgestellt, dass allein die Kürzungen in Lehrplänen und der Unterrichtsausfall durch fehlende Vertretungsmittel dazu geführt haben, dass seit 1989/90 praktisch ein Schuljahr weniger Unterricht stattgefunden hat. Eine besondere Art der Verkürzung der Schulzeit.

An die Öffentlichkeit drangen jetzt auch Mängel, die bisher von den Eltern stillschweigend akzeptiert worden waren und die schon zur Normalität des Alltags an vielen staatlichen Schulen gehören. Ein Vater, dessen Kinder eine Grundschule in Steglitz besuchen, berichtete: »Bei der Einschulung wurden die Eltern gebeten, die Klassenzimmer zu renovieren – und da hatte die Schule nicht einmal genug Geld für das Material. Das haben wir selbst beigesteuert.« Dieser Zustand ist auf die rigoros gesenkten Reinigungskosten für Personal und Material zurückzuführen, wobei die Säuberung der Klassenräume unter pädagogischem Vorwand jetzt überwiegend von den Schülern vorgenommen wird.

Der Protest der Eltern hätte kaum eine derartige Kraft gewonnen, wenn nicht die GEW mit ihrer organisatorischen Erfahrung und ihren gewachsenen Kontakten zu den Medien den Aktivitäten Rückhalt geboten hätte. Die Gewerkschaft unterstützte die Demonstration, weil ihre Mitglieder im Schuldienst von den Senatsbeschlüssen am stärksten betroffen waren. Die Zahl der Pflichtstunden sollte für nahezu alle Lehrer erhöht werden.

Haushaltspolitik auf dem Rücken der Lehrer

Die Entscheidung zur Erhöhung der Stundenzahl für die Lehrer stand im Widerspruch zu Beteuerungen, die SPD-Parteichef Strieder nach der Senatsbildung abgegeben hatte: »In der Koalitionsvereinbarung ist eine Verlängerung der Lehrerarbeitszeit nicht festgelegt worden.« Doch dann hatte er sibyllinisch angefügt: »Es ist lediglich festgelegt worden, dass in dieser Legislaturperiode die Lehrerarbeitszeit neu zu gestalten ist.« Im Dezember 1999 antwortete der SPD-Fraktionschef, Wowereit, auf die Frage nach der Verteilung des geplanten Abbaus von 10.750 Stellen im öffentlichen Dienst in den nächsten fünf Jahren: »Das muss der Senat entscheiden. Ausgeschlossen ist kein Ressort, außer dem Schulwesen. 30.465 Lehrer sind fest vereinbart mit der CDU, um die Unterrichtsversorgung abzudecken. Da kann man keinen Sparbeitrag leisten« (Berliner Zeitung vom 15.12.1999).

Stellungnahmen von Parteivorsitzenden und Resolutionen von Parteitagungen dienen in der bürgerlichen Demokratie lediglich dazu, die eigenen Mitglieder und die parteinahe Öffentlichkeit zu beruhigen. Sie sind nicht Maßstab des Handelns der Parteien in den Parlamenten und schon gar nicht in den Regierungen. Hier sind allein gesamtgesellschaftliche



Erfordernisse maßgebend, wobei den Politikern die Aufgabe zufällt, die Sachzwänge den eigenen Anhängern zu erläutern.

Der neue Schulsenator Böger (SPD) gab denn auch kurz nach seiner Berufung die Richtung vor, die für das Handeln des Senats zukünftig gelten werde: Er werde es nicht zulassen, dass die GEW weiterhin die Bildungspolitik der Stadt bestimme. Davon konnte natürlich auch vorher keine Rede sein. Aber das war das Signal dafür, dass Böger nicht an der Fortsetzung der vom Senat in den letzten Jahren praktizierten Linie gelegen war, beschäftigungspolitische Probleme einvernehmlich mit der GEW zu lösen. Die Gewerkschaft war zur Vermeidung von Pflichtstundenerhöhungen Kompromisse eingegangen, die an die Schmerzgrenze gingen. So fehlte in der Vereinbarung von 1998 über Arbeitszeitkonten, dass die »Rückzahlung« auf der Basis der geltenden Pflichtstundenregelung zu erfolgen habe. Dies erweist sich jetzt als Bumerang, da zu erwarten ist, dass der neue Senator die Arbeitszeitkonten mit der geplanten erhöhten Pflichtstundenzahl verrechnen wird, was die Lehrerschaft um ihr »Angespartes«, die im Voraus geleistete Mehrarbeit, bringen würde.

Böger ist nicht einmal als Lobbyist seines Ressorts angetreten, sondern hat aus eigener Initiative 125 Mio. DM aus dem Schuletat für die Haushaltssanierung 2000 gestiftet. Das Sparschwein, das er dafür schlachten will, ist die Berliner





Lehrerschaft, die nun länger arbeiten soll. Er überträgt damit die Politik der Finanzsenatorin der letzten Legislaturperiode, Fugmann-Heesing (SPD), auch auf den Schulbereich. Sie hatte durch die Privatisierung der landeseigenen Betriebe der Energieversorgung, Bewag und Gasag, der Berliner Wasserbetriebe sowie der Wohnungsbaugesellschaften den Berliner Haushalt sanieren wollen.

Die Gewerkschaft mobilisiert

Die GEW hatte von Anfang an die Stellungnahmen der Senatsmitglieder ernst genommen. Schon im November fasste sie den Beschluss, die befürchtete Arbeitszeitverlängerung durch einen Streik zu beantworten. Im Dezember gingen erstmals Schüler und Lehrer auf die Straße. Im Januar verstärkten sich dann nach der Nachricht aus dem Schulsenat, dass die Pflichtstundenzahl erhöht werde, die schulischen und bezirklichen Aktivitäten. Erste Spontankundgebungen vor den Schulen wurden organisiert, Pausen verlängert oder eine Kreuzung blockiert. Transparente erschienen an Schulfassaden, auf denen bis ins kleinste dargelegt wurde, wie konkret die Lücken aussehen: »Do you speak English? Wir brauchen Englischlehrer.«

Die Landesdelegiertenversammlung der GEW votierte am 1. März einstimmig für einen Streik. Der Streikbeschluss wurde durch die außerordentliche Sitzung des Landesvorstandes am 16.3. bekräftigt.

In die Vorbereitung der Aktionen passte auch die Entscheidung der Eltern, eine eigene Demonstration zu organisieren. Die Lehrer beschlossen, diese Initiative zu unterstützen. Sie wirkten über die Schüler auf die Eltern ein und wurden zum wichtigsten Multiplikator für die breite Mobilisierung gegen die Bildungspolitik des Senats.

Diese Aktivitäten wurden nach der Elterndemonstration fortgesetzt und konnten auf eine immer breitere Grundlage gestellt werden. Zu den Protestierenden gesellte sich jetzt auch eine Gruppe, die im Schulalltag bisher überwiegend als verlängerter Arm der Behörde galt. So meldeten sich die Mehrheit der Schulleiterinnen und Schulleiter berufsbildender Oberschulen in einem offenen Brief an Schulsenator

Böger zu Wort und betonten insbesondere drei Problemfelder:

- ◆ die Anhebung der Pflichtstundenzahl (wobei u.a. eine Verschärfung der Überalterung und eine Erhöhung der Dauererkrankungen befürchtet wird),
- ◆ die Halbierung der Schulmittel durch Streichung der Lernmittel (nicht nur Schulbücher für die Schüler, sondern auch Nachschlagewerke, Materialien für Projekte, Fotokopierkosten etc. können nicht mehr im erforderlichen Umfang bezahlt werden),
- ◆ die Verwahrlosung der Gebäude aufgrund mangelnder Pflege (der Etat für die Schulhausreinigung wurde um rund ein Drittel gekürzt).

Diese Sparmaßnahmen werden durchgeführt vor den sich in immer kürzeren Zyklen vollziehenden Veränderungen und Anforderungen in der beruflichen Bildung. Die permanente Innovation soll ohne Planungsmittel bewältigt werden. Man kann es auch anders ausdrücken: Statt die Erfahrung der Kollegen und Kolleginnen für außerunterrichtliche Tätigkeiten (u.a. Lehrplanänderungen) zu nutzen, werden Sie, kurzsichtigen Sachzwängen folgend, lieber verheizt.

Die Breite, die der Protest unter den Lehrern annahm, erklärt sich auch aus den Erfahrungen, die sie in den letzten Jahren mit dem Senat gemacht hatten. Nachdem es 1992 zur letzten Arbeitszeitverlängerung per Dekret gekommen war, glaubte man noch auf Seiten der GEW und der meisten Lehrer, durch Einführung der Arbeitszeitkonten im Jahre 1998 (Mehrarbeit auf Zeit, die später wieder abgefeiert werden sollte) um eine Stundenerhöhung herumgekommen zu sein. Jetzt zeigt sich jedoch, dass die »Guthaben«, die schon erarbeitet wurden, immer weniger abgefeiert werden können. (Vgl. Arbeitszeitkonten kontra Arbeitszeitverlängerung, Arpo 1/99) Es besteht auch in einigen Bereichen gar keine Möglichkeit, »Ersatz« für die abzufeiernden Stunden zu finden, weil die entsprechenden Fachlehrer fehlen. Besonders arg ist dieser Missstand im berufsbildenden Bereich. Deshalb gilt die Arbeitszeitkontenregelung für die zirka 5000 Berufsschullehrer (von etwa 30.000 Lehrern in Berlin) noch länger

als die vereinbarten zwei Jahre. Die Stundenerhöhung in diesem Bereich hat daher »nur« einen rechnerischen Wert, mehr unterrichtet wird dadurch nicht.

Durch die ständige Beschneidung von Ermäßigungstatbeständen (Stundenermäßigung für Sonderaufgaben in den Schulen, Prüfertätigkeiten in den Kammern, Altersermäßigungen etc.) hat ein heute im berufsbildenden Bereich arbeitender 53-jähriger Lehrer fünf Stunden mehr zu unterrichten als im Jahre 1990, das sind rund 25 Prozent Arbeitszeiterhöhung.

Von seiten der GEW wurden schließlich auf Landesebene Personalversammlungen organisiert, die am 5. April in allen Bezirken gleichzeitig stattfinden sollten. Eine abschließende Kundgebung wurde vor dem Roten Rathaus geplant. Das sollte den Auftakt bilden für einen eintägigen Proteststreik.

Am 5. April trafen sich auf 17 Personalversammlungen Lehrerinnen und Lehrer Berlins. Als Redner traten die Vorsitzenden oder deren Stellvertreter aus anderen GEW-Landesverbänden auf, die zum Streik aufriefen. Das sollte zum einen dem Schutz der Personalvertreter dienen, die nicht zum Arbeitskampf aufrufen dürfen, zum anderen sollte dadurch die bundesweite Bedeutung des Streiks betont werden. Die Spirale der Verschlechterung sollte durchbrochen werden, die ja ständig mit Verweis auf die noch schlechtere Situation in dem jeweilig anderen Bundesland in Gang gehalten wird. Im Anschluss an die Versammlung trafen sich gut 15.000 Lehrerinnen.

Den Abschluss der Vorbereitungen bildete eine gemeinsame Vertrauensleuteversammlung am 10. April. 700 der 1000 Berliner Schulen waren durch ihre Vertrauensleute vertreten. Dort machte man sich nochmals Mut. So berichteten Schulleiterinnen und Schulleiter, dass sich 20 Schulleitungen aktiv am Streik beteiligen würden. Am Aktionstag waren es schließlich 49. Ihre Motivation am Streik teilzunehmen formulierten sie in einem Schreiben an alle Teilnehmer der GEW-Schulleitungs-AG: »Die massiven Eingriffe in die Ermäßigungstatbestände (Klassenlehrerstunden, Schulleiterstunden, Verwaltungsstunden, Oberstufenermäßigungen, Altersermäßigungen), die Reduzierung der Integrationsstunden, die Umstrukturierung und das Stoppen der Grundschulreformansätze usw., zusätzlich zu der Pflichtstundenanhebung...« Sie hatten erkannt, dass auch sie als Teil der Schuladministration zunehmend überfordert werden und ihre Funktion nicht mehr adäquat ausfüllen können, ohne in erheblichen Widerspruch auch zu den Kolleginnen und Kollegen zu geraten.

Die Kolleginnen und Kollegen konnten ohne Repressalien reichlich Flugblätter und Plakate an ihren Schulen verteilen. An den Außenwänden vieler Schulen hingen Plakate und Transparente, auf denen offen zum Streik aufgerufen wurde, der am 12. April stattfand, einen Tag vor der Sitzung des Berliner Abgeordnetenhauses, auf der der neue Landeshaushalt verabschiedet werden sollte. Die Eltern waren bereits durch Flugblattaktionen vor den Schulen auf den Tag vorbereitet worden.

Der Streik

Über 50.000 Menschen – Lehrer, Schüler und Eltern – hatten sich auf dem Alexanderplatz versammelt, um dann in einer gewaltigen Demonstration zur Abschlusskundgebung am Brandenburger Tor zu ziehen. Es war die dritte Großdemonstration dieses Jahres gegen die Bildungspolitik des Senats.

Solidarität aus der IG BAU

In der 14. Kalenderwoche fassten KollegInnen der Industriegewerkschaft Bauen Agrar Umwelt (IG BAU) auf ihrer Bezirksangestelltenkonferenz sowie ihrem Bezirksverbandstag den Beschluss, die für den 12. April von der GEW geplanten Warnstreiks an Berliner Schulen aktiv zu unterstützen. Sie sind, wie viele andere Eltern, über die unsoziale Bildungspolitik des Berliner Senats empört. Sie wissen, es ist die gleiche Politik, die mit zu einer massenhaften Arbeitslosigkeit im Baubereich geführt hat.

Am 12. April treffen sich Kollegen der IG BAU in Charlottenburg, um KollegInnen der GEW ihre Solidaritätsadresse zu übermitteln. Vor der ersten Schule, die sie aufsuchen, stehen bereits streikende LehrerInnen. Die Solidaritätsadresse wird mit Beifall zur Kenntnis genommen. Nach Auskunft der Streikenden ist die Beteiligung am Streik gut. Nach kurzem Aufenthalt geht's weiter zur nächsten Schule.

Eine Mutter, die ihren Sohn zur Schule begleitet, informiert uns, dass die LehrerInnen mit den SchülerInnen frühstücken würden, also eine Art Bummelstreik durchführen. Diese versteckte Form wird nicht für gut befunden. So werden kurzerhand Schilder, die noch vom Streik der Bauarbeiter aus dem Jahr 1997 existieren, mit der Aufschrift »Hier arbeiten Streikbrecher« gut sichtbar an der Eingangstür zur Schule befestigt. In einem kurzen Gespräch informieren wir sie über die Aktion der GEW, die ihre spontane Zustimmung findet. Die Mutter beklagt sich bei uns, dass häufig Unterricht wegen Lehrermangel ausfällt. Als Elternsprecherin will sie sich künftig stärker engagieren. Wir verabschieden uns und fahren weiter zur nächsten Schule.

Dort angekommen, sehen wir schon von weitem die Streikposten der GEW. Irgendwie hat sich herumgespro-

Während dieses Marsches schwoll der Zug auf weit über 60.000 Menschen an, zu einer der größten Demonstrationen der letzten 20 Jahre.

Bereits ab 7.30 Uhr hatten sich vor vielen Schulen die Kolleginnen und Kollegen gesammelt, um den Schulbetrieb lahmzulegen. Sie wurden unterstützt von Schülern, die ihre Lehrer in einer völlig ungewohnten Rolle sahen, nicht als Bewahrer, sondern Verletzer von Regeln.

Ab 9.00 trafen sich die LehrerInnen in den bezirklichen Streiklokalen, um einen ersten Überblick über die Beteiligung zu bekommen, sich aufzuwärmen und zu stärken. Über 12.000 der gut 30.000 Lehrer befanden sich im Streik.

Ab 11.00 traf man sich auf dem Alexanderplatz, wo bis 12.00 Uhr ein Streikprogramm mit Musik und einstimmenden Reden stattfand. Es kamen auch viele derjenigen Kolleginnen und Kollegen, die sich nicht getraut hatten zu streiken.

Zu einem Erlebnis wirklicher Gemeinsamkeit wurde dann der gewaltige Demonstrationzug, der durch die Leipziger Straße, die Friedrichstraße – die neue Einkaufsmeile im alten Zentrum Berlins – führte und dann die große Fläche vor dem Brandenburger Tor ausfüllte.

Überraschend viele Schüler hatten sich dem Protest der Lehrer angeschlossen. Schulen aus ganz Berlin schienen einen Wandertag dorthin verlegt zu haben. Es herrschte eine ausgesprochen fröhliche Atmosphäre. Miteinander standen

chen, dass KollegInnen der IG BAU die Aktionen der GEW unterstützen. Wir werden also bereits erwartet. Auch hier wird unsere Solidaritätsadresse mit Beifall zur Kenntnis genommen. Nach gemeinsam getroffener Einschätzung, dass wir gegen die gleiche unsoziale Politik kämpfen, die in dieser Stadt die Vernichtung von mehreren hunderttausend Arbeitsplätzen in den letzten Jahren zur Folge hatte, brechen wir wieder auf, um uns an der großen Demonstration am Alexanderplatz zu beteiligen. In der S-Bahn dorthin werden wir wiederholt von SchülerInnen und LehrerInnen angesprochen, die uns anhand unserer mitgeführten roten Fahnen als Baugewerkschafter ausmachen. Sie finden es prima, dass wir uns an ihrer Veranstaltung beteiligen.

Der Alexanderplatz ist rappellvoll. Offensichtlich beteiligen sich auch KollegInnen aus anderen Einzelgewerkschaften an der Demonstration. Die Stimmung ist einfach toll. Das Engagement, insbesondere der SchülerInnen, ist beeindruckend. Originelle und freche Losungen gegen die Bildungspolitik des Senats werden skandiert. Der Demonstrationsszug setzt sich langsam in Bewegung. Es sind zigtausende Menschen. Bei der Abschlusskundgebung am Brandenburger Tor erfahren wir, dass sich zirka 60.000 Menschen an der Demonstration beteiligt hätten. Alle Redner auf der Tribüne verurteilen die Bildungspolitik des Senats. Die Einstellung arbeitsloser LehrerInnen zur Verbesserung des Bildungsniveaus wird gefordert.

Auf der Heimfahrt sind wir uns einig, dass die Aktionen ein Erfolg waren. Sicherlich wird der Druck auf die Politik noch verstärkt werden müssen, um der Jugend in Berlin eine Perspektive in der sich immer schneller verändernden Welt zu eröffnen. Green Cards sind keine Lösung. ■

überwiegend ergraute Lehrerinnen und Lehrer, die gegen die erneute Stundenerhöhung protestierten, und Schülerinnen und Schüler, die die Einstellung junger Lehrer forderten. Gemeinsam war die Erkenntnis: »Böger ist ein Betrüger.«

Breite Unterstützung durch andere Gewerkschaften

Im Gegensatz zum Streik der Lehrer 1992 unterstützten diesmal der DGB und die Einzelgewerkschaften ÖTV, IG Metall, IG BAU, HBV, IG Medien, DAG die Arbeitsniederlegung. DGB und ÖTV waren durch Redner vertreten, weitere Gewerkschaften sandten Grußadressen.

Der stellvertretende DGB-Vorsitzende Reißmann, der bereits am 5. April im Anschluss an die in allen Bezirken zeitgleich stattfindenden Personalversammlungen vor gut 15.000 Kolleginnen und Kollegen vor dem Roten Rathaus gesprochen hatte, hob hervor, dass die Politiker eigentlich dankbar für dieses Zeichen des Protestes gegen das Verrotten des Bildungssystems sein sollten. Er forderte eine deutliche Veränderung in der Prioritätensetzung der Finanzierung. Zugleich versicherte er den Streikenden den gewerkschaftlichen Schutz vor disziplinarischen Maßnahmen bis zum Gang vor den Europäischen Gerichtshof.

Der Vertreter der ÖTV hob die Bedeutung des Streiks für die in der ÖTV organisierten Beamten hervor. Immerhin brach die GEW Berlin bereits 1992 erstmals das Tabu des Streikverbots für Beamte. So ändern sich die Maßstäbe in

Zeiten allgemeiner Deregulierung! Seine Rede mündete in die Parole: »Acht, neun, zehn, Böger kann nach Hause gehn.« Die französische Lehrgewerkschaft (FEN) entsandte eine Grußadresse der Kolleginnen und Kollegen, die dazu beigetragen hatten, dass in der Regierung Frankreichs erneut die Stühle gerückt werden mussten.

Auch Herr Haenisch, Mitglied der Elterninitiative »Aktion Bildung«, die den Sternmarsch am 11. März initiiert hatte, drückte seine Solidarität mit den streikenden Lehrern aus: »Erscheint ein Fehltag auf dem Zeugnis meiner Tochter, so betrachte ich dieses als eine Note für Zivilcourage.« Er forderte die Eltern auf, die Begründung für das Fehlen ehrlich zu formulieren, und die Entschuldigungen gemeinsam an den Schulsenator zu schicken. Diese Solidaritätsadresse war von Elternseite nicht so klar zu erwarten gewesen. Sie traten ja gegen den Unterrichtsausfall an. Zumindest die anwesenden Eltern hatten erkannt, dass die schulische Misere durch die geplante Stundenerhöhung nicht verbessert, sondern verschlechtert wird. Sie begaben sich damit in Widerspruch zu einigen führenden Vertretern des Landeselternausschusses, deren ablehnende Haltung gegenüber einem Streik häufig in den Medien zitiert wurde.

»Hier stehen die, die nicht nur über den aufrechten Gang reden, sondern ihn auch praktizieren«, so Ulrich Thöne, seit einem dreiviertel Jahr der 1. Vorsitzende der GEW Berlin, in seiner abschließenden Rede, in der er nochmals auf die Folgen zehnjähriger Sparpolitik im Schulsektor hinwies: »In dem Zeitraum fiel jede fünfte Stelle im Schulbereich weg.«

Der Charakter der Proteste

Bei dem Streik handelte es sich nicht um eine übliche Tarifeauseinandersetzung, sondern um einen politischen Streik. Er richtete sich gegen einen Beschluss des Senates. Der CDU/SPD-Senat versucht, die katastrophale Haushaltssituation durch die unterschiedlichsten Sparmaßnahmen auf dem Rücken der Arbeitnehmer zu lösen: Durch Arbeitsplatzvernichtung im öffentlichen Dienst, Schließung von Krankenhäusern, Privatisierung von öffentlichen Unternehmen, Verkauf von Wohnungsbaugesellschaften, Sonntagsöffnung von Geschäften etc. In der Kulturpolitik haben die Sparmaßnahmen bereits zum Rücktritt der verantwortlichen Senatorin geführt, kurz nach der Übernahme ihres Amtes. Sie hatte erkannt, dass sie nichts mehr gestalten kann, sondern nur noch dazu gebraucht wird, ein Projekt nach dem anderen abzuwickeln.

Der von der GEW organisierte Widerstand war zwar nicht der erste, aber der mit Abstand größte Protest gegen die Politik des Senats. Es gelang der Gewerkschaft, nicht nur einen großen Teil der Lehrer – sowohl organisierte wie auch unorganisierte – auf die Straße zu bringen, sondern sie konnte auch, unter ihrer Führung und mit einem gewerkschaftlichen Forderungskatalog, eine beträchtliche Zahl von Schülern und Eltern mobilisieren. Durch die Breite des Bündnisses erreichte sie, dass die weit verbreiteten Vorurteile gegenüber den Privilegien der Lehrer gar nicht erst hoch kommen konnten. Sie erhielt für ihre Initiative sogar Sympathie in den örtlichen Tageszeitungen und der bürgerlichen Öffentlichkeit.

Der politische Wert der gewerkschaftlichen Aktivitäten bestand u.a. darin, dass die GEW die Kraft besaß, das Streikverbot für BeamtInnen zu durchbrechen. Zwar haben bisher bei den Arbeitsniederlegungen im Öffentlichen Dienst – bei

der Post und auch der Bahn – einzelne Beamte mitgestreikt; sie sind aber wegen der bei den Tarifabschlüssen vereinbarten Maßregelungsklausel nicht belangt worden. Doch dies wurde immer unter der Decke gehalten. Hier gelang es den Streik von BeamtInnen in der Öffentlichkeit zu thematisieren und die Beschäftigten vor Sanktionen zu schützen; die angekündigten Bestrafungen der Streikenden besitzen nur symbolischen Charakter.

Die Hauptforderung der Gewerkschaft, die Rücknahme der Arbeitszeitverlängerung für die Lehrer, konnte jedoch nicht erzwungen werden. Die Koalitionsfraktionen stimmten der Senatsvorlage nahezu einstimmig zu. Lediglich bei der SPD gab es zwei oder drei AbweichlerInnen. Als kleines Friedensangebot ließ Böger einigen, bisher befristet angestellten, Lehrern, die Entfristung anbieten.

Die fehlende Aussicht auf eine materielle Besserstellung des Bildungsbereiches lässt kaum erwarten, dass in naher Zukunft ein friedlicher Interessenausgleich am Verhandlungstisch erzielt werden kann. Weitere schmerzvolle Eingriffe in das Bildungssystem drohen. Einem Artikel des Tagesspiegel vom 6. April war zu entnehmen, dass noch kräftiger gespart werden soll: »Eine Expertenkommission, geleitet von Ex-Bundesminister Rupert Scholz, brütet schon über unpopulären Vorschlägen.«

Der Landeselternausschuss und der Landesschülerausschuss planen bereits weitere Aktionen, die ihren Höhepunkt in einer Großdemonstration finden sollen. Die GEW will dabei nicht abseits stehen. Es ist geplant, in weiteren Gesprächen Grundlagen für gemeinsame Aktionen zu schaffen.

Hier muss die Gewerkschaft jedoch aufpassen nicht vereinnahmt zu werden. Schon hat die FDP sich des Themas Bildungsnotstand angenommen. In Nordrhein-Westfalen gelang es ihr vor dem Hintergrund der Diskussion über den Mangel an Computerexperten Teile des bürgerlichen Lagers wieder an sich zu binden. Gerade die Partei, die im Bund durch ihre neoliberalen Ideen entscheidenden Anteil am Rückzug des Staates aus der Bildungspolitik hatte und die mit ihrer Steuersenkungspolitik die finanziellen Möglichkeiten der Länder – sie sind für die Bildungspolitik zuständig – drastisch einschränkte, gibt sich jetzt als die Retterin vor der Katastrophe aus, die sie mit zu verantworten hat.

Viele Eltern sind für diese Propaganda anfällig. Gerade diejenigen, denen es etwas besser geht als dem Durchschnitt der Bevölkerung, aber noch nicht so gut, dass sie ihre Kinder auf eine Privatschule schicken können, wollen nichts weiter als eine Verbesserung der Ausbildungssituation für ihre eigenen Kinder. Sie gehören überwiegend zu den Befürwortern von Sparmaßnahmen in den Ländern und Kommunen, solange nicht sie selbst oder ihre Kinder betroffen sind. Die Arbeitssituation der Lehrer und der Lehreranwärter interessiert sie im Grunde genausowenig wie die Situation an den Haupt- und Berufsschulen. Sie sind für Marktwirtschaft, Individualismus etc., jedoch nicht für grundlegende gesellschaftliche Änderungen. Da die Einstellung junger Lehrer jedoch die Konkurrenzchancen ihrer Kinder auf dem Arbeitsmarkt erhöht, sind sie auch dafür und schließen sogar Bündnisse mit Gewerkschaften, wenn sie keine anderen Vertreter ihrer Interessen sehen.

Die Rolle der Gewerkschaften in der Stadt

Die Gewerkschaft kann der Entwicklung, bei der die neoliberalen Kräfte wieder die ideologische Hegemonie über die Fra-

Offener Brief

Ein Berliner Kollege machte die Situation der Lehrer in einem »Offenen Brief nach dem Lehrerstreik« an die »Liebe(n) Politiker« deutlich. Er beklagte, dass nur der Unterrichtsausfall an die Öffentlichkeit dringt:

»... Unterrichtsausfall. Eine wichtige Sache, aber die Unterrichtsversorgungsmentalität erzeugt kein realistisches Bild der Schule. Es macht sich draußen niemand eine Vorstellung davon, wie weit die Schule durch langjährige Einsparungen schon versaut ist: Einsparungen bei der Reinigung bis an die Grenze des hygienisch Zumutbaren sowie Versäumnisse bei der Instandsetzung machen Kindern Angst, nicht mehr aufs Klo gehen zu können.

Alte Bücher, in denen es die Sowjetunion noch gibt und die Mauer. Da werden Medienwarte an Ganztagschulen gestrichen, egal, ob teure Maschinenparks vorkommen. Nun stehen Erzieher und Sozialpädagogenstellen auf der Streichliste, auf Erziehung kommt's ja nicht so an. Streichung von Ermäßigungsstunden an allen Ecken und Enden, zum Beispiel bei den Klassenleitern.

...Gleichzeitig schleichende, inzwischen deutlich spürbare Erhöhung der Klassenfrequenzen bei schwierigeren Schülern und älter werdenden Lehrern. Rückgang des Fortbildungsmuts der Lehrer unter dem wachsenden Druck des täglich zu bewältigenden Minimalprogramms bei schwindenden materiellen Ressourcen. Wachsender Anteil von bürokratischen gegenüber pädagogischen Aufgaben der Schule durch die Umverteilung der Verwaltungsaufgaben von oben nach unten. Eine sich immer weiter öffnende Schere zwischen Reformnotwendigkeit plus Reformgerede in der Öffentlichkeit einerseits und Krebsgang andererseits.« Freitag, 21.4.2000 ■

gen der Bildungspolitik gewinnen, nur begegnen, wenn sie eine politische Auseinandersetzung über den Charakter der Schulpolitik im Kapitalismus aufnimmt und sich nicht darauf beschränkt, nur die Misere im Bildungssektor anzuprangern. Sie muss diese Debatte auch um den Preis führen, dass die Beziehung zu einem Teil der Eltern zerreißt. Eine Strategiekonferenz, die Anfang Mai abgehalten wurde, hat allenfalls in einigen Köpfen etwas mehr Klarheit geschaffen. Politisch hat sie die Organisation noch nicht voran gebracht.

Die GEW hat es nicht nur versäumt, grundsätzliche Fragen der Bildungspolitik in der Gesellschaft zu thematisieren, sie hat es auch unterlassen, den Zusammenhang von Bildungsmisere und aktueller Senatspolitik aufzuzeigen. Dass sie nicht zu einer politischen Kraft geworden ist, die die Parteien ersetzen will, ist ihr nicht vorzuwerfen. Das kann sie nicht, und es ist auch nicht ihre Aufgabe. Aber sie muss versuchen über die Bildungspolitik hinaus eine politische Frontstellung gegenüber dem Senat herzustellen, um für zukünftige Aktionen eine breitere Basis in der Stadt zu schaffen.

Dieser Vorwurf richtet sich auch an die anderen Einzelgewerkschaften und den DGB. Sie haben sich auf sehr allgemein gehaltene Solidaritätsappelle beschränkt. Keine der Organisationen hat versucht, die bei ihnen vor einer ähnlichen Situation stehenden Arbeitnehmer für diese Demonstration zu mobilisieren. Auch organisatorisch gibt es zur Zeit keinen Versuch, die von vergleichbaren Maßnahmen

betroffenen Arbeitnehmer zusammenzubringen. So wird zum Beispiel der Widerstand der Beschäftigten im Gesundheitssektor gegen die Schließung von Krankenhäusern nur als Problem der unmittelbar Betroffenen gesehen. Der drohenden Privatisierung des Nahverkehrs, die zu erheblichen Einbußen bei Löhnen und Sozialleistungen der BVG-Mitarbeiter führt, hat sich die ÖTV geradezu schicksalhaft ergeben.

Zur Zeit gibt es in den Gewerkschaften nur wenige, die sich bemühen die Vereinzelung der jeweilig Betroffenen zu überwinden und das gemeinsame politische Interesse herauszustellen. Aber einen anderen Weg, als Initiativen in diese Richtung zu unterstützen, gibt es nicht. ■

■ LEHRERSTREIK IN HAMBURG

Die Letzten beißen die Hunde

Am 6. Juli hatte die GEW-Hamburg ihre Mitglieder dazu aufgerufen, ab zwölf Uhr an einer Kundgebung in der Innenstadt teilzunehmen, zu diesem Zeitpunkt den Unterricht ausfallen zu lassen, also für eine kurze Zeit zu streiken. Vorab war eingeschätzt worden, dass eine Teilnehmerzahl auf der Kundgebung ab 3000 (nicht gleichzusetzen mit der Anzahl der Streikenden, da viele zu dieser Zeit keine Unterrichtsverpflichtung haben, also nicht hätten streiken müssen, um teilzunehmen) ein großer Erfolg wäre. – Es gibt in Hamburg zirka 16.000 Lehrkräfte im öffentlichen Schulwesen, davon etwa 8000 in der GEW.

Letztendlich waren es dann aber nur 1500, die gekommen waren, also am selbst gesteckten Ziel gemessen eine Niederlage. Trotzdem war das Presseecho enorm, was die GEW-Führung veranlasste, doch von einem »Erfolg« zu sprechen, da immerhin das Anliegen – die immer beschissener werdende Situation an den Schulen – öffentliches Gesprächsthema war. Man ist ja bescheiden geworden.

Eigentlicher Anlass für den Streikaufruf war die Rücknahme der Altersermäßigung. Bisher hatten KollegInnen ab 55 Jahren eine Stunde, ab 60 Jahren zwei Stunden Ermäßigung ihres Pflichtstundensolls erhalten. Die Wegnahme dieser Ermäßigung war also eine Arbeitszeitverlängerung für die Gruppe der älteren KollegInnen - und damit für einen Großteil der Hamburger Lehrerschaft, die im Durchschnitt über 50 Jahre alt ist, – eine Folge der Nichteinstellungspolitik des Hamburger Senats in den letzten zwanzig Jahren. Für manche älteren KollegInnen kam diese Arbeitszeitverlängerung zusammen mit der Rücknahme von Entlastungsstunden, zum Beispiel für Koordination (an Gesamtschulen) oder Klassenlehrertätigkeit, so dass sich für einzelne die tatsächliche Arbeitszeitverlängerung auf bis zu sechs Stunden summierte. Im Gegenzug wird vom Senat ein Altersteilzeitmodell angeboten, nach dem KollegInnen ab 55 mit 83 Prozent Bezahlung zu 60 Prozent arbeiten können, was für viele bedeutet, dass sie im Vergleich zu früher einen Teil ihrer Entlastung selber finanzieren müssen, was so nicht besonders attraktiv ist, so dass dieses Modell deshalb nicht sehr zahlreich genutzt werden wird.

Der Wegfall der Altersermäßigung heißt aber auch, dass damit Arbeitsplätze für die Einstellung dringend benötigter junger KollegInnen blockiert werden. Die GEW formulierte mit ihrem Slogan »Junge einstellen – Alte entlasten!« durchaus richtig den Zusammenhang zwischen der andauernden

Mehrbelastung der arbeitenden KollegInnen und der Nichteinstellung von ausgebildeten Junglehrern.

Dies alles ist vor dem Hintergrund zu sehen, dass der Senat in den letzten zehn Jahren zirka 2000 Stellen abgebaut hat, bei einer in etwa gleich gebliebenen Schülerzahl, was sowohl auf Unterrichtsausfall wie auch auf eine stark zugenommene Arbeitsverdichtung hinweist. (Vgl. hierzu den Bericht zu Berlin, der vergleichbare Entwicklungen schildert.) Es war also sozusagen der Tropfen, der das Fass zum Überlaufen hätte bringen können oder sollen, wie viele der noch in der Gewerkschaft Aktiven dachten und entsprechend zu motivieren versuchten. Aber offensichtlich war das bei den meisten KollegInnen nicht der Fall.

Die GEW ist auch nicht mehr das, was sie mal war

Am Streiktag zeigte sich, dass vor allem die Gesamtschul- und Berufsschulkollegien einigermaßen vertreten waren, während der große Bereich der Gymnasien und Grundschulen fast kaum zu sehen war. Das liegt daran, dass an den Gesamtschulen und Berufsschulen noch große Gruppen von KollegInnen arbeiten, die im Zuge der Bildungsreform und Ausweitung des Bildungsbereichs in den siebziger Jahren eingestellt wurden und die die Verschlechterung der Standards in den letzten Jahren besonders schmerzlich zu spüren bekamen. Nicht zuletzt aus diesem Grunde gibt es in diesen Bereichen noch aktive GEW-Gruppen an den Schulen, die in der Lage sind, bei einem Streikaufruf zu mobilisieren. Dagegen wird die GEW an den Gymnasien zwar noch in den Personalrat gewählt, aber, was Aktive anlangt, zunehmend zu einer verschwindenden Größe.

Das kommt vor allem daher, dass in den letzten Jahren eine Art Gegenreform stattgefunden hat zuungunsten von Gesamtschulen und zugunsten von Gymnasien, die wieder mehr und mehr zu den Schulen gemacht und von den Eltern auch so gesehen werden, die die besseren Bildungs- und Aufstiegsmöglichkeiten bieten. Die GEW ist aber seit den sechziger Jahren vorwiegend eine »Gesamtschulgewerkschaft«, was von den GymnasialkollegInnen wohl auch so empfunden wird. Angesichts einer fehlenden Arbeiter- oder Gewerkschaftsbewegung nimmt das egoistische und bornierte Denken überhand; eine gesellschaftliche Reformperspektive gerät außer Sicht, es wird nur noch individuell das »Wohl des Kindes« gesehen, Schulformen werden nach ihrer Effizienz, das heißt nach ihren Kosten beurteilt – und so die Gesamtschulen und mit ihnen alles, was mal als Ausgleich für sozial Schwächere gedacht war, an den Rand gedrängt. Die GymnasialkollegInnen vollziehen diese Entwicklung nach, sie sehen zwar ihre Überlastung, aber auch, dass sie indirekt von der Entwicklung profitieren, was ihre Stellung in der Bildungslandschaft angeht.

Was die Grundschulen anlangt, so war dieser Bereich für die Gewerkschaft schon immer schwierig, aufgrund der hohen Anzahl teilzeitbeschäftigter Kolleginnen, die wegen ihrer Doppelbelastung für Gewerkschaftsarbeit schon immer schwer zu gewinnen waren, was sich in der letzten Zeit noch verstärkt hat angesichts der zunehmenden Arbeitsbelastung und des allgemeinen Trends zur Entsolidarisierung.

Neben diesen großen Trends gibt es noch andere Aspekte, die es zunehmend schwerer machen, mit der Masse der KollegInnen eine kämpferische Gewerkschaftsarbeit zu betreiben. Die wichtigsten Gründe sind Alter, Resignation und die krankheitsbedingte Frühpensionierung. Angesichts einer

Schulpolitik in Hamburg, deren Hauptlinie darin besteht, die Generation derjenigen, die in den siebziger Jahren in den Schuldienst getreten sind, bis zum bitteren Ende auszulutschen, das heißt mit Mehrarbeit und Verdichtung der Arbeit zu überziehen, bis sie (überwiegend in den nächsten zehn Jahren) in Pension gehen, haben viele resigniert, entwickeln ihre privaten Überlebensstrategien oder werden krank.

Und die Jungen, die in geringer Zahl eingestellt werden, sind nicht unbedingt vom selben Gewerkschaftsverständnis geprägt, wie es der ältere Teil mal war. Für sie ist vielfach der Beamtenstatus ein erstrebenswertes Privileg und die älteren KollegInnen stehen ihnen als unflexibles Karrierehindernis im Weg. Sie orientieren sich eher an aktuellen Managementkonzepten als an gewerkschaftlichem Denken.

So besteht in Hamburg eine Situation, dass die GEW sich zwar als Organisation noch ganz kämpferisch gibt, aber eigentlich nicht mehr die Basis hat, diese Linie auch praktisch umzusetzen. Dies führte in den letzten Jahren auch mehr und mehr dazu, dass die Messlatte für eine erfolgreiche Gewerkschaftsarbeit im Presseecho, in der Reaktion der Öffentlichkeit gesehen wird und weniger in der Resonanz in der eigenen Mitgliedschaft.

Der rotgrüne Senat reagiert mit »Recht und Ordnung«

Etwas vier Wochen vor dem Streiktermin flatterte der GEW eine erste Reaktion der von der sozialdemokratischen Senatorin Pape geführten Schulbehörde ins Haus: Sollte die GEW es nicht unterlassen, weiterhin zu einer Verletzung der Dienstpflicht aufzurufen, werde sie mit einem Zwangsgeld von 50.000DM belegt. Dieses Zwangsgeld wurde dann auch eine Woche später verhängt, zwei weitere Zwangsgelder in derselben Höhe folgten. Die GEW zahlte die erste »Rate«, gegen die beiden anderen legte sie Widerspruch ein.

Die Argumentation der GEW, warum das Zwangsgeld gezahlt wurde, ist rein juristisch: Da nach der Rechtsprechung ein Beamtenstreik verboten ist, wollte man es nicht zu einem Gerichtsverfahren kommen lassen, um nicht gerichtlich ein Streikverbot zu kassieren. In dieser Auffassung wurde sie von der GEW-Bund und vom DGB bestärkt. So konnte also die Behörde nach dem »Gesetz für öffentliche Sicherheit und Ordnung« (SOG), das noch aus Kaisers Zeiten stammt und mit dem die SPD in grauer Vorzeit selbst einmal verfolgt wurde, die gewerkschaftlichen Aktivitäten der GEW munter bestrafen. Eine politische Reaktion erfolgte nicht, weder von der GEW selbst, noch vom Hamburger DGB-Vorsitzenden Pumm, selbst SPD-Mitglied in der Bürgerschaft, noch von der durch und durch SPD-geführten ÖTV, dem »Bündnispartner« der GEW, noch von den Grünen. Alle schluckten diese Zwangsgeldpolitik als selbstverständlich, als sei es völlig normal, dass sich in Hamburg ein SPD-geführter Senat den Pfeffersäcken als besonders stramm und verlässlich präsentiert.

Von der Substanz leben

Im Unterschied zu anderen Bereichen der Wirtschaft, in der ältere KollegInnen mit Vorruhestand und Frühverrentung entlassen und die entsprechenden Kosten dafür der Allgemeinheit, also der Arbeitslosen- und Rentenversicherung aufgebürdet werden (was unter anderem zu deren Krise geführt hat), geht es im Lehrerbereich genau umgekehrt vor sich: Die Älteren werden bis zum letzten Tag ausgelutscht, die Jungen bleiben draußen. Der Grund: Es gibt hier nicht die

Möglichkeit, Entlassungen auf andere, öffentliche Kassen abzuwälzen, die Kosten für den aktiven wie für den pensionierten Kollegen trägt immer die Stadt Hamburg. Zwar ist die Schulbehörde eifriger Partner bei der krankheitsbedingten Frühpensionierung, weil sie dadurch Geld spart, da eine andere Behörde die Pensionskosten zu finanzieren hat, unter dem Strich bleiben aber die Kosten doch an Hamburg hängen. So treibt der Sparzwang, hervorgerufen durch die öffentlichen Schulden, die Stadt zu einer Politik, die man betriebswirtschaftlich als »von der Substanz leben« bezeichnet, sowohl was den Erhalt der Gebäude als auch was das Personal an den Schulen betrifft: Eine Erneuerung findet nicht statt. Und was in ein paar Jahren passiert, wenn ein Großteil der jetzt noch aktiv Tätigen die Altersgrenze erreichen wird und der Nachwuchs fehlen wird, weil an den Unis immer weniger Lehramt studieren, weiß niemand, und es interessiert auch nicht. Das berufliche Schulwesen zum Beispiel wird u.a. deswegen systematisch an die Wand gefahren, möglicherweise eine schleichende Vorbereitung der Privatisierung des ganzen Bereichs.

Der Streik und die Kundgebung der 1500 am 6. Juli war noch mal ein Versuch der älteren Lehrergeneration, Widerstand zu leisten gegen die oben geschilderte Entwicklung. Ob wir danach noch einmal zu einer größeren Aktion in der Lage sein werden, ist wohl eher zu bezweifeln. B.E., 20.8.2000 ■

■ GESAMTSCHULEN BREMEN

Proteste der Bremer Gesamtschulen

Überall im Bundesgebiet kommt es immer wieder zu Protesten gegen die Sparmaßnahmen im Bildungsbereich, zuletzt in Berlin, in Hamburg, im Saarland gegen die Verschlechterungen an den Gesamtschulen. Auch in Bremen gibt es keine Ruhe an den Schulen.

Kaum waren in Bremen die Proteste der Eltern an den Vollen Halbtagschulen dagegen abgeklungen, die Vorteile dieser Grundschulform abzuschaffen, da teilte die Schulbehörde den Gesamtschulen mit, dass die neuen 5. Klassen der Gesamtschulen eine »Überlast« von zehn Prozent aufnehmen müssten. Das war noch vor den Osterferien. Auf Druck der CDU legte die große Koalition im kleinsten Bundesland im Mai gleich noch einmal nach: Die Schülerzahlen pro Klasse sollen nicht um zehn Prozent, sondern um 20 Prozent erhöht werden.

Die SPD im Schlepptau der CDU

CDU-Senator Perschau bezeichnete die Gesamtschulen öffentlich als »sozialistische Nivellierungssysteme«, die Junge Union nannte sie zu teuer, »veraltet, naiv und pädagogisch höchst zweifelhaft« und forderte »weg mit den Gesamtschulen«, der CDU-Fraktionschef Eckhoff freute sich, dass es nun »keine isolierte Bevorzugung einer bestimmten Schulform mehr« gebe. Und die SPD? Sie ließ ihre eigenen Reformen fallen. Die SPD-Fraktion trug den gemeinsamen Beschluss der Koalitionsfraktionen mit, die »Gesamtschulen an die üblichen Standards heran zu führen«. SPD-Bildungssenator Lemke im Lokalfernsehen: »Wir müssen die Schülerfrequenzen den anderen Bundesländern angleichen«. Er verwies auf Schülerfrequenzen in NRW (die jedoch mit dem Kleinklassenmodell in Bremen nicht zu vergleichen sind),



versuchte die Gesamtschulleiter hinsichtlich ihres PISA-Boykotts unter Druck zu setzen und die gemeinsame Front der Gesamtschulen aufzubrechen: »Ich stelle mich vor die Gesamtschulen, um den Beschluss dort zu verhindern, wo es räumlich nicht möglich ist.« Während die Sozialdemokraten in Senat und Bürgerschaft die Standards an den Schulen verschlechtern, stellen sich die Sozialdemokraten in den Stadtteilen verbal hinter »ihre« Gesamtschule. Doch sind sie zur Verteidigung ihres eigenen Reformkinds nicht in der Lage. Die CDU bestimmt die Richtung, die auch SPD-Senator Lemcke hinaus posant: Mehr Leistung von Schülern und Lehrern. Und deshalb setzt die CDU in Bremen das von der SPD abgeschaffte durchgängige Gymnasium wieder durch. Gesamtschulen werden als nicht zeitgemäße Kuschecken diffamiert. Die im Bund regierende SPD, die im Konkurrenzkampf des Kapitalismus die Zukunft der Gesellschaft sieht, kann in den Kommunen das solidarische Lernen in Gesamtschulen nicht mehr verteidigen. Wer auf Konkurrenz setzt, gibt die Solidarität auf. Die SPD öffnet der verschärften Auslese in den Schulen die Tore.

Die Entwicklung bei den Lehrern und in der GEW

Die Proteste der Vollen Halbtagschulen hatten gezeigt, wie Sozialdemokraten Lehrer und Eltern auseinander dividieren können. Senator und SPD-Fraktion hatten den Abbau der Vollen Halbtagschule mit der Herstellung von Gleichheit und Gerechtigkeit für alle Grundschüler begründet.¹⁾ Die (Un)Verlässliche Grundschule sollte gerechter sein. So konnten sie den Kampf der Eltern und Lehrerinnen der Vollen

1) »Gleiche Betreuung für alle Grundschüler«, »von 8 bis 13 Uhr für alle« propagierte der Senator. Diese »Verlässliche Grundschule« soll unabhängig vom Unterricht eine Betreuung von 8 bis 13 Uhr als Angebot bei Bedarf garantieren. Abgeschafft wird die Volle Halbtagschule mit ihrer zeitlichen und pädagogischen Verlässlichkeit, besonders in sozialen Brennpunkten. 35 bis 40 Prozent der Grundschüler waren bis dahin in Vollen Halbtagschulen gut versorgt.

Die Volle Halbtagschule war besser mit Lehrerinnen ausgestattet als die anderen Grundschulen. Hier setzte die Spaltungspolitik der Sozialdemokraten an. Da die Sparpolitik des Senats einen ständigen Abbau der Lehrstellen vorsieht (in dieser Legislaturperiode 480 Stellen), schien es für die Eltern und Lehrerinnen der normalen Grundschulen illusorisch, der Losung der GEW, »Volle Halbtagschule für alle« zu folgen.

»Verlässlichen Grundschule« : Die »Verlässliche Grundschule« wird ohne ein pädagogisches Konzept eingeführt. Die zusätzliche »Betreuung« kommt nur einem Teil der Kinder zugute. Die Kinder werden in der Betreuungszeit in neuen Gruppen zusammengesetzt. Sie werden durch unterrichtsfremde Personen betreut, deren Qualifikation unklar ist, die in ungesicherten Beschäftigungsverhältnissen stehen.

Halbtags(grund)schule als Kampf für Sonderinteressen diskreditieren. Die GEW hatte zwar versucht, mit der Losung »die Volle Halbtagschule für alle« die Widersprüche unter den GrundschullehrerInnen und unter den Eltern zu überbrücken, die aktiven Eltern und die LehrerInnen der Vollen Halbtagschulen blieben isoliert. Im Kampf um die Erhaltung wertvoller pädagogischer Ansätze war nicht erkannt worden, dass scheinbar ein Bereich nach dem anderen von Sparmaßnahmen getroffen wird, dass es daher um den Kampf gegen die Sparpolitik des Senats geht.

Der sofortige Alarm aus den Gesamtschulen veranlasste die GEW, in den Medien darauf hinzuweisen, dass die Gesamtschule nicht zu teuer ist, dass 20 Schüler pro Klasse dort nur möglich sind, weil die mehrfach in der Woche vorgesehenen Halbgruppenstunden zugunsten kleinerer Klassen aufgegeben worden waren. Außerdem ließen die Räume höhere Schülerzahlen nicht zu und die pädagogische Arbeit an den Gesamtschulen könne mit höheren Klassenfrequenzen nicht weitergeführt werden. Anders als beim Kampf der Vollen Halbtagschulen informierte die GEW auch umgehend die Kollegien aller Schulen, erläuterte die niedrigen Klassenfrequenzen und rief zur Solidarität auf.

Die positiven Erfahrungen aus der Mobilisierung der KollegInnen der Vollen Halbtagschulen bewogen den Personalrat, auch die Gesamtschullehrer zu einer Teilpersonalversammlung einzuladen. Erst hier haben sicherlich viele Kollegen eine umfassende Information erhalten. Sie erhielten die Gewissheit, mit ihrer Schule nicht alleine zu sein. Hier konnte man sich austauschen über mögliche Protestmaßnahmen. Die laue Haltung von zwei Schulleitern, doch auf die Einsicht der politisch Verantwortlichen zu vertrauen, wurde

Gesamtschule

Auch in Bremen gibt es verschiedenartige Gesamtschulen. Zwei der sieben stadtbremischen Gesamtschulen sind Ganztagschulen. In einigen Gesamtschulen wird das Kleinklassenmodell durchgeführt. Wo in anderen Sek.-I-Schulen die Klassen zum Beispiel im Werk- und Textilunterricht geteilt werden, bleiben sie hier zusammen. Dafür ist die Schülerzahl in den Klassen niedriger. Die Klassenfrequenzen in den Integrierten Stadtteilschulen (IS) sind schon von 16 über 18 auf 20 hoch gesetzt worden. Nur bis zu diesen Zahlen wird von den Lehrern ein gemeinsamer Unterricht von Haupt-, Real-, und Gymnasialschülern als machbar angesehen: Die Lehrer führen dabei eine Binnendifferenzierung durch, bei der in einer Klasse verschiedene Leistungsansprüche gestellt werden, E- und G-Kurse. Es bleibt kein Schüler sitzen. Aber zu einem Abschluss müssen auch entsprechende Leistungen gebracht werden. Die Integration von Schülern mit Haupt-, Real- und Gymnasialniveau hat dazu geführt, dass es zu keiner Ausgrenzung von schwachen Schülern kommt, solidarisches Lernen steht im Mittelpunkt. Schwache Schüler sagen nicht mehr: »Wir sind doof, wir können so wie so nichts.« Aggression und Zerstörung haben an den integrierten Schulen abgenommen.



zurückgewiesen. Beteiligten sich auch nur wenige Lehrer an der Diskussion, so war doch der großen Mehrheit der Anwesenden klar, dass man dem Abwiegen der Regierenden nicht vertrauen kann, dass man selber etwas tun muss. Klar war auch, dass ohne die Unterstützung der Elternschaft nichts läuft. Brauchen die Gesamtschulen nicht noch weitere Unterstützung? Wie kann man den anderen Lehrern deutlich machen, dass es nicht um den Erhalt von »Sonderinteressen« der Gesamtschulen (niedrige Klassenfrequenz), sondern um den Kampf gegen die Sparpolitik des Senats, die alle trifft, geht? Denn welcher Bereich ist der nächste, an dem gespart wird? Wie kann man darüber hinaus die Problematik in der Öffentlichkeit verständlich machen? Kann man die gesellschaftliche Bedeutung des gemeinsamen Unterrichts von Haupt-, Real- und Gymnasialschülern öffentlich deutlich machen? Kann man die Unterstützung der anderen Gewerkschaften gewinnen? Interessiert sich überhaupt jemand außerhalb der Schulen für den Bildungsbereich?

Die Teilpersonalversammlung forderte die Koalition auf, die Frequenzerhöhungen zurückzunehmen und beschloss die Demonstrationen zu unterstützen. In seiner Information an alle Schulen schrieb der Personalrat: Dieser Beschluss »zielt auf ein breites öffentliches Bündnis gegen die Sparpolitik, die sich nicht nur auf die Gesamtschulen beschränken wird, sondern alle Schularten treffen wird.« ... »Wir fordern die anderen Schulen auf, die Demonstration am 6.6. zu unterstützen.« Das Kollegium des Schulzentrums Drebberstraße beschloss daraufhin eine Solidaritätserklärung für die Gesamtschulen.

Protestaktionen

Ein Schulleiter wandte sich umgehend mit einem Protestschreiben an die Schulbehörde und wies darauf hin, dass allein die vorhandenen Fachräume eine Erhöhung der Klassenfrequenzen nicht zuließen. Bei den wenigen aktiven Kollegen der GEW-Fachgruppe Gesamtschulen gab es nur eine Meinung: Die Erhöhung der Klassenfrequenzen trifft den Nerv der pädagogischen Arbeit in den Bremer Gesamtschu-

len, das kann nicht einfach hingenommen werden. So wurde trotz der in der Lehrerschaft vorherrschenden großen Frustration und Resignation (1997 konnten die Lehrerinnen und Lehrer auch mit einem eintägigen Proteststreik die Erhöhung ihrer Pflichtstundenzahl um zwei Stunden nicht abwehren) Protest organisiert. Die Leitung der Gesamtschule Mitte weigerte sich, die Erhöhung der Klassenfrequenzen praktisch umzusetzen. Die Eltern der IS Leibnizplatz beschlossen den Boykott des PISA-Testes,²⁾ Schüler der Gesamtschule Bremen Ost realisierten medienwirksam den Boykott sofort. Die IS Hermannsburg ging mit ihrem Protest ebenso medienwirksam in die Öffentlichkeit ihres Stadtteils, veranstaltete mit Plakaten und Transparenten Protestunterricht am anderen Ort. Elternbeiräte wandten sich in Protestschreiben an den Senat und organisierten eine gemeinsame Protestdemonstration und -kundgebung der Bremer Gesamtschulen in der Innenstadt.

An der Demonstration und Kundgebung am 6. Juni 2000 beteiligten sich in erster Linie die Schüler und Lehrer. Elternvertreter protestierten in Redebeiträgen gegen die negativen Folgen der Senatspolitik für die Lernmöglichkeiten der Kinder. Die Sprecherin der Gesamtschülervertretung prangerte an, dass die CDU nur die Eliteschule mit dem Abitur nach zwölf Schuljahren will. Die GEW-Sprecherin wies darauf hin, dass in einem Schulbereich nach dem anderen gespart werde, der Widerstand deshalb alle etwas angehe. Besondere Medienbeachtung fand eine Sängerin der Gruppe »Mr. President«, ehemalige Gesamtschülerin. Weniger beachtet, aber um so wichtiger war die Rede des Vertrauenskörperleiters der Stahlwerke Bremen, der darauf hinwies, dass die Gesamtschulen einmal gegründet worden waren, damit auch Arbeiterkinder Abitur machen können.

Wie kam es zu dieser Rede? Nachdem sich zunächst einzelne Eltern an ihre Gewerkschaft bzw. an ihren Vertrauenskörper (VK) im Betrieb gewandt hatten, suchte der Elternbeirat einer Gesamtschule die Unterstützung der Einzelgewerkschaften und der Betriebsräte der Bremer Großbetriebe. (Daraufhin schrieb auch die GEW die Einzelgewerkschaften an.) In der Bremer Tageszeitung erschien daraufhin eine Solidaritätserklärung der VK-Leitung der Stahlwerke Bremen und der VK-Leiter sprach auf der Kundgebung. Nach den Protestaktionen der Gesamtschulen sprach eine Elternsprecherin auf der VK-Sitzung der Stahlwerke Bremen, türkische Vertrauensleute wiesen auf den Abbau der Förderung von

2) PISA ist ein von der OECD geplantes Projekt, an dem zirka 30 Staaten beteiligt sind. Es umfasst eine Erhebung an 15jährigen Schülerinnen und Schülern zur Überprüfung zunächst schwerpunktmäßig des Leseverständnisses. Weitere Erhebungen in anderen Bereichen werden in den nächsten Jahren folgen. Senator Lemke hat als Präsident der Kultusministerkonferenz ein Interesse daran, dass in Bremen alles klappt. Sein Prestige hängt daran.

Solidaritätserklärung für die Gesamtschulen Bremens

Kinder von Kollegen unseres Betriebes besuchen auch Gesamtschulen. Wir sehen uns deshalb in Verantwortung dieser Kollegen. Gesamtschulen legen großen Wert auf solidarisches Lernen, z.B. in Gruppenarbeit. Schüler mit gymnasialem, Realschul- und Hauptschulniveau werden gemeinsam in einem Klassenverband unterrichtet. Bei dieser Integration findet also keine Ausgrenzung statt, das Miteinander wird praktisch gefördert. Während die Regierenden darüber lamentieren, dass sich unter der Jugend Gewalt verbreitet, arbeiten die Gesamtschulen mit ihrer integrativen Pädagogik praktisch dagegen: gegen das Ellenbogendenken.

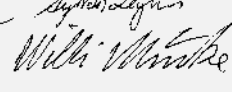
Durch die Arbeitslosigkeit sehen viele ihre Mitmenschen als Konkurrenten. Der Einfluss von Rechtsradikalen kann auf diesem Boden wachsen. Als Gewerkschafter wissen wir jedoch, dass die Zukunft nur in der Solidarität, besonders unter den arbeitenden Menschen, liegen kann. Wenn also diese Schularzt kaputt gespart wird, indem die Schülerzahlen pro Klasse auf über 20 erhöht werden, so wird auch ein wertvoller pädagogischer Ansatz zum solidarischen Zusammenleben zerstört.

Es ist für uns nicht nachvollziehbar, dass die SPD dem Ziel der CDU, die Gesamtschulpädagogik unmöglich zu machen, nichts entgegen zu setzen hat. Die SPD gibt sich selber auf!

Der Kampf der Gesamtschulen (wie auch der anderen Schulen) um den Erhalt ihrer pädagogischen Arbeit und die Kundgebung am 6. Juni auf dem Marktplatz hat unsere volle Unterstützung.

Vertrauenskörperteilung
IG Metall Stahlwerke Bremen

Bernd Schulz



Ausländerkindern hin. In der Vertrauensleutezeitung der Stahlwerker wurde aufgerufen, Elternsprecher zu werden.

Auch eine Solidaritätserklärung des DGB wurde verlesen. Doch was ist sie wert, wenn die DGB-Kreisvorsitzende Ziegert (selber ehemalige Gesamtschullehrerin) als SPD-Bürgerschaftsabgeordnete die Koalitionsentscheidungen mitträgt?

Die Abwehrkämpfe an den Schulen haben Reaktionen in der Bremer IG Metall gehabt. Die Delegiertenversammlung im März beschloss einen Antrag der Bunge-Kollegen: Die IGM fordert den DGB auf, gegen die Bildungspolitik des Bremer Senats Stellung zu beziehen und die Mitglieder zur Beteiligung an geeigneten Aktionen aufzurufen. Auf der Ortsverwaltungssitzung am 3.7.2000 wurde die mangelnde Umsetzung dieses Beschlusses kritisiert.

Am Schluss des Schuljahres 1999/2000 sahen die Elternsprecher der Gesamtschulen keine andere Möglichkeit, als das Gewerbeaufsichtsamt einzuschalten, weil ein sicherer Unterricht in den Werkräumen nicht mehr gewährleistet ist. Die Kosten der Überprüfung muss die Schule selber aufbringen.

Eine wertvolle Erfahrung

Lange Zeit ist der Sozialabbau ohne großen Widerstand hingenommen worden. Die Propaganda der Regierenden im Interesse des Kapitals konnte durchschlagen: »Es geht wohl nicht anders, wir müssen wohl sparen.« Indem immer in Teilbereichen gekürzt wurde, konnte von Lohnabhängigen das übergreifende Klasseninteresse kaum erkannt werden.

Wenn es nun, wie im Schulbereich, an die Substanz geht, und sich trotz schlechter Kampfbedingungen Protest entwickelt, müssen wir untersuchen, wie die Ansätze von Gegenwehr weiterentwickelt werden können. In Berlin, im Saarland wie in Bremen wurde von Eltern erkannt, dass es nicht nur um die Verschlechterung der Arbeitsbedingungen für Lehrerinnen und Lehrer ging, sondern um die Lernbedingungen ihrer Kinder. Die Gesamtschulproteste in Bremen zeigen, dass es möglich ist, zu gewerkschaftlich organisierten Eltern Kontakt aufzunehmen und die Bildungsdiskussion zu verbreitern, indem die Gewerkschafter in ihren eigenen

Organisationen das Bildungsproblem ansprechen. Wird in der GEW und anderen Einzelgewerkschaften gemeinsam die Bildung thematisiert, kann vom Interesse der Lohnabhängigen her wieder gefragt werden: »Welche Bildung, für wen, wozu?« Die Erfahrung in Bremen zeigt im Ansatz, wie die Isolation der Lehrer durchbrochen und der Widerstand gegen die Verschlechterung der Lehr- und Lernbedingungen verbreitert werden kann. H.P., 8.8.2000 ■

■ SOLIDARITÄT MIT »TAILOR STEEL« BREMEN

Stahlwerke Bremen üben Solidarität mit den Kollegen des ausgegliederten Betriebes »Tailor Steel«

In der globalisierten Wirtschaft gehört das Ausgliedern von Unternehmensteilen zum Standardrepertoire der Geschäftsführungen. Es dient dazu, Tarife zu unterlaufen, ein Konkurrenzklima zwischen KollegInnen zu erzeugen, Risiken und sonstige Kosten zu senken oder schlicht Gewinne zwischen Gesellschaften zu verschieben. So auch bei den »Stahlwerke Bremen«, die zum Arbed-Konzern gehören. Diese haben, wie alle großen Stahlerzeuger, die Produktion leichterer Stahlbleche für Autos aufgenommen. Diese Produktion wurde technisch ermöglicht durch die Verwendung einer neuartigen Füge-technik, die mit Geldern der europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl (EGKS, einer der grundlegenden Verträge der EU), also mit öffentlichen Mitteln entwickelt wurde. Ebenfalls wie alle großen Stahlerzeuger betreiben die »Stahlwerke Bremen« die neue Produktion nicht unter eigener Leitung, sondern gründeten hierzu eine eigene Gesellschaft, die »Tailor Steel«.

Diese »Tailor Steel«, die zu 60 Prozent im Besitz der (Arbed-Tochter) Sidmar und zu 40 Prozent der (Sidmar-Tochter) Stahlwerke Bremen ist, arbeitet seit Anfang 1999. Bis jetzt existiert hier weder ein Betriebsrat noch gilt ein Tarifvertrag. Die Löhne liegen um etwa 5,- DM/Std. niedriger als der Stahltarif (bei Einbeziehung der längeren Arbeitszeit). Bereits im Sommer 1999 hatte der Betriebsratsvorsitzende der Stahlwerke mit dem (Hütten-) Vorstand und dem Tailor-Steel-Geschäftsführer über die Einführung des Stahltarifvertrages dort gesprochen. Beide hatten sich für unzuständig erklärt, und die Sache wurde zunächst nicht weiter verfolgt. Die unmittelbare Brisanz solcher gespaltenen Arbeitsverhältnisse wurde aber schon wenig später deutlich: Der Chef von Thyssen-Fügetechnik versuchte, dort die 40-Stunden-Woche einzuführen. Als Begründung musste die Konkurrenzsituation zu Bremen herhalten.

Die Belegschaft der Fügetechnik bei Thyssen erfuhr innerhalb desselben Konzerns nur wenig Solidarität gegenüber diesem Angriff. Deshalb suchte sie sie innerhalb der Branche. Der Betriebsratsvorsitzende wandte sich also an die IGM Bremen. Diese und der Betriebsratsvorsitzende der Stahlwerke Bremen nahmen sich des Themas an: Zunächst wurde eine Bestandsaufnahme in der Fügetechnik-Branche gemacht. Es stellte sich heraus, dass außer bei »Tailor Steel« in allen neugegründeten Fügetechnikfirmen der Stahltarifvertrag gilt. Bei »Tailor Steel« gilt überhaupt kein Tarif und Thyssen versucht, mit seiner Fügetechnik in den Tarif der Metallverarbeitung zu kommen, was eine schlechtere Schichtenregelung (bei Bezahlung und Pausen) zur Folge

hätte. Es zeigte sich also, dass die Tarif»freiheit« der mit 45 Leuten relativ kleinen Bude »Tailor Steel« landesweit die Arbeitsbedingungen zunächst in dem gesamten Teilbereich Füge-technik bedroht. Es lässt sich denken, wie die Stahlkonzerne in anderen Teilbereichen vorgehen werden, wenn die Auflösung des Tarifgefüges in der Füge-technik gelingen sollte.

Solidarität der Stahlwerkerkollegen wurde organisiert

Es gelang, zu einigen Kollegen von »Tailor Steel« Kontakt zu bekommen. Sie hatten zunächst Bedenken, über ihre Löhne/Gehälter zu reden, weil ein entsprechender Passus in ihren Arbeitsverträgen das verbot. Dass solche Klauseln rechtswidrig und damit unwirksam sind, wussten sie nicht. In dem Gespräch stellten sie erstmals fest, dass sie unterschiedlich entlohnt werden. So wurde die Bedeutung von Tarifverträgen unmittelbar deutlich. Es stand nun die Frage, wie die Einbeziehung in den Stahltarif durchzusetzen wäre, ohne diese Kollegen zu gefährden. Ein Erzwingungsstreik der nur 45 Beschäftigten von »Tailor Steel« selbst wurde für unrealistisch gehalten. Stattdessen wurde die Angelegenheit zur Sache aller Gewerkschafter der Stahlwerke gemacht. Die KollegInnen von »Tailor Steel« sollten so weit wie möglich einbezogen werden. Deshalb wurde ein von Vertrauensleuten erstelltes Informationsflugblatt an sie verteilt.

Von der Vertrauenskörperleitung der Stahlwerke wurde über die »VKL-Informationen« die eigene Belegschaft informiert. Darüber hinaus wurde auf den Betriebsversammlungen vom 14. März 2000 das Thema angesprochen und informiert. Deren Reaktion war ganz überwiegend positiv. Die Tatsache, dass »Tailor Steel« sowohl wirtschaftlich (die gleichen Eigentümer wie die Stahlwerke) als auch technisch (die Firma liegt auf dem Hüttengelände und ist mit deren Produktionsabläufen verkoppelt) mit den Stahlwerken verflochten ist, erwies sich als schlagendes Argument für die Forderung nach gleichen Löhnen. Die Unterscheidung wurde als Ungerechtigkeit und als Bedrohung der eigenen sozialen Situation (*»heute die, morgen wir«*) wahrgenommen. Auf den Betriebsversammlungen wurde dazu aufgerufen, am 16. März die KollegInnen von »Tailor Steel« zu besuchen und sie über ihre Rechte zu informieren.

An der Aktion selbst nahmen dann zirka 70 KollegInnen der Stahlwerke teil. Der Geschäftsführer von »Tailor Steel« drohte den Stahlwerkern mit Polizei, wenn sie das Firmengelände nicht verlassen würden. Er musste sich allerdings belehren lassen, dass diese allesamt als Gewerkschaftsbeauftragte unterwegs waren und somit ein Zutrittsrecht zum Betrieb hatten. Schließlich fand ein Gespräch zwischen Tailor-Steel-Geschäftsführer, IGM-Bevollmächtigtem und Stahlwerke-Vertrauenskörperleiter statt. Der erboste Geschäftsleiter wollte nunmehr mit einem noch zu bildenden Betriebsrat über Tarife reden. Als ihm klargemacht wurde, dass nur die



Gewerkschaft einen Tarif abschließen kann, verwies er darauf, dass die Entscheidung in Belgien bei Sidmar fallen würde. Von dort wurde schließlich der Abschluss eines Tarifvertrages oder Beitritt zu einem tarifgebundenen Arbeitgeberverband abgelehnt.

»Tailor Steel« versucht sich herauszuwinden

Dass die Tarifsituation in der Firma dann auf breiterer Basis diskutiert wurde, scheint bei »Tailor Steel« doch für erhebliche Unruhe gesorgt zu haben: Eine Woche nach der Aktion fand eine »Mitarbeiterversammlung« statt. Ein Gewerkschaftsvertreter war selbstverständlich nicht eingeladen. Die Geschäftsführung schürte Ängste und verbreitete falsche Informationen (bei Anwendung des Stahltarifes würden die KollegInnen wegen der kürzeren Arbeitszeit angeblich weniger verdienen). Dann ließ sie über die Einrichtung eines Betriebsrates einerseits und alternativ über den Beitritt zum Stahltarif, Abschluss eines Haustarifes oder Beibehalten des alten Zustandes abstimmen.

Am nächsten Morgen besuchten wieder zirka 20 Stahlwerker die KollegInnen von »Tailor Steel«. Sie stellten die falschen Informationen richtig und diskutierten mit den KollegInnen. Von diesen hatten jedoch viele schon ihren Stimmzettel abgegeben. Das Ergebnis der Abstimmung:

Einrichtung eines Betriebsrates: 30 ja, 1 nein

Tarifvertrag:

- ◆ Haustarif: 29 Stimmen;
- ◆ Stahltarif: 2 Stimmen;
- ◆ kein Tarif: 1 Stimme.

Es zeigt sich also, dass die KollegInnen trotz gezielter Fehlinformationen auf jeden Fall erkannt haben, dass ein gemeinsam ausgehandelter Tarif ihre Position verbessert. Das gegenseitige Verheimlichen des eigenen Lohnes ist damit wohl zumindest auf betrieblicher Ebene der Vorstellung einer als »gerecht« empfundenen Lohnstruktur gewichen. Damit ist auch der erste Schritt zur Überwindung der Vereinzelung im Betrieb gelungen.

Gleichzeitig dürfte das Abstimmungsergebnis aber auch der Geschäftsleitung als kleinstes Übel gelegen kommen. Denn nachdem der tariflose Zustand für erheblichen Wirbel gesorgt hatte, konnte sie realistischerweise nicht mehr damit rechnen, diesen so aufrechterhalten zu können. So könnte sie das, was Thyssen jetzt mühsam durchzusetzen versucht, als

enormes Zugeständnis verkaufen. Sie hätte dann einen maßgeschneiderten Tarif, ausgehandelt vor dem Hintergrund einer kleinen, kampfunerfahrenen Belegschaft, und endlich wieder Ruhe im Laden.

Ob diese Rechnung so aufgeht, bleibt allerdings abzuwarten. Der IGM-Bevollmächtigte Reinken zumindest hat angekündigt, die 40-Stunden-Woche auf keinen Fall weiter zu akzeptieren. Diese war immerhin der Kernpunkt des Streites bei Thyssen, der die Aktion in Bremen ausgelöst hatte. Der Kollege Reinken wird sich eines Tages an seinen Äußerungen messen lassen müssen.

Die Belegschaft könnte wohl fast jeden halbwegs akzeptablen Haustarif als Fortschritt empfinden. Wird doch der bisherige ungesicherte Zustand durch einen kalkulierbaren, zudem verbesserten (wenn auch unterhalb des Stahltarifs liegenden) ersetzt. Aus der Sicht aller anderen Stahlwerker wäre ein solches Ergebnis allerdings nicht akzeptabel. Mit dem Einbruch in das Tarifsysteem kommen über kurz oder lang alle bestehenden Tarife ins Schwimmen, gleichzeitig wird die Durchsetzung von Tarifen in ausgliederten Firmen wie »Tailor Steel« immer schwerer. Dies gilt umso mehr, wenn die Betriebe nicht nur formal wie bei »Tailor Steel« (die Ausgründung bleibt im Besitz der Muttergesellschaft oder deren GesellschafterInnen bzw. Tochterunternehmen), sondern wirtschaftlich betrachtet auch tatsächlich ausgliedert wurden (zum Beispiel management-buyout, Neugründungen oder Übernahme durch Fachbetriebe, Belegschaftsbetriebe o.ä.). Es liegt im eigenen Interesse der Stahlwerker ebenso wie letztlich im Interesse der KollegInnen von »Tailor Steel«, weiterhin miteinander in der Diskussion zu bleiben, das gemeinsame Interesse herauszustellen und dafür zu kämpfen. Dabei müssen möglicherweise die eingefahrenen Kampfformen neu überdacht und gegebenenfalls an die geänderten Bedingungen angepasst werden.

Strukturell ähnlich, wenn auch schon viel weiter entwickelt, ist das System der Ausgliederung und des Einsatzes von Billigarbeitskräften in der Seefahrt: Die Reedereien lassen ihre Schiffe unter sogenannten Billigflaggen fahren und erreichen damit nicht nur die Gültigkeit anderer Tarife, sondern gleich die der ganzen Rechtsordnung der Billigflaggenstaaten. Gleichzeitig werden diese Schiffe mit Arbeitskräften aus Billiglohngebieten bemannt. In Tarifkonflikten gegen diese Billigflaggenschiffe wird schon seit einigen Jahren mit wachsendem Erfolg der arbeitsrechtliche Boykott als Aktionsform angewandt. Dabei verweigern u.a. Hafentarbeiter weltweit die Be- und Entladung von Schiffen im Arbeitskampf, um Schiffsbesatzungen zu unterstützen und gleichzeitig das eigene Tarifsysteem zu verteidigen. Die Stahlwerker könnten die hier gemachten Erfahrungen für sich nutzen. Denkbar wäre der Boykott aller Arbeiten für »Tailor Steel« durch StahlwerkerkollegInnen, um den Betrieb so effektiv lahmzulegen.

Die Bremer IG Metall hat jetzt Betriebsratswahlen eingeleitet und tritt anschließend in Verhandlungen zu einem Haustarif ein. Dieser soll die Schritte beinhalten, wie »Tailor Steel« an den Stahltarif angepasst wird. Es bleibt zu hoffen, dass dieses Beispiel von überbetrieblicher Solidarität erfolgreich weitergeht und Schule macht. M.B., 8.8.2000 ■

■ IG BCE KÖLN

Tarifabschluss in der chemischen Industrie

Für alle etwas, für die meisten nicht genug!

Obwohl der laufende Tarifvertrag, je nach Tarifbezirk erst zwischen Ende Mai, Juni und Juli auslief, begannen die offiziellen Verhandlungen bereits im Februar.

Schon eine Woche vor dem Tarifabschluss meldete die Presse, dass eine weitgehende Einigung der Tarifvertragsparteien in der chemischen Industrie erfolgt sei und der Abschluss bevorstehe. So ruhig verliefen die Tarifverhandlungen den letzten Jahren selbst in der chemischen Industrie nicht immer. Es gab wenigsten den Versuch, in den Großbetrieben ein kleine Kundgebung auf die Beine zu bekommen.

Im Dezember gab es die ersten Gespräche zwischen den Arbeitgebern und der IG BCE über einen ganzen Katalog von geplanten Strukturveränderungen. Frühzeitig war es klar, dass es sich nicht um eine reine Lohnrunde handeln würde. Für die IG BCE stand im Vordergrund:

- ◆ die Umsetzung der neuen gesetzlichen Altersteilzeit,
- ◆ rentenpolitische Aspekte,
- ◆ Umwandlung der Entgeltgarantie, da sie laut IG BCE nicht mehr zeitgemäß ist. Die Entgeltgarantie ist ein tarifaffiger Lohnbestandteil oberhalb des Tariflohnes. Er ist bei der bundesweiten Einführung des Entgelttaifvertages entstanden.
- ◆ zusätzliche Entgeltgruppen, um eine bessere Durchlässigkeit für gewerbliche Arbeitnehmer zu erreichen – eine im unteren Entgeltbereich und eine 13. für Angestellte
- ◆ eine Öffnungsklausel für die Dienstleistungsbereiche
- ◆ Veränderungen der Richtbeispiele für die einzelnen Entgeltgruppen
- ◆ Veränderungen bei den Erschwerniszulagen, Vorarbeiterzulagen, Waschzeiten.

Noch vor der tarifpolitischen Erklärung vom 15.2.2000 sprach sich IG-BCE-Vorsitzender Schmoldt dafür aus, dass es keine Empfehlung für eine prozentuale Lohnforderung geben solle. Entsprechend ging der IG BCE-Vorstand ohne konkrete Lohnforderung in die Verhandlungen. Das Ziel war eine Erhöhung der Löhne oberhalb der Preissteigerungsrate, das Gesamtpaket sollte der Produktivitätssteigerung der chemischen Industrie (4,8 Prozent) entsprechen.

Der Vorsitzende Schmoldt hatte die Absicht, die Tarifrunde vor der IG Metall abzuschließen. Die IG BCE sollte die Eckpfeiler für die diesjährige Tarifrunde setzen und ihr Ergebnis nicht am Metallabschluss orientieren. Zum ersten Mal in der Geschichte der Tarifpolitik hat die IG BCE den Vorreiter in der Tarifrunde gespielt. Ihr politisches Ziel war es, das Bündnis für Arbeit umzusetzen.

Entgelt

Das Ergebnis der Tarifrunde entspricht den Vorgaben aus dem »Bündnis für Arbeit«. Mit einer Lohnerhöhung von 2,2 Prozent (ab 1.6.2000 mit einer Laufzeit von zwölf Monaten) liegt sie knapp über der Prognose des Sachverständigenrates für dieses Jahr. Ab Juni 2001 gibt es eine Erhöhung von 2 Prozent für neun Monate. Es ergibt pro Jahr eine effektive Erhöhung um 2,67 Prozent, das Gesamtpaket entspricht einer Erhöhung von 3,31 Prozent. Die Laufzeit des Tarifvertrages in NRW endet wie bei der IG Metall am 28.3.2002.

Tarifliche Öffnungsklausel

Die Forderung der Arbeitgeber nach einem Dienstleistungstarifvertrag für die Dienstleistungsbereiche führte zu einer tariflichen Öffnungsklausel. Für Betriebe sowie Betriebsabteilungen mit konkurrierenden Tarifverträgen besteht nun die Möglichkeit, einen niedrigeren Entgelt-Tarif durch Betriebsvereinbarung oder Haustarifvertrag zu vereinbaren. Konkurrierend ist ein Tarifvertrag dann, wenn sein fachlicher Geltungsbereich sich mit dem Manteltarifvertrag der chemischen Industrie für ein Unternehmen, einen Betrieb oder einzelne Abteilungen überschneidet. Konkurrierende Tarifverträge gibt es zum Beispiel mit der NGG für Kantinen oder der ÖTV für den Logistikbereich. Die Lohndifferenzen in diesen Bereichen sind erheblich. Unternehmer und Gewerkschaften müssen der Betriebsvereinbarung zustimmen. Ebenso ist es möglich eine Vereinbarung nur mit dem Unternehmer und der Gewerkschaft abzuschließen und die Betriebsräte nicht zu beteiligen. IG BCE hat bereits mehrere Öffnungsklauseln vereinbart:

- ◆ einen Arbeitszeitkorridor von 35 bis 40 Stunden
- ◆ eine Notfallklausel für das 13. Monatsgehalt
- ◆ einen Entgeltkorridor, der es ermöglicht, zehn Prozent Lohnsenkung bei wirtschaftlichen Schwierigkeiten zu vereinbaren.

Die jetzt vereinbarte Öffnungsklausel ist an keine Bedingungen geknüpft. Sie muss nur der Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit dienen und der Sicherung der Arbeitsplätze. Es geht nicht eindeutig daraus hervor, ob die Grenze für die Absenkung des Entgelts die Entgelthöhe im konkurrierenden Tarifvertrag ist. Das Ziel der IG BCE ist, Ausgliederungen zu verhindern. Ob dies auf diesem Wege erreicht wird, ist zweifelhaft. Diese Öffnungsklausel wird kein Schattendasein fristen wie der Entgeltkorridor. Arbeitgeber in der chemischen Großindustrie haben schon vor Abschluss des Tarifvertrages bekannt gegeben, dass sie in Werkskantinen oder im Logistikbereiche eine Lohnsenkung durchführen wollen.

Dem Wunsch der Unternehmer, das Tarifvertragsgesetz zu ändern und Betriebsräten Vollmacht zu erteilen, um den Tariflohn festzulegen, ist bereits der Weg geebnet. Den Tariflohn festzusetzen, war bisher die alleinige Aufgabe der Gewerkschaften und Arbeitgeber. Die Gewerkschaften können zur Unterstützung ihrer Lohnforderungen zum Streik aufrufen. Doch wer wird noch streiken, wenn der Betriebsrat nur für einen kleinen Teil der Belegschaft den gesamten Lohn aushandelt? Es ist politisch unverantwortlich, die Höhe des Lohnes vom Verhandlungsgeschick und Standvermögen eines Betriebsratsgremiums abhängig zu machen. Mit dieser Öffnungsklausel ist der ohnehin schon löchrige Flächentarifvertrag nur noch eine Farce.

Ausbildung und Altersteilzeitarifvertrag

Die Arbeitgeber verpflichten sich bis Ende 2002 die Zahl der Ausbildungsplätze um weitere fünf Prozent zu steigern. Die regionalen »runden Tische für Arbeitsmarktfragen« sollen ihre Tätigkeit fortsetzen.

Seit 1996 ist es für Beschäftigte der chemischen Industrie tarifvertraglich vereinbart, ab 55 Jahre in Altersteilzeit zu gehen – mit 85 Prozent des durchschnittlichen Nettolohnes. Fünf Prozent der Beschäftigten einer Belegschaft haben laut Altersteilzeitarifvertrag einen Rechtsanspruch auf Altersteilzeit. Teilzeitbeschäftigte haben ab jetzt auch die Möglichkeit, in Altersteilzeit zu gehen. Allerdings ist noch ungeklärt,

wieviel Wochenstunden eine Teilzeilkraft arbeiten muss, um in Altersteilzeit gehen zu können.

Die Dauer der Altersteilzeit ist von fünf auf sechs Jahre erweitert und die Laufzeit bis zum 31.12.2009 verlängert worden – entsprechend der zu erwartenden gesetzlichen Regelung. Nach der alten Regelung konnten die Beschäftigten mit 57,5 Jahre in die Ruhephase gehen und mit 60 Jahren Rente beantragen. Nach der neuen Regelung kann die Ruhephase mit 58 Jahren beginnen und Rente mit 61 Jahren beantragt werden. Dies bewirkt, dass die Rentenabschläge um 3,6 Prozent auf höchstens 14,4 Prozent reduziert werden.

Beschäftigte, die die Altersteilzeit wahrnehmen, erhalten jetzt eine Abfindung bei Übergang in die Rente. Diese Abfindung soll einen Teil der »versicherungsmathematischen Abschläge« bei der Rente ausgleichen, die pro Monat 0,3 Prozent betragen, wenn die Rente frühzeitig beantragt wird. Für jeden Monat, für den ein Arbeitnehmer Rentenabschläge in Kauf nimmt, erhält er bis zum 65. Lebensjahr

450 DM/Monat für Normalbeschäftigte

550 DM/Monat Teilkonti- und Zweischichtlern

750 DM/Monat bei Vollkontibesetzten.

Sie wird für maximal für 48 Monate gezahlt.

Einschließlich der Verlängerung der Altersteilzeit um ein Jahr »wird die Problematik der gesetzlichen Rentenabschläge zu großen Teilen ausgeglichen« (Tarif-Info 2000 Chemie Kurier). Die im Tarifvertrag vereinbarte Arbeitszeitverkürzung für ältere Arbeitnehmer entfällt für die TeilnehmerInnen an der Altersteilzeit.

Vermögenswirksame Leistungen

Bisher bestand die Möglichkeit, die vermögenswirksamen Leistungen von 936 DM freiwillig jährlich in Form der privaten betrieblichen Altersvorsorge zu zahlen. Der Betrag ist jetzt um 264 DM auf 1200 DM aufgestockt worden. In Betrieben mit einer betrieblichen Altersversorgung besteht aber nur dann ein Anspruch auf die 264 DM, wenn die 1200 DM jährlich dort eingezahlt werden. Die Differenz muss der Unternehmer auf das Urlaubsgeld schlagen, wenn er keine private betriebliche Altersversorgung anbietet. Die Kopplung des Aufstockungsbetrages für das 936-DM-Gesetz an die bestehenden betrieblichen Angebote zur privaten Altersrente ist einem Teil der Beschäftigten ein Dorn im Auge. Um in den Genuss der 264 DM jährlich zu kommen, müssen sie ihren bestehenden Vertrag für Vermögenswirksame Leistungen kündigen oder zusätzliches Geld festlegen, um auf einen Gesamtbetrag von 1200 DM zu kommen. In den unteren Entgeltgruppen sind viele KollegInnen nicht in der Lage, zusätzliches Geld festzulegen. Gerade die es am nötigsten haben, erhalten den Betrag erst, wenn ihr Vertrag ausläuft.

Insgesamt herrscht in der chemischen Großindustrie Missmut über den Tarifabschluss. Die prozentualen Lohnerhöhungen sind den Beschäftigten zu gering. Die Beschäftigten haben zu den zentral geführten Tarifverhandlungen keinen Bezug gehabt. Sie wissen, dass ihre Meinungen weder großen Einfluss auf die Tarifforderungen noch auf die Verhandlungen haben.

Tarifrunden in der IG BCE haben schon seit Jahren den Ruf nicht beeinflussbar zu sein. Von Politikern und Unternehmern wird der Tarifabschluss als wegweisend angesehen. Er war auf jeden Fall eine gute Argumentationshilfe für Innenminister Schily während der Tarifrunde im öffentlichen Dienst.

B.F., 20.8.2000 ■

1. Mai: DBG taucht ab

Bundesweit einzigartig dürfte es wohl sein, dass ein DGB-Kreisvorstand sechs Tage vor dem 1. Mai Demonstration und Kundgebung absagt, weil ein Kreis aktiver Kolleginnen und Kollegen Kritik am Bündnis für Arbeit übt. Bundesweit einzigartig dürfte allerdings auch der Rahmen sein, in dem seit 1997 in Darmstadt der 1. Mai gefeiert wurde.

Seit jenem Datum organisierten nämlich der DGB-Kreisvorstand und das Darmstädter »Internationale Bündnis gegen Ausbeutung, Unterdrückung und Rassismus« gemeinsam Demonstration und Kundgebung. Das »Bündnis« ist ein Zusammenschluss von klassenbewussten Personen sowie von Vertretern verschiedener Organisationen von Arbeitsmigranten. Es wurde Anfang 1996 gegründet, als die örtliche DGB-Führung schon einmal auf eine Demonstration verzichtete und sich auf ein Grillfest im Hinterhof des DGB beschränkte. Mit diesem Beschluss waren viele Gewerkschaftsmitglieder nicht einverstanden. Einige schlossen sich im »Bündnis« zusammen, um Demonstration und Kundgebung gemeinsam zu organisieren. Das Ergebnis war für die Gewerkschaftsführung eine Blamage. Während sich 40 bis 50 Leute, überwiegend Hauptamtliche, zum Grillfest im Hof des DGB-Hauses einfanden, beteiligten sich zirka 800 Leute an der vom »Bündnis« organisierten Demonstration.

Daraufhin lud die DGB-Führung regelmäßig zur gemeinsamen Vorbereitung des 1. Mai ein. Diese Zusammenarbeit betraf ausschließlich Organisatorisches. Das »Bündnis« ließ sich auf keine inhaltliche Festlegung ein. Es kritisierte in seinen Flugblättern und Redebeiträgen die Unternehmer ebenso wie die Regierung und auch den sozialpartnerschaftlichen Kurs der Gewerkschaftsführung.

Die Darmstädter DBG-Spitze dürfte über diese Zusammenarbeit von Anfang an nicht gerade begeistert gewesen sein. Die beiden größten Einzelgewerkschaften in der Region, die IG Metall und die IG BCE, machten aus ihrer Distanz keinen Hehl.

Allerdings übernahm das Bündnis einen Großteil der organisatorischen Arbeiten. Die Veranstaltungen wurden bunter und lebhafter als zuvor und zogen auch immer mehr Leute an. Trotz der Beteiligung des »Internationalen Bündnisses« konnte das nach außen als Erfolg des DGB dargestellt werden. Die Gewerkschaftsführung musste zwar die eine oder andere Kröte schlucken, doch konnte auch sie insgesamt zufrieden sein.

Dies änderte sich mit dem Regierungswechsel. Kritik an der Kohl-Regierung konnte der Apparat noch verkraften, auch wenn diese grundsätzlicher und radikaler vorgetragen wurde als es der DGB jemals getan hätte. Als jedoch auf der Mai-Feier 1999 das »Bündnis« in seinem Redebeitrag die Politik der rot-grünen Regierung als arbeiterfeindlich und unsozial kritisierte, war die Schmerzgrenze erreicht. Dass zudem der DGB-Kreisvorsitzende und SPD-Bundestagsabgeordnete Hoffmann wegen seiner Unterstützung des Angriffskrieges gegen Jugoslawien ausgepiffen wurde, brachte für die örtliche DGB-Führung das Faß zum überlaufen.

Gleich nach dem 1. Mai 1999 wollten der DGB-Kreisvorsitzende selbst und die Führung von IGM und IG BCE den sofortigen Bruch mit dem Bündnis. Andere Einzelgewerkschaften sahen das nicht ganz so scharf. So kam es vorerst

nicht dazu. Der DGB-Kreisvorstand beschloss allerdings, sich künftig stärker an den Vorbereitungen zu beteiligen.

Die Vorabsprachen für den Mai 2000 folgten erst einmal dem bekannten Muster: Es wurden gemeinsame Besprechungstermine festgelegt. Unabhängig davon begann das »Bündnis« mit seiner Mobilisierung für den 1. Mai. In einem Flugblatt, das vor Betrieben verteilt wurde, kritisierte es – wie in den Vorjahren – die Beteiligung der Gewerkschaften am »Bündnis für Arbeit« und das »Co-Management« vieler Gewerkschaften und Betriebsräte, »welches sich durch Anpassung und Zurückweichen vor der Macht des Kapitals« auszeichnet. Daraufhin gab es erstmals eine Reaktion aus einem Betrieb. Die Vorsitzenden von Betriebsrat und Vertrauenskörper-Leitung des Darmstädter Chemieunternehmens Merck wandten sich mit einem Offenen Brief an den DGB-Kreisvorstand. Sie fragten, »...ob wir es hinnehmen wollen, dass gewählte Arbeitnehmervertreter an ihrem 1. Mai von Leuten beschimpft werden, die durch nichts aber auch gar nichts legitimiert sind«. Sie verwiesen auf vermeintliche Erfolge der Tarifpolitik der IG BCE und ihrer Betriebsratsarbeit und forderten das Ende der Zusammenarbeit mit dem »Bündnis«.

Daraufhin sagte der DGB-Kreisvorstand seine Teilnahme an Kundgebung und Demonstration zum 1. Mai 2000 ab. DGB-Chef Walter Hoffmann wollte gegenüber dem »Darmstädter Echo« nicht leugnen, dass dieser Brief für Viele ein willkommener Vorwand war, um die ungeliebte Zusammenarbeit mit dem »Bündnis« endlich zu beenden.

Verbunden wurde diese Absage mit einer Verleumdungskampagne im »Darmstädter Echo«, einem Lokalblatt mit rechtssozialdemokratischem Profil. Bemängelt wurde die »unsolidarische« und »diffamierende« Kritik am Bündnis für Arbeit, angeblich gebrochene Absprachen und schließlich die zahlreiche Teilnahme türkischer und kurdischer Kolleginnen und Kollegen (*»Da wird auch viel türkisch geredet. Das verstehen wir gar nicht und hinterher erfahren wir, dass die die Revolution ausgerufen haben.«*). Schließlich wurde dem »Internationalen Bündnis« unterstellt, es würde möglicherweise gewalttätig gegen eine reine DGB-Kundgebung vorgehen. Angeblich deshalb verzichtete der DGB auf eine eigene Demonstration und Kundgebung und rief statt dessen dazu auf, sich am »Mahl der Arbeit« zu beteiligen, einer Veranstaltung des Magistrats der Stadt Darmstadt am Vorabend des 1. Mai, zu der als Hauptredner Hubertus Schmoltdt eingeladen war, Bundesvorsitzender der IG BCE.

Diese Kampagne verfehlte ihre Wirkung nicht gänzlich. Manche engagierten und sonst eher kritischen Kolleginnen und Kollegen ließen sich dadurch beeindrucken. Funktionäre aus Einzelgewerkschaften, die einer Kooperation mit dem »Bündnis« sonst eher aufgeschlossen gegenüberstanden, gingen auf Distanz. Lediglich der ÖTV-Kreisvorstand kritisierte die Absage des DGB und forderte seine Mitglieder ausdrücklich dazu auf, nicht am »Mahl der Arbeit« teilzunehmen, weil dies eine Arbeitgeberveranstaltung sei. Allerdings konnte er sich auch nicht dazu durchringen, zur Teilnahme an der Demonstration des »Internationalen Bündnisses« aufzurufen.

Auch viele befreundete Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter richteten kritische Fragen an das »Bündnis«. Deren Vorwürfe konnten aber in der Regel ausgeräumt werden, wenn sie das inkriminierte Flugblatt des »Bündnisses«

und dessen Stellungnahme zum Rückzug des DGB zu lesen bekamen und sich so selbst ein Bild machen konnten.

Bei der Demonstration war die Abwesenheit solcher sozialdemokratisch orientierten Kolleginnen und Kollegen spürbar. Manche von ihnen kamen allerdings später zur Kundgebung, um sich dort aus erster Hand zu informieren. Aus dem gewerkschaftlichen Spektrum beteiligte sich als Gruppe allein der ÖTV-Erwerbslosenausschuss. Die Demonstration selbst war mit etwa 700 Teilnehmernj durchaus ein Erfolg, auch wenn sie vorwiegend aus dem Spektrum der linken Szene und der türkischen und kurdischen Vereine kamen. Das »Internationale Bündnis« konnte zeigen, dass es einen Faktor darstellt, mit dem auch in Zukunft zu rechnen ist.

Kritisiert wurde der Rückzug des DGB jedoch nicht nur vom »Internationalen Bündnis« und politisch eher links stehenden Gewerkschafterinnen und Gewerkschaftern. Kritik kam auch von rechts: das »Darmstädter Echo« warf dem DGB-Kreisvorsitzenden vor, sich vor ein paar »versprengten Spontis« weg zu ducken; und auch der Mercksche BR-Vorsitzende, der mit dem offenen Brief alles ins Rollen gebracht hatte, erklärte in einem Fernseh-Interview, dass er es vorgezogen hätte, wenn der DGB die Demo allein veranstaltet und das »Internationale Bündnis« vor die Tür gesetzt hätte. Der DGB-Kreisvorstand und insbesondere dessen Vorsitzender präsentierten sich als schwach und konfliktscheu.

Nach den Vorstellungen von DGB-Chef Hoffmann und seinen Freunden wird der DGB im kommenden Jahr ohne das »Bündnis« auftreten. Für das »Bündnis« wiederum ist es wichtig, sich nicht von den engagierten Gewerkschafterinnen und Gewerkschaftern in den Betrieben und auch im Gewerkschaftshaus isolieren zu lassen. Die Übereinstimmung mit der Politik der Bundesregierung und der Gewerkschaftsspitzen ist unter den Gewerkschaftsmitgliedern und -funktionären bei weitem nicht so groß, wie es Leute wie Walter Hoffmann wahr haben wollen. Allerdings ist auch die Gewerkschaftslinken noch weit davon entfernt, sich unter der Mitgliedschaft wie ein Fisch im Wasser zu bewegen. In der Auseinandersetzung um die Rentenpolitik der Bundesregierung wird sich erneut zeigen, wo die Fronten innerhalb der Gewerkschaften verlaufen. Wie hier, so wird es in Zukunft höchstwahrscheinlich immer wieder praktische Anknüpfungspunkte für linke, sozialistische oder kommunistische, Gewerkschafter geben. A.L., DA, 30.8.2000 ■

Der 1. Mai in Dortmund

Zum ersten Mal gab es um die Gestaltung eine Auseinandersetzung innerhalb der Gewerkschaft. In Abwesenheit des IG Metall Ortsbevollmächtigten wurde im DGB-Ortskartell u. a. wegen der Ferienzeit in NRW und damit wegen möglicher geringerer Beteiligung beschlossen, nur eine kleine Demonstration vom Arbeitsamt zum Kundgebungsplatz durchzuführen. Bislang gab es immer zwei Marschsäulen von den jeweiligen Thyssen-Krupp-Standorten Westfalenhütte und Phönix in Hörde.

Die sollten dieses Mal entfallen, zumal den DGB-Oberern die massive Beteiligung von türkischen Gruppen, besonders der Kurden bei der Demo von der Westfalenhütte ein Dorn im Auge war. Als aber der IGM-Bevollmächtigte aus dem Urlaub zurückkehrte, gab es ein Donnerwetter ... und die zwei Demo-Züge wurden trotzdem durchgeführt – zwar nicht als

DGB-Demo, dafür aber in Verantwortung und auf Kosten der IG Metall. Den Teilnehmern ist das allerdings verborgen geblieben – 500 kamen wie im Vorjahr und trotz Ferienzeit und schlechten Wetters. Insgesamt nahmen rund 2500 an der Kundgebung und dem anschließenden Familientreff teil.

Am Nachmittag gab es dann noch eine eilig einberufene Demonstration gegen die Neonazis.

Immer wieder haben Neonazis versucht in der Nordstadt Fuß zu fassen. In den achtziger Jahren wurde das bereits auch unter massivem Protest der Hoesch-Vertrauensleute verhindert. In den letzten Wochen machten angetrunkene Rechte wiederholt durch vereinzelt Übergriffe auf Ausländer auf sich aufmerksam. Ausgangspunkt war ihre Stammkneipe »Schützeneck« in der Schützenstraße. Diese wurde zwischenzeitlich von der Polizei und dem Ordnungsdienst geschlossen. Damit war aber das Problem nicht aus der Welt.

Ausgerechnet am Karfreitag – wo auf einer Gedenkveranstaltung in der Bittermark der in den letzten Tagen der Nazi-Herrschaft Ermordeten gedacht wurde – gab es erneut Übergriffe auf Ausländer – wohl auch auf Kinder – in der Nordstadt. Das konnte nicht länger hingenommen werden, und ein kurzfristig anberaumtes Bündnis aus zahlreichen Organisationen rief zum Nachmittag des 1. Mai zu einer Demonstration in der Nordstadt auf. Für einige war das dann bereits die zweite Demonstration an diesem Tag.

Rund 800 Menschen setzten an diesem Nachmittag ein deutliches Zeichen. Sie machten deutlich, dass trotz hoher Arbeitslosigkeit und trotz des nicht immer problemlosen hohen Ausländeranteils in diesem Stadtteil den Neonazis mit ihren menschenfeindlichen Parolen kein handbreit Boden gelassen werden darf. Oberbürgermeister Langemeier hatte zusammen mit DGB-Chef Weber und Bildungsministerin Brusis die Ehre, den Zug der Dortmunder AntifaschistInnen anzuführen, denn sie selbst hatten aus ihren Reihen keine Menschen mobilisieren können. G.C., Do., 19.5.2000 ■

■ ENTSCHÄDIGUNG FÜR ZWANGSARBEITER

Die IG Medien im Schlepptau von Günter Grass

»Auch wir haben einen Teil Verantwortung zu tragen«, apeliiert Detlef Hensche in einem Rundschreiben vom 14. September an die Mitglieder und Beschäftigten der IG Medien, sich – einem Beschluß des außerordentlichen Gewerkschaftstages vom 8.-9. September entsprechend – »dem Aufruf von Günter Grass, Carola Stern und Hartmut von Hentig (von Mitte Juli dieses Jahres) anzuschließen und 20,00 DM zur Entschädigung von Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeitern zu spenden« Vor Detlef Hensche hatte sich bereits Klaus Zwickel für die Unterstützung des Aufrufs ausgesprochen.

Der Debatte auf dem Gewerkschaftstag, die dem mit Mehrheit, jedoch mit auffallend vielen Gegenstimmen gefaßten Beschluß vorausging, hatte der Hauptvorstand als Antragsteller bereits in seiner Begründung versucht entgegenzuwirken: »Mit dem Aufruf sollen die Unternehmen und deren heutige Besitzer, in deren Betrieben Zwangsarbeiter

ausgebeutet wurden, nicht aus ihren Verpflichtungen aus dem Gesetz zur Errichtung der Stiftung 'Erinnerung, Verantwortung und Zukunft' entlassen werden (Das Gesetz schreibt fest, daß, wie im deutsch-amerikanischen Regierungsabkommen zur Entschädigung ehemaliger Zwangsarbeiter vereinbart, deutsche Unternehmen 5 Mrd. DM in eine Stiftung einzahlen. Die selbe Summe steuert der deutsche Staat bei...) Sie sind nach wie vor aufgefordert, zu ihrer Verantwortung zu stehen. Die Bürgerspende soll ein Zeichen des verantwortungsvollen Umgangs mit der Geschichte aller Deutschen gegenüber den Opfern und ihren Familien sein. Sie soll zeigen, daß sich auch die Nachgeborenen des historischen Unrechts der NS-Zwangsarbeit bewußt sind. Die IG Medien sieht sich dazu auch und gerade wegen der aktuellen Erscheinungen des Rechtsextremismus verpflichtet ...«

Dem mit dieser Begründung angenommenen Antrag stand der Antrag eines Delegierten entgegen, in dem die politische Initiative der Schriftsteller begrüßt wurde, nicht aber ihr Appell, die Unternehmer durch Spenden zu entlasten. Er forderte stattdessen »Druck auf die Unternehmen auszuüben, die sich bis heute nicht am Entschädigungsfond beteiligt haben« und forderte »den Unternehmen öffentlich eine Frist zu setzen, die fehlenden 1,8 Mrd. DM für den Fond beizubringen« und nach Verstreichen der Frist »alle Beschäftigten in Betrieben und Verwaltungen« aufzurufen, »für 15 Minuten 'Gegen das Vergessen' die Arbeit niederzulegen«, um »über diesen Skandal zu informieren«. Der IG Medien-Vorstand scheute die hier geforderte Aufklärung und Mobilisierung – die Delegiertenmehrheit folgte ihm –, der Antrag wurde abgelehnt.

Zwar stellten auch die Schriftsteller in ihrem Aufruf fest, es sei »peinlich, daß die Wirtschaft nur einen winzigen Bruchteil des den ehemaligen Zwangsarbeitern Geschuldeten an diese oder ihre Angehörigen zahlt ...« nur mit der Konsequenz der Anerkennung kollektiver Schuld: der Bitte an »alle Deutschen« sich an der Entschädigung der Opfer zu beteiligen – »mit einer Geste der Anerkennung des Leidens«. Ihre Begründung: »Die Nationalsozialisten haben ihre Verbrechen in unser aller Namen verübt.(...) Nicht alle Zwangsarbeiter waren in der Industrie eingesetzt. Viele haben in staatlichen und kommunalen Betrieben, viele in der Landwirtschaft und in Handwerksbetrieben gearbeitet. (...) Viele sind kinderreichen deutschen Haushalten zugeteilt worden. Zehntausende deutscher Familien waren die unschuldig schuldigen Nutznießer. (...) Daß man ihr Leid als Leid anerkennt und daß man das ihnen zugefügte Unrecht Unrecht nennt und daß man dafür um Vergebung bittet, wie das der Bundespräsident in unser aller Namen getan hat, ist notwendig und gut. Wir folgen ihm hierin«.

Kollektivschuld?

Die USA standen nach dem 2. Weltkrieg vor der Alternative, Deutschland als imperialistischen Konkurrenten auszuschalten oder die westlichen Besatzungszonen als Bollwerk gegen das sozialistische Lager aufzubauen. Bekanntlich entschieden sie sich für Letzteres. Dazu mussten die westlichen Besatzungsmächte die Angehörigen der herrschenden Klasse, die durch ihre Verquickung mit dem faschistischen Staat bei der arbeitenden Bevölkerung diskreditiert war, wieder in die alten Positionen bringen. Dies war nur dadurch möglich, daß der Klassencharakter des Faschismus und die Rolle der bürgerlichen Klasse bei der Machtübernahme der NSDAP

geleugnet wurden. Stattdessen wurde postuliert, das ganze deutsche Volk trage die Schuld an den Verbrechen des Faschismus.

»Nach der Besetzung ganz Deutschlands, dem Zusammenbruch des faschistischen Regimes, wurde erst in vollem Ausmaß deutlich, wie sehr die deutsche Bourgeoisie politisch und moralisch diskreditiert war. Die Verflechtung des Kapitals mit den faschistischen Herrschafts- und Militärapparaten war handgreiflich. Was Jahrzehnte später Gegenstand angestrenzter Forschungen und theoretischer Diskussionen wurde – der Kapitalismus als Grundlage des Krieges – war damals, wenn auch in sehr diffuser Form, eine alltägliche Erscheinung. Selbst die bürgerlichen Politiker der Christdemokratie mussten sich auf den Sozialismus (aber als Phrase) berufen. (...) Um so schwieriger wurde es für die Westmächte, die deutsche Bourgeoisie wieder auf die Kommandohöhen der Gesellschaft zu bringen. Dies war aber notwendig im Rahmen der strategischen Entscheidung, Westdeutschland als politisches Bollwerk gegen das sozialistische Lager einzusetzen. Wie sollten jene diskreditierten Unternehmer, die eben noch im Knast saßen (während die Arbeiter mühevoll am Wiederaufbau der Fabriken arbeiteten), wieder zu einer gesellschaftlich führenden Kraft werden? Die USA brauchten Zeit, um in Westdeutschland diese innenpolitische Kraft zu schaffen, auf die sich stützen konnten. Für diese Übergangszeit brauchten sie einerseits die Arbeiterklasse, andererseits die Kollektivschuld als wieder einigendes Band des »ganzen Volkes«. Um Westdeutschland zum Vorposten gegen den Kommunismus zu machen, mußte ein Bruch mit dem Faschismus, aber auch die Aufhebung der Klassengegensätze vorgetäuscht werden.

Die Kollektivschuld-Ideologie, vorgeschrieben von den Besatzungsmächten, war der politische Preis, den die deutsche Bourgeoisie für ihre Restauration zahlen mußte. Als Gegenleistung erstickten die Besatzungsmächte jede eigenständige Initiative aus der Arbeiterklasse. Die Kollektivschuld-Ideologie war nicht nur reine Propaganda. Ihr entsprach eine massenhaft betriebene Praxis der sogenannten Entnazifizierung: Die Rituale der »Spruchkammern«, die Persilscheine für ehemalige Nazis und die massive Unterbindung jedes selbständigen Ansatzes von proletarischer Klassenorganisation – all dies hatte zur Folge, dass die Frage nach den Schuldigen, der politischen Verantwortung an Einzelpersonen und nicht am gesellschaftlichen System festgemacht wurde. Der Propagandarummel um Mitläufer und die bürokratische Bemäntelung der wirklichen Verhältnisse im Faschismus (die Fragebogen), lenkten ab von den wirklichen Kräften des Antifaschismus. Mit der Schuldformel, die über das »deutsche Volk« verhängt wurde, ging man mit einem Federstrich über die Existenz des proletarischen Widerstandes und der Konzentrationslager hinweg.« (Zionismus, Faschismus, Kollektivschuld. Broschüre der Autonomen Nahostgruppe Hamburg und der Gruppe Arbeiterpolitik. Hamburg, 1989).

In seiner Kommentierung der Potsdamer Beschlüsse hat August Thalheimer die Schuldfrage vom Klassenstandpunkt her gestellt: »Der allgemeine Sinn davon, daß man dem deutschen Volke die Schuld für Nazismus und Krieg gibt, kann wohl nur sein, daß es keine Revolution gegen das nazistische Regime vor und während des Kriegs durchgeführt hat.« (August Thalheimer: Die Potsdamer Beschlüsse. Broschüre der Gruppe Arbeiterpolitik)

Die Existenz des sozialistischen Lagers hatte den Widerspruch zwischen US-amerikanischem und deutschem Kapital überlagert. Es ist daher kein Zufall, daß nach dem Zusammenbruch des Ostblocks der deutschen Wirtschaft aus den USA die Diskussion um die osteuropäischen Zwangsarbeiter aufgezwungen wird, nachdem das Thema 45 Jahre verdrängt worden war. Der Aufruf von Grass, Stern und von Hentig beruht auf der Kollektivschuld-Ideologie, durch die eine Auseinandersetzung mit den Ursachen des Faschismus verhindert und die herrschende Klasse in Deutschland aus ihrem Dilemma befreit wird. »Das Zögern vieler Wirtschaftsunternehmen, einer Stiftung beizutreten, die sich verpflichtet hat, die Summe von fünf Milliarden Mark aufzubringen, wurde bislang als peinliches Versagen einer Managerkaste begriffen, von deren ethischen Grundsätzen ohnehin nicht alle überzeugt sind.« So erfolge »ein Appell an all jene, die sich bislang als unbeteiligte Betrachter eines beschämenden Schauspiels verstehen konnten, (...) an die Bürger also.« (FAZ, 13.7.2000)

Die Autoren des Aufrufs sind sich auch darüber im klaren, daß das Unrecht an den Zwangsarbeitern nicht mit Geld aus der Welt zu schaffen ist: »Was ihnen jahrelang widerfuhr – Trennung von den Ihren, harte Sklavenarbeit, schlechte Ernährung, Einschüchterung, Demütigung –, wissen wir, die wir in der Zeit gelebt haben. Wie man so etwas entschädigt, wissen wir nicht.«

Wer die Forderung »Nie wieder Faschismus« ernstnimmt, kommt nicht umhin, sich mit seinen Ursachen und mit der Verantwortung der bürgerlichen Klasse auseinanderzusetzen. Alle moralischen Appelle aus dem bürgerlichen Lager sind hilflose und untaugliche Versuche, die Rechtsentwicklung, die zunehmende Konkurrenz und die Brutalisierung in der Gesellschaft aufzuhalten. Alle Versuche, den Klassenwiderspruch zu verschleiern, führen zur Desorientierung und Lähmung der arbeitenden Bevölkerung und damit objektiv zur Stärkung der Faschisten.

Solange die Gewerkschaftsführungen nicht vom Klassen Gegensatz, sondern der Sozialpartnerschaft ausgehen, sind sie ebensowenig in der Lage, über die Ursachen des Faschismus aufzuklären, sondern müssen sich moralischen Appellen wie dem von Günter Grass, Carola Stern und Hartmut von Hentig anschließen. Ob Detlef Hensche und Klaus Zwickel den Kommentar der »Welt« zum Grass-Aufruf gelesen haben? »Der Aufruf geht unausgesprochen vom 'Land der Täter' aus. Der Begriff war immer falsch – das Land brachte Täter hervor, aber auch Opfer und Widerständler – und ist es heute erst recht... Das alles dient weder der Aufklärung noch den Zwangsarbeitern. Wer gut dasteht, ist der Gutmensch. Daß Grass um diesen Effekt nicht weiß, mag man dem Klugen nicht abnehmen« – Hensche und Zwickel erst recht nicht.

Hamburg, B.K., 15.9.2000 ■

■ REZENSION

Gegeninformationsbüro: Nato-Angriffskrieg? Krieg im Kosovo? Menschenrechte?

Geburtsstunde des Gegeninformationsbüros (GIB) war die Besetzung des Berliner Parteibüros der Grünen in Kreuzberg zu Beginn des Angriffs der NATO gegen Jugoslawien.

Nach der polizeilichen Räumung konstituierte sich das GIB im Mehringhof. Mit Teilen der übriggebliebenen autonomen Bewegung kam es sehr rasch zu politischen Auseinandersetzungen, ausgelöst durch die Frage, ob man sich an Demonstrationen beteiligen soll, auf denen Bürger aus Jugoslawien auch Bilder von Milosevic oder serbische und jugoslawische Fahnen mit sich führten. Hätte es sich dabei nur um Tschetniks gehandelt, wäre die Diskussion sicher recht schnell beendet gewesen.

Doch hinter den Fahnen sammelten sich auch viele Bürger Jugoslawiens, die sich zu den sozialen Errungenschaften bekannten und eine marktwirtschaftliche Transformation des Landes ablehnten und Bürger von Minderheiten wie der Roma, die die Erfahrung gemacht hatten, dass sie nur in Jugoslawien als gleichberechtigte Bürger anerkannt werden und ihr Leben nur dort durch den Staat einigermaßen gesichert wird. In allen neuen Teilstaaten wie im Kosovo werden sie als Bürger zweiter Klasse betrachtet oder gar vertrieben.

Die Kräfte, die sich im GIB zusammenschlossen, stellten sich die Aufgabe, intensiver die gesellschaftlichen Verhältnisse in Jugoslawien zu untersuchen, wobei sie herausfinden wollten, weshalb die NATO nun gerade Jugoslawien angriff. In ihren Stellungnahmen sprachen sie sich eindeutig gegen den Krieg aus und versuchten nicht wie andere Gruppen durch den Hinweis auf die innenpolitischen Verhältnisse der Bombardierung doch noch eine gewisse Rechtfertigung zu verleihen.

Die Ergebnisse ihrer Diskussionen haben sie im Frühjahr dieses Jahres auf einer Veranstaltung vorgestellt, die unter dem Titel »Der Informationskrieg« in Berlin stattfand. Die einzelnen Vorträge sind jetzt in einem Reader veröffentlicht worden.

Interessant an der Broschüre ist zunächst einmal, dass die Gruppe nicht den Anspruch erhebt, alle Aspekte des Krieges zu untersuchen. Nur ein Artikel setzt sich mit den Motiven der NATO auseinander, die zum Krieg zu führten. Auch werden die Verhältnisse in Jugoslawien nicht vollständig untersucht. Dazu fehlte das Material und die Zeit. Das Gegeninformationsbüro konzentriert sich darauf, die Beziehung zwischen Krieg und bürgerlichen Medien näher zu betrachten. Das vor allem auf dem Hintergrund der Erfahrung, dass sich nicht nur die Mehrheit der Bevölkerung von der Kriegspropaganda einfangen ließ, ihr zustimmte oder doch wenigstens sich neutral verhielt, sondern auch der größte Teil der Linken und der autonomen Szene.

Zunächst wird in einem einleitenden Artikel die Bedeutung der Presse und des Fernsehens in der jüngsten Geschichte untersucht. Gerade am Beispiel des Kriegs gegen den Irak 1992 läßt sich eindrucksvoll demonstrieren, wie einer gleichgültigen und gar nicht auf eine Kriegslösung fixierten Bevölkerung zunächst einmal beigebracht werden muss, dass der Krieg notwendig und gerechtfertigt ist. Eine solche Einstimmung wird mittlerweile nicht mehr allein von der Informationsabteilung der Regierung und den Öffentlichkeitsabteilungen von Außen- und Kriegsministerium geleistet, sondern von professionellen Werbeagenturen. Diese konzipieren eine Kampagne, die eine eindrucksvolle Geschichte liefert und dafür sorgt, dass sich aussagekräftige Bilder in das Bewusstsein des Durchschnittskonsumenten einprägen. Ergänzt wird die historische Darstellung durch aktuelle Beispiele. Sie belegen eindrucksvoll, wie die NATO und

Kriegsminister Scharping die Medien genutzt haben, um ihre Interpretation des Krieges den Massen zu vermitteln.

Ein weiterer Artikel setzt sich mit der Instrumentalisierung von Ausschwitz durch Außenminister Fischer auseinander. Akribisch wird in einem anderen Aufsatz zum Leitthema die vermeintlich Hinrichtung von albanischen Bürgern durch serbische Polizisten in Racak untersucht. Anhand von Beispielen aus der jüngsten Geschichte Jugoslawiens, wie den Bombenattentaten auf den Marktplatz von Sarajevo und den bis jetzt noch nicht vollständig aufgeklärten Ereignissen um die Erstürmung von Srebenica, zeigen die Autoren auf, dass es sich hierbei im wesentlichen um »Massaker auf Bestellung« gehandelt hat bzw. um Ereignisse, die so, wie sie in der hiesigen Presse dargestellt wurden, nicht stattgefunden haben. Wichtig ist die Analyse dieser Geschehnisse, weil sie zur Legitimation des NATO-Krieges dienen.

Der vielleicht spannendste Artikel beschäftigt sich unter dem Titel »Vertreibung aus dem Kosovo« mit der Geschichte der Spannungen zwischen den einzelnen Bevölkerungsgruppen im Kosovo. Ausgangspunkt ist für den Autor die Positionierung der einzelnen politischen Gruppen zur Reichswehr und den im Lande operierenden SS-Verbänden ab 1941 wie zum von Tito geleiteten Widerstand. Interessant ist, dass Tito nach 1945 die Ansiedlung von etwa 200.000 Albanern (aus Albanien!) im Kosovo zuließ, vermutlich um dieser Gruppe einen stärkeren Status im Lande zu verleihen. Vergessen ist auch bei vielen, dass es in den Siebziger Jahren heftige Auseinandersetzungen in dieser Region gab, wobei sich eine starke Gruppe von Albanern, geprägt von den Gedanken Maos und Enver Hodschas, zeitweise sogar mit Waffen dem Kurs der Einführung marktwirtschaftlicher Elemente in Jugoslawien widersetzte. Der Artikel kommt zu dem Schluß, dass im Kosovo nach der Vertreibung nahezu aller nicht-albanischen Minderheiten mittlerweile die Verhältnisse wesentlich von den inneren Gegensätzen der albanischen Mehrheit und von den Besatzern abhängig sind.

In den beiden letzten Artikeln werden die gegenwärtigen Verhältnisse im Kosovo unter politischen ökonomischen und sozialen Aspekten beleuchtet und die Frage gestellt, welche Interessen die USA und Deutschland im Kosovo und der gesamten Balkan-Region verfolgen. Dabei werden die in den Medien angeführten Gründe für die wachsende Einmischung der imperialistischen Staaten in die ehemals sozialistischen Ländern, zukünftig besonders dem Kaukasus und Rußland, auf die Interessen nach Sicherung von Absatzmärkten und Kontrolle von Rohstoffmärkte zurückgeführt. Eine zentrale Rolle in der Strategie der NATO spielt auch ihr Grundsatz, dass sich nirgendwo eine Regionalmacht etablieren darf, die in wirtschaftlicher und politischer Hinsicht einen eigenen Weg unabhängig von ihren weltpolitischen Interessen gehen darf, nicht einmal auf kapitalistischer Grundlage.

Sehr detailliert ist die Chronologie des Krieges, die die Broschüre beschließt. Sie ist mit 16 Seiten recht lang geraten. Dies liegt im wesentlichen daran, dass die Verfasser die Geschichte nicht erst im März 1999 beginnen lassen, auch nicht mit der Abspaltung von Slowenien und Kroatien von Jugoslawien Anfang der neunziger Jahre, sondern 1941 mit der Besetzung Jugoslawiens durch Nazi-Deutschland.

Die Broschüre ist für sechs Mark zu bekommen bei: Gegeninformationsbüro, Torstraße 150, 10119 Berlin, oder: x_berg@hotmail.com

H.P., Berlin 12.9.2000 ■

■ KAMPF DEM BÜNDNIS FÜR ARBEIT

Frühsommerliche Klassenkämpfe in Norwegen enden mit Teilerfolg

Vom 3. bis zum 9. Mai haben in Norwegen etwa 86.000 Beschäftigte des industriellen Sektors gestreikt. Der Arbeitskampf richtete sich gegen einen von Gewerkschaften und Kapitalisten ausgehandelten Tarifkompromiss, der eine bescheidene Lohnerhöhung von umgerechnet etwa 20 Pfennigen pro Stunde und eine ebenso bescheidene Verlängerung des Urlaubs vorsah, einen Tag im Jahr 2001 und drei weitere Tage im Jahr 2002. Dieser Tarifvertrag sollte, abweichend von der üblichen Laufzeit von zwei Jahren, für drei Jahre gelten. Weiter wurde die Möglichkeit geschaffen, lokale und sogar individuelle Arbeitszeiten zu vereinbaren. Die Folge ist eine faktische Abschaffung von Zuschlägen für Überstunden. Die Linie, die dieser Abschluss widerspiegelt, wurde 1999 von einer Regierungskommission mit Einverständnis der »Sozialpartner« festgelegt.

Angesichts der Umverteilung zugunsten der Profite und Spitzenlöhne, die in Norwegen in den letzten zehn Jahren stattgefunden hat, gab es eine breite Unzufriedenheit der Beschäftigten mit den Vorschlägen dieses »Bündnis für Arbeit«. Die Stimmung zugunsten eines Arbeitskampfes gegen den Willen der Gewerkschaftsführung war selbst in Branchen verankert, in denen die Beschäftigten unter dem Druck von Schließungsdrohungen stehen, wie in den Werften an der Westküste. In anderen Sektoren waren die Voraussetzungen für einen Arbeitskampf noch besser, denn Norwegen hat zur Zeit eine, im europäischen Vergleich relativ niedrige, Erwerbslosenquote von zirka 3,5 Prozent.

Der Streik in der Industrie

Trotz einer massiven Kampagne der Gewerkschaftsführung für die Annahme des Abkommens stimmten etwa zwei Drittel bei den Urabstimmungen gegen den Kompromiss. In 16 von 17 Gewerkschaften sprach sich die Mehrheit gegen das Ergebnis aus. Die Gewerkschaftslinken schaffte es, sowohl eine erfolgreiche Nein-Kampagne als auch später einen relativ erfolgreichen Streik zu initiieren. Aus Sicht der Opposition war besonders erfreulich, dass neue Beschäftigtengruppen und junge KollegInnen erstmals an einem landesweiten Streik beteiligt waren.

Der größte Streik in Norwegen seit den Aussperrungen von 1986 endete mit einem Erfolg. Vereinbart wurde schließlich eine Erhöhung der Löhne von umgerechnet ca. 70 Pfg/Std, KollegInnen mit unterdurchschnittlichen Löhnen bekamen eine zusätzliche Lohnerhöhung. Weiter soll der Urlaub in zwei Schritten auf fünf Wochen erhöht werden. Die Laufzeit des Tarifvertrages beträgt zwei Jahre. Allerdings war selbst dieses Ergebnis des Streiks nicht unumstritten. Einerseits wurde an der ursprünglichen Vereinbarung, die, wenn auch nur mit Einverständnis der Dachverbände, eine Aufweichung der Normalarbeitszeit vorsieht, nichts geändert. Im industriellen Sektor waren hiermit besonders die Beschäftigten in Brauereien unzufrieden, die vor nur zwei Jahren ein Abkommen über die Zahlung von Zuschlägen bei Mehrarbeit erkämpft hatten. Die Gewerkschaft, die diese Beschäftigten vertritt, rief konsequenterweise zu einem erneuten »Nein« bei der zweiten Urabstimmung auf. Ihre

Bemühungen waren allerdings erfolglos. Nur 20 Prozent der Beschäftigten stimmten in der zweiten Urabstimmung Ende Mai gegen das verbesserte Ergebnis.

Die Streiks im öffentlichen Dienst

Wie auch in Dänemark gibt es im öffentlichen Sektor Norwegens eine widersprüchliche Entwicklung. Der Trend geht einerseits in Richtung einer steigenden Eigenständigkeit und Kampfbereitschaft der Beschäftigten in bestimmten Sektoren. Dabei handelt es sich um Bereiche mit ausgesprochen niedrigen Löhnen, die im Zuge des Wachstums des öffentlichen Dienstes in den Siebzigern entstanden sind und in denen überwiegend Frauen arbeiten. Diese Sektoren zeichnen sich durch Arbeitskräftemangel und hohe Fluktuation aus. Der vergleichsweise breite Einsatz von unsteter Beschäftigung gleicht die starke Marktposition der Beschäftigten jedoch teilweise wieder aus.

Die Folge der differenzierten Arbeitsbedingungen im öffentlichen Dienst ist eine Spaltung der Beschäftigten: In der Mehrzahl der Sektoren stimmten sie dem ausgehandelten Tarifvertrag zu. Das Ergebnis aus der Industrie wurde übernommen, abgesehen von der Aufteilung der Lohnerhöhungen in eine zentrale und eine lokal zu vereinbarende Komponente. Große Unzufriedenheit gab es dagegen in den Niedriglohnbereichen: Die Lehrer in den Vorschulen, Beschäftigte in Kindergärten und Sozialämtern, die Maschinisten und Hilfspfleger in Krankenhäusern streikten jeweils einige Wochen gegen das Ergebnis.

Die Streikenden verstanden sich zu recht auch als VerteidigerInnen des Wohlfahrtsstaates. Gerade in Norwegen gibt es ein groteskes Missverhältnis zwischen der Ausstattung von Vorschulen, Kindergärten und Krankenhäusern und der finanziellen Situation des Staates, der Milliardenüberschüsse aus der Ölförderung verwaltet. Wie in anderen Ländern auch, thematisierten die Streikenden auch die Folgen von Privatisierung und Einführung von Marktbedingungen im öffentlichen Dienst.

Probleme gab es während der Streiks allerdings auch durch den Umgang der Gewerkschaften mit der differenzierten Struktur der Beschäftigten. In einigen Bereichen, wie den Kindergärten, wurden die unständig Beschäftigten von der Gewerkschaft nicht zum Streik aufgerufen, was zu einer weiteren Spaltung der Belegschaften führte.

Die Regierung verbot den Streik in den Krankenhäusern bereits nach fünf Tagen, wie auch im letzten Jahr in Dänemark geschehen. Am 30. Juli wurde, nach fünf Wochen Streik, auch in den Sozialeinrichtungen Oslos eine Zwangsschlichtung durchgeführt. Ergebnis war eine geringfügige Verbesserung der Löhne in den niedrigsten Gruppen. Die VorschullehrerInnen und die Beschäftigten der Kindergärten in Oslo streikten weiter, elf Wochen insgesamt. Sie erreichten schließlich ebenfalls eine überdurchschnittliche, wenn auch aus Sicht vieler Beschäftigten unbefriedigende, Lohnsteigerung. Am 14. August dieses Jahres war die Tarifrunde für die Beschäftigten der Vorschulen und Kindergärten im Rest des Landes immer noch nicht abgeschlossen.

Die Reaktion von Regierung und Kapital auf die Streiks

Die Kapitalisten regierten auf die für sie bedrohliche Entwicklung, indem sie einerseits vehement kritisierten, dass die Beschäftigten überhaupt über ein ausgehandeltes Ergeb-

nis abstimmen dürften. Dieser unverholene Angriff auf die Tarifautonomie und die innergewerkschaftliche Demokratie wurde in der Industrie durch die Bereitschaft ergänzt, weitgehende Zugeständnisse bei der Lohnhöhe und der Urlaubsregelung zu machen. (Die alte Urlaubsregelung, vier Wochen und ein Tag Jahresurlaub, ist im westeuropäischen Maßstab einzigartig schlecht). Mit den nun vereinbarten fünf Wochen Jahresurlaub ab 2002 liegen die norwegischen Beschäftigten immer noch unter dem westeuropäischen Durchschnitt.

Gleichzeitig ist die tarifliche Absicherung der Möglichkeit einer Aufweichung der Normalarbeitszeiten ein Schritt, der es den Unternehmern leicht machte hat, dem neuen Vertrag zuzustimmen. Mit der Dezentralisierung der Verhandlungen um die Arbeitszeitöffnung verbindet sich auf der Seite der Kapitalisten die Hoffnung auf eine generelle Verschlechterung der Verhandlungsposition der Beschäftigten. Längerfristig könnte diese Entwicklung dazu führen, dass, wie in der bundesdeutschen Industrie in den Achtzigern, die Intensität der Arbeit trotz tariflich verkürzter Arbeitszeit zunimmt. Die Auseinandersetzung, die ansteht, dreht sich um die Verfügbarkeit der Beschäftigten über die eigene Zeit.

Es muss auch noch erwähnt werden, dass die Norwegische Zentralbank u.a. in Folge der Arbeitskämpfe die Leitzinsen erhöht hat. Dies bedeutet, da viele Beschäftigte Kredite für Häuser oder Eigentumswohnungen aufgenommen haben, dass ein Teil der Lohnerhöhungen durch steigende Rückzahlungen aufgeessen werden. Gleichzeitig hat die Regierung, mit den Stimmen der bürgerlichen Parteien, im Sommer die Unternehmenssteuern gesenkt, was ein weiterer Schritt der Umverteilung zugunsten des Kapitals ist, der von der norwegischen Variante von »New Labour« umgesetzt wurde. Beide Maßnahmen trafen auf den Protest der Gewerkschafts- und politischen Linken, ohne dass dies zunächst durchgreifende Folgen gehabt hätte.

Bilanz der frühsommerlichen Klassenkämpfe

Trotz solcher Einschränkungen hat der Streik in der Industrie die Linke innerhalb der Gewerkschaftsbewegung Norwegens gestärkt. Die sozialdemokratische Minderheitsregierung, die erst seit einigen Monaten im Amt ist, kann sich nicht mehr darauf verlassen, dass ihr Sparkurs bei den Beschäftigten durchgehend auf Akzeptanz stößt. Der »Lohnrahmen«, der noch zur Zeit der bürgerlichen Regierung vereinbart und von Sozialdemokratie und Gewerkschaftsführung bruchlos übernommen wurde, konnte nicht aufrechterhalten werden. Während des Streiks bekamen endlich auch Positionen eine Stimme, die, gerade angesichts der möglichen Verlagerung der Auseinandersetzungen auf die lokale und betriebliche Ebene, nicht nur die Frage nach dem »wie«, sondern auch nach dem »was« der Produktion stellten. »Was für einen Sinn soll es haben, wenn wir mitten in der Nacht Werbeblätter für McDonalds drucken müssen?« fragte ein Drucker während des Streiks den Berichtersteller der Tageszeitung »Klassekampen«. Nicht nur aus Sicht der Beschäftigten in Norwegen scheint diese Frage zukunftsweisend zu sein.

Quellen: Tageszeitung »Klassekampen«, Monatszeitung »Socialistisk Arbejderavis«, Veröffentlichungen der Gewerkschaftszentrale (LO), verschiedener Einzelgewerkschaften, der roten Wahlallianz (RV) und des internationalen Gewerkschaftsbundes.

abgeschl. Mitte August 2000, P.C., Hamburg ■